

## Heute in der WELT

### 200 000 neue Arbeitsplätze



Schmarotzer werden es schwerer haben: Durch einen Austausch von Daten mit der Krankenversicherung will die Bundesanstalt für Arbeit schnell darauf kommen, wenn jemand unberechtigt Arbeitslosengeld kassiert. Dies erklärte der Präsident der Bundesanstalt, Heinrich Franke, bei einem Besuch der WELT. Franke rechnet damit, daß im nächsten Jahr 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Seite 13

### „Machtzentrale der frühen Neuzeit“

Vier Jahrhunderte nach der Fertigstellung des Regierungsklosters Escorial eröffnete jetzt der spanische König Juan Carlos I. eine Ausstellung, die die Geschichte dieser „Machtzentrale der frühen Neuzeit“ darstellt; ein Gebäude, das unter anderem über den größten Bibliotheksneubau seiner Zeit verfügte. Im Mittelpunkt steht der Mann, der hier zum ersten Mal seine Dynastie selbst machte: Philipp II. Seite 23

## POLITIK

**Irak:** Bei einem iranischen Raketenangriff auf die irakische Hauptstadt Bagdad sind gestern insgesamt 48 Menschen getötet und 52 verletzt worden. Der Schlag mit einer Boden-Boden-Rakete war der folgenschwerste dieses Jahres und der dritte binnen zwei Wochen.

**Südkorea:** Oppositionsführer Kim Dae-Sung ist gestern wieder unter Hausarrest gestellt worden. Die Polizei hatte erfahren, daß er an einer Versammlung teilnehmen wollte. Daher stellte das Regime mehr als 200 Bereitschaftspolizisten auf, die Kims Haus bewachten.

**Abstraktion:** Moskau wird sechs Unterseeboote mit 18 ballistischen Mittelstreckenraketen aus der Ostsee abziehen, falls es zu einer Einigung über ein atomwaffenfreies Norddeuropa kommt. Dies kündigte der sowjetische Abrüstungsexperte Tschernow an.

**Österreich:** Bundespräsident Kurt Waldheim beauftragte nach den Nationalratswahlen den SPÖ-Spitzenkandidaten Franz Vranitzky gestern mit der Bildung der 18. Nachkriegsregierung. Waldheim sagte, er habe dem amtierenden Kanzler völlig „freie Hand“ gelassen.

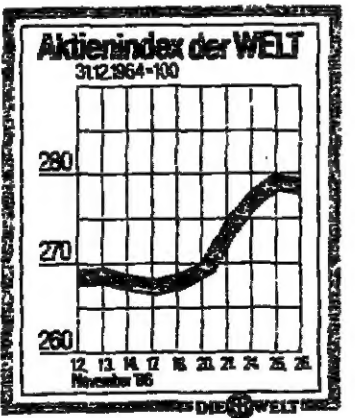
**Philippinen:** Die Regierung und die kommunistischen Rebellen der Neuen Volksarmee vereinbarten gestern eine Feuerpause von 60 Tagen, die am 10. Dezember wirksam werden soll. Die Verhandlungen hatten am Dienstag dieser Woche begonnen.

## WIRTSCHAFT

**Preisrückgang:** Die Verbraucherpreise in der Bundesrepublik sind im November so stark gesunken wie seit 32 Jahren nicht mehr. Wie das Statistische Bundesamt berichtet, sank nach den Ergebnissen aus vier Bundesländern der Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte gegenüber November 1985 um 1,1 Prozent.

**Börse:** An den deutschen Aktienmärkten entwickelten sich die Kurse gestern uneinheitlich. Öffentliche Anleihen am Rentenmarkt zeigten geringe Ausschläge nach beiden Seiten. WELT-Aktienindex 279,20 (279,37), BHF-Rentenindex 108,276 (106,305), BHF-Rentenindex 107,548 (107,547).

**Dollarmittelkurs:** 1,9881 (2,0088) Mark. Goldpreis je Feinunze 383,80 (383,75) Dollar.



## KULTUR

**Drewits gestorben:** Die Berliner Schriftstellerin Ingeborg Drewitz erlag gestern im Alter von 63 Jahren einem langwierigen Krebsleiden. Die mit zahlreichen Preisen geehrte Autorin wurde vor allem als Mitbegründerin des Verbandes deutscher Schriftsteller bekannt. (S. 21)

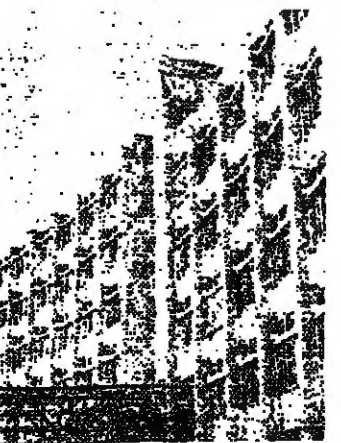
**Oper:** Gasparo Spontinis Werk „Agnes von Hohenstaufen“ ist jetzt in Rom aufgeführt worden. Der auf pure Lautstärke drängende Dirigent Maximiano Valdes und der Regisseur Antonio Caldena haben die Oper viel zu verwirrend und auch zu aufwendig inszeniert. (S. 23)

## SPORT

**Tennis:** Boris Becker besiegte bei einem Einladungsturnier den Amerikaner John McEnroe mit 6:3, 5:7, 7:5. Becker betrachtet dieses Turnier als Vorbereitung auf das Masters-Finale, das in der nächsten Woche in New York ausgetragen wird. (S. 11)

**Fußball:** Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) will einen Fairness-Preis für das beste Publikum bei der Europameisterschaft 1988 in der Bundesrepublik stiften. Das wurde vom DFB-Sicherheitsbeauftragten im Organisations-Komitee angekündigt. (S. 11)

## AUS ALLER WELT



**Traum-Fabrik:** In Berlin hat Bundespräsident von Weizsäcker eine Welt-Notiz eingeweiht, das weiß strahlende „Produktionstechnische Zentrum Berlin“ (Foto). Die Traum-Fabrik verbindet Technik, Know-how und Forschung – eine „swingende“ Werkstatt von Geist und Praxis. (S. 24)

**Geld:** Wenn's um den „Kies“ geht, halten die Älteren die Jungen für Verschwendern. Das ist aber nur eins von vielen Vorurteilen, wie das Franfurter Paydata-Institut herausgefunden hat. (S. 24)

Umwelt - Forschung - Technik  
Leserbriefe und Personalien  
Fernsehen  
Wetter: Wolkig, aufheitend

Seite 8  
Seite 8  
Seite 10  
Seite 24

# Reagan stärkt Position von Shultz

Iran-Politik der USA liegt allein beim Außenminister / Israel bestätigt Beteiligung an Waffengeschäft

DW, Washington/Jerusalem

Aus den Rivalitäten in Washington, die durch Enthüllungen über geheime Waffenverkäufe an Iran ausgelöst worden waren, ist das amerikanische Außenministerium als eindeutiger Sieger und der Nationale Sicherheitsrat als Verlierer hervorgegangen. Unabsehbar sind die Folgen für Präsident Ronald Reagan und seine Nicaragua-Politik, nachdem Justizminister Edwin Meese erklärt hatte, Ermittlungen seiner Behörde hätten ergeben, daß zehn bis 30 Millionen Dollar aus dem Erlös an die „Contras“ abgezweigt worden seien.

Reagan versicherte, die Iran-Politik der USA werde künftig einzig und allein in den Händen des State Department liegen. Auch werde es künftig keine außenpolitische Initiative mehr ohne seine persönliche Erlaubnis geben. Er sei nicht darüber informiert gewesen, daß Gelder aus den Waffenverkäufen an die „Contras“ gegangen seien. Dieser Vorgang bedeute eine „schwere Beeinträchtigung“ seiner Nahost-Politik. Der Präsident verteidigte allerdings noch einmal die grundsätzliche Richtigkeit der Waffenlieferungen an Teheran, da sie Teil einer Politik seien, „welche eine wirklich tragische Lage im Nahen Osten zu lösen versucht“.

Außenminister Shultz war sichtlich bemüht, allen Spekulationen über eine sich weitende Kluft zwischen seinem Ressort und dem Weißen Haus ein Ende zu machen. Er stellte sich „voll und ganz“ hinter den Präsidenten. Dessen Außenpolitik sei „solide und den US-Interessen dienlich“. Die Nahost-Politik zielen auf die Beendigung des Golfkrieges, einer Verbesserung der Beziehungen zu

Teheran und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Reagan kündigte an, daß nach der Entlassung seines Sicherheitsberaters John Poindexter und des Mitglieds des Sicherheitsrats Oberstleutnant Oliver North „Rolle und Verfahren“ dieses Gremiums und seines Personals einer eingehenden Untersuchung durch eine Sonderkommission unterzogen würden. Das Amt Poindexters nimmt vorübergehend Anton Koel ein, der erst kürzlich zum Stellvertreter des Sicherheitsberaters ernannt worden war.

Unterdessen hat die israelische Regierung zugegeben, an dem Waffen-

handel beteiligt gewesen zu sein. Ministerpräsident Shamir betonte jedoch, daß Jerusalem von einer Weiterleitung von Geldern an die „Contras“ nichts gewußt habe. Das gesamte Geld sei direkt auf ein Schweizer Konto überwiesen worden.

Außenminister Peres, der zur Zeit des Waffengeschäfts Ministerpräsident war, erklärte vor der Knesset: „Es gibt nichts, wofür wir uns schämen müssen. Wir haben einem Verbündeten auf seinen Wunsch hin in einer humanitären Angelegenheit geholfen und dabei keinen einzigen Cent verdient.“ Er verwies auf die amerikanische Hilfe für Juden in

Äthiopien und der Sowjetunion. Israel hatte bisher erklärt, nur bis 1982 Waffen an Teheran verkauft zu haben. Außerdem hätten Peres und Verteidigungsminister Rabin, so berichtete die israelische Zeitung „Haaretz“, erst kürzlich Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger versichert, daß Israel keine Vereinbarung mit Beauftragten aus dem Weißen Haus hinter dem Rücken der US-Ministerien getroffen habe.

Gleichzeitig weitete sich die Affäre auf Saudi-Arabien aus. Die „New York Times“ berichtete, aus amerikanischen und israelischen Quellen gehe hervor, daß der saudische Waffenhändler Adnan Khashoggi für die Regierung in Riad vermittelt habe. Saudi-Arabien, das im Golfkrieg Irak unterstützt habe, Beziehungen zu Teheran herstellen wollen, da es mit einem Sieg Irans rechne.

Die „Washington Times“ berichtete, Oberstleutnant North habe die Saudis überredet, für die amerikanischen Waffen mehr als den eigentlichen Kaufpreis zu bezahlen. Das überflüssige Geld sei auf Schweizer Konten zur Finanzierung der „Contras“ geleitet worden.

Die holländische Firma Muiden Chemie wird verdächtigt, tonnenweise Sprengstoff im Wert von Millionen von Gulden über Jugoslawen an Iran geliefert zu haben. Dies teilte der Amsterdamer Staatsanwalt Henk Woolcock gestern der WELT mit. Der holländische Staat ist an der Firma mit 25 Prozent beteiligt. Der Export von „strategischen Rüstungsgütern“ einschließlich Sprengstoff in Spannungsgebiete ist nach niederländischem Recht verboten.



Sinnbild einer Krise der Administration: Reagan und Meese

## Gericht hat keinen Zweifel an syrischer Verwicklung

Hohe Strafen für Angeklagte im Berliner Terroristenprozess

H.-R. KARUTZ, Berlin

Die Bundesregierung steht nach der Verurteilung von zwei jordanischen Sprengstoffattentätern in Berlin zu 14 und 13 Jahren Freiheitsstrafe vor der Frage, ob sie nach Londoner Vorbild die diplomatischen Beziehungen zu Damaskus abbrechen soll. Das Schwurgericht ließ in seinem Urteil keinen Zweifel daran, daß es den Geständnissen der Angeklagten über die Hilfestellung syrischer Geheimdienste beim blutigen Anschlag auf die Deutsch-Arabisches Gesellschaft in West-Berlin glaubt und sie für schuldig und zurechnend hält.

„Es paßt alles zusammen“, erklärte der Vorsitzende Richter Hans-Joachim Heinze, als er die Entscheidung begründete. Das Gericht sprach den 35-jährigen Ahmad Hasi und seinen 40-jährigen jordanischen Landsmann Faruk Salameh schuldig, einen „gemeinsamen Mord“ versucht, eine Sprengstoffexplosion herbeigeführt und entgegen den alliierten Bestimmungen in Berlin Kriegsmaterial (Sprengstoff) befördert und gelagert zu haben. Bei dem Anschlag am Ostersonnabend 1986 waren – nach zwei Fehlversuchen – acht Mitglieder der Deutsch-Arabisches Gesellschaft durch Glasplitzer, Putz und Mauerwerk zum Teil schwer verletzt worden.

Die Täter hätten, so das Gericht, bei dem Anschlag auch den Tod der Opfer „billigend in Kauf genommen“. Nur die weitgehenden Geständnisse der beiden Angeklagten retteten sie vor einer Verurteilung zu lebenslan-

ger Haft. Gegen das Urteil ist Revision bis hin zum Bundesgerichtshof zulässig – allerdings nicht wegen angeblich fehlerhafter Tatsachenfeststellung.

Mit dem verhängten Strafmaß entsprach das Schwurgericht unter Vorsitz des Richters Hans-Joachim Heinze in vollem Umfang den Anträgen der Staatsanwaltschaft und folgte in keinem Punkt den Einlassungen der Verteidigung.

Von politischem Gewicht ist die Feststellung des Gerichts, zwar sei man über die Verwicklung staatlicher Stellen – sie ließen den Sprengstoffkoffer in Syriens Ost-Berliner Botschaft bringen und ihn dort durch Hasi abholen – ausschließlich durch die beiden Geständnisse informiert: „Aber wir haben keinen Zweifel an der Richtigkeit dieser Angaben.“

In „keinem einzigen wesentlichen Punkt“ sei das Gericht zu dem durch zusätzliche Beweismittel zu anderen Schlussfolgerungen gekommen. Der „Schlüsselsatz“ des Vorsitzenden Richters lautete in diesem Zusammenhang: „Wir sind uns so sicher, wie ein Gericht nur sein kann, wenn es über ein Verbrechen mit politischem Hintergrund zu entscheiden hat, an dem auch Geheimdienste Interesse haben.“

Heinze sprach vom „Wahnwitz und der Irrationalität“ dieses Verbrechens. Die beiden Angeklagten seien „gewiß keine Top-Terroristen gewesen, aber auch terroristische Dilettanten sind nicht weniger gefährlich.“

Seite 2: Kein Zweifel

## Kohl: Die SPD zeichnet „Katastrophengemälde“

Vogel: Der Kanzler malt Trugbild vom Aufschwung

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in der knapp sechsstündigen Aussprache des Bundestages über seine Regierungspolitik in den vergangenen vier Jahren der sozialdemokratischen Opposition vorgeworfen, unrealistische „Katastrophengemälde“ von der Lage in der Bundesrepublik Deutschland zu zeichnen. Die traditionelle Generalaussprache im Rahmen der Haushaltsdebatte war von SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel eröffnet worden. Er warf im inenpolitischen Teil seiner einstündigen Rede dem Kanzler vor, ein Trugbild vom ewigen Aufschwung zu ver-

mitteln. Das CDU-Wahlkampfmotto „Weiter so“ bedeute Fortsetzung des atomaren Wettbewerbs und seine Ausdehnung auf den Weltmarkt. Dauerbeistand von zwei Millionen Menschen und das Hinnehmen von Risiken durch die weitere Nutzung der Kernenergie. Außenpolitisch habe die Bundesregierung unter Helmut Kohl das unter den SPD-Kanzlern Brandt und Schmidt erworbene Ansehen und Vertrauen verspielt. Unter empörendem Protest von CDU und CSU warf Vogel Kohl vor, er habe es zugelassen, daß jene Schlagworte in der politischen Sprache wieder Raum fänden, „die der Weimarer Republik den Todesstoß versetzt haben“.

Seite 2: Stabilität gegen Ausstieg

Der FDP-Vorsitzende Wirtschaftsminister Bangemann bekräftigte die Bereitschaft seiner Partei zur Fortsetzung der Regierungskoalition mit der Union. Unter Anspielung auf die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit für die CDU/CSU sagte Bangemann, ohne die FDP würde die Arbeit des Regierungsbündnisses nicht so gut weitergehen wie bisher.

Der Kanzler zog eine positive Bi-

Der FDP-Vorsitzende Wirtschaftsminister Bangemann bekräftigte die Bereitschaft seiner Partei zur Fortsetzung der Regierungskoalition mit der Union. Unter Anspielung auf die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit für die CDU/CSU sagte Bangemann, ohne die FDP würde die Arbeit des Regierungsbündnisses nicht so gut weitergehen wie bisher.

Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Alfred Dreger, befaßte sich in der deutlich von der Wahlkampfaufeinandergeprägten Debatte mit der inneren Situation der SPD. Er warf ihr vor, die politische Mitte geräumt zu haben und zu den grünen Aussteigern übergegangen zu sein. CSU-Landesgruppenchef Theo Wauget warf den Sozialdemokraten ebenfalls Schwarzmalerei vor: er bedauerte es, daß sich SPD-Kandidat Johannes Rau auch diesmal nicht im Bundestag gestellt habe.

## DER KOMMENTAR

### Kein Watergate

FRITZ WIRTH

Eine Affäre, die entstand, weil sie in den Händen von Unbefugten lag, droht jetzt mit einem unbefugten Etikett behangen zu werden: Washington wittert ein neues Watergate.

Das sagt etwas über die neugierigen politischen Neuronen in dieser Stadt, in der man stets schneller urteilt und verzweifelt, als Fakten zu sammeln. Solange sie nicht vollständig vorliegen, ist dies zunächst einmal eine schlechte Affäre, peinlich, schmerzhaft und wohl auch grotesk. Doch nicht von der Art, die Präsidenten stürzt. Nicht einmal von der Art, daß ihre Macht und Wirksamkeit erheblich beeinträchtigt würde.

Dennoch gibt es keinen Zweifel, diese bisher schwerste Krise des erfolgreichsten Ronald Reagan ist mehr als nur ein Fehlgang von Mitarbeitern, die in den Untergrund und zu den Praktiken internationaler Waffenhändler hinabsinken. Hier wurden vielmehr überaus gefährliche Schwachstellen im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration sichtbar.

Die Folgen dieser Fehlleistungen und unzureichenden politischen Koordination wurden nicht nur in der Iran-Affäre, sondern in der Nach-Reykjavik-Diskussion offenbar. Die Leidtragenden sind nicht nur Ronald Reagan und seine Regierung. Zu den Leidtragenden gehört überdies das gesamte westliche Bündnis, dem es in den letzten Monaten an einer klaren Führung und damit in gewissem Sinn auch an Berechenbarkeit mangelte.

Die Entlassung einiger Mitarbeiter des Präsidenten löst dieses Problem nicht. Es muß Strukturänderungen im Entscheidungsprozeß der wichtigsten Großmacht der Welt geben.

Und die Zeit für solche Änderungen drängt. Denn man muß davon ausgehen, daß ein so geschickter Mann wie Michael Gorbatschow nicht zögern wird, diese Schwachstellen zu nutzen.

## Strauß plädiert für Waffenlieferungen

DW, Bonn

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat sich nach seinen Gesprächen mit führenden Politikern Saudi-Arabien für deutsche Waffenlieferungen an Riad ausgesprochen. In einem Interview mit der WELT vertritt Strauß die Ansicht, daß dazu das Kriegswaffenkontrollgesetz geändert werden müsse, aber „eine Handhabung sollte es ermöglichen, daß wir auf einer Linie liegen mit vergleichbaren NATO-Ländern“. Zu den verhängnisvollen Entwicklungen in Iran warnt Strauß vor einem Verfall der politischen Stabilität Saudi-Arabien. Die Europäer und die USA „müssen sich dafür hüten zu glauben, daß alles von alleine gut gehen wird“. „Unser Geld will ich...“

## Wie ein Ausgestoßener wird Südafrika weltweit gemieden

Importe aus Asien sollen europäische Boykotts ausgleichen

JAMES SMITH, Johannesburg

Südafrika bekommt zunehmend die Auswirkungen seiner Isolierung zu spüren. Viele ausländische Sportler treten nicht bei Wettbewerben am Kap an, britische Gewerkschaften verhindern die Ausstrahlung britischer Produktionen im südafrikanischen Fernsehen, südafrikanische Wissenschaftler werden von internationalen Kongressen ausgeschlossen.

Der US-Fernsehtitelvertrieb Lorimar hat den Südafrikanern „Denver“ gestrichen, der Columbia-Verleih will die Belieferung mit Filmen stoppen, wenn nicht bis zum Mai 1987 die Rassentrennung in sämtlichen südafrikanischen Kinos aufgehoben ist.

Noch sind 240 amerikanische Unternehmen in Südafrika tätig, 60 haben in den letzten beiden Jahren das Südafrikageschäft aufgegeben. Schwarzafrikanische, arabische und östliche Länder lassen schon lange keine Südafrikaner mehr einreisen. Seit Oktober erteilen Australien und Kanada keine Visa mehr. Japan hat angekündigt, es wolle nur noch Geschäftsreisende sehen.

Der im Import-Export-Geschäft tätige Colin Williams berichtet, bis vor einem Jahr habe er hochwertiges Geschütz aus Westeuropa bezogen, aber jetzt habe die dänische Regierung den Export nach Südafrika verboten, und andere europäische Produkte seien angesichts des drastischen Kursverfalls des Rands zu kostspielig geworden. „Jetzt heißt es, nach fernöstlichen Lieferanten Ausschau zu halten – Südkorea, Hongkong, Taiwan und Japan.“

Professor Carl Hoffke vom Institut für Amerikanische Studien der Rand-Afrikas-Universität vertritt die Ansicht, daß Südafrika sogar von den Boykottmaßnahmen profitieren könne. Bis zu 40 Prozent der Importe könnten durch Ersatzwaren ersetzt werden, eine Produktionskapazität würden. „Die Sanktionen werden nicht dazu zwingen, was wir nicht wollen“, sagte er. „Die meisten Südafrikaner haben ihre eigene politische Tagesordnung gemacht, und wir lassen uns nicht durch Druck von außen gängeln.“ (AP)

## 800 Kilogramm Methanol flossen in den Rhein

UR, Bonn

Bundesumweltminister Wallmann geht davon aus, daß in rund einem Jahr das Ökosystem des Rheins in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wiederhergestellt sein wird. Als Wallmann gestern mittig diese Erwartung äußerte, war er noch nicht über den jüngsten Zwischenfall beim Chemiekonzern Bayer in Leverkusen informiert. Das Unternehmen gab bekannt, daß rund 800 Kilogramm Methanol mit Kühlwasser vermischt in den Rhein geflossen seien. Dieser Stoff sei jedoch gut abbaubar und habe keine Bedeutung für die Trinkwasserversorgung.

Der Entwurf einer Teilstudie des TÜV Norddeutschland über Druck- und Siedewasser-Reaktoren ist für Wallmann kein Anlaß zum Abschlachten der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel. Der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission, Adolf Birzhofer, bedauerte, daß die TÜV-Studie nicht auf die Sicherheitsvorkehrungen eingehe, die zum Schutz vor einer Kernschmelze getroffen worden seien.

Seite 4: Weitere Berichte

## Hat Kieler Werft Pläne für U-Boot an Pretoria verkauft?

Oberfinanzdirektion ermittelt gegen HDW-Vorstand

JAN BRECH, Hamburg

In Kiel verdichten sich Vermutungen, daß die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) ohne Genehmigung Konstruktionspläne für den Bau von U-Booten nach Südafrika verkauft haben. Der Werftvorstand teilte gestern lediglich mit, daß HDW zu der öffentlichen Diskussion keine Stellungnahme abgeben werde, da zunächst eine Abstimmung mit den Organen des Unternehmens erforderlich sei. An HDW ist die bundesdeutsche Salzgitte AG zu 74,9 und das Land Schleswig-Holstein zu 25,1 Prozent beteiligt.

Nach Informationen der „Kieler Nachrichten“ soll HDW das Geschäft im Wert von 46 Millionen Mark ohne die notwendige Ausnahmegenehmigung abgewickelt haben. Über die Genehmigung zum Export der Blaupausen sei zwar im Bundeskabinett beraten, aber kein Beschluß gefaßt worden. Bundesaußenminister Genscher hat am Rande der Bundestags-Debatte angekündigt, daß das Auswärtige Amt eine strafrechtliche Untersuchung einleiten werde.

Die Kieler Landesregierung erklärte, daß sie von dem behaupteten Vorgang keine Kenntnis habe. Das gelte auch für die beiden Vertreter des Landes im Aufsichtsrat der Werft. Ministerpräsident Uwe Barschel habe Wirtschaftsminister Manfred Biermann und den Staatssekretär im Finanzministerium, Schleifer, gebeten, auf eine Klärung im HDW-Aufsichtsrat zu drängen.

Offen ist bislang auch die Frage, ob das Waffengeschäft mit den bei HDW diskutierten Personalveränderungen in Verbindung steht.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Der Präsident kommt

Von Ernst Cramer

Das ist kein Staatsbesuch wie jeder andere. Der Präsident Israels wird als offizieller Gast in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Er untersteht dadurch das, was schon bei der Israel-Reise des deutschen Bundespräsidenten im Herbst 1985 deutlich wurde: Die Beziehungen zwischen dem freien Deutschland und dem Staat der Juden sind ausgezeichnet. Sie sind so, wie sie zwischen befreundeten Staaten mit ähnlichen freiheitlich-demokratischen Idealen sein sollen.

Dennoch ist dieser Besuch ebenso etwas Besonderes, wie es die offizielle Reise Richard von Weizsäckers war. Denn Chaim Herzog fliegt eben nicht in irgendeinen befreundeten Staat. Er sucht vielmehr das Land auf, in dem vor etwa einem halben Jahrhundert die Ausrottung seines, des jüdischen Volkes geplant wurde; das Land, von dessen Repräsentanten in Durchführung dieses wahnwitzigen Planes Millionen Juden auf bestialische Weise hingemordet wurden.

Deshalb ist in Israel dieser Besuch, den Herzog schon seit längerer Zeit plante (unter anderem hatte ihn schon der verstorbene Verleger Axel Springer gebeten, Deutschland zu besuchen) und der von der Jerusalemer Regierung gutgeheißen wird, keinesfalls unumstritten. Die Erinnerung an das furchtbare Geschehen, an Auschwitz, ist im Lande der Überlebenden des Holocaust und der Kinder und Enkel der Ermordeten weitaus lebendiger, wo von einigen immer wieder versucht wird, die Schande von damals zu bagatelisieren oder zu verdrängen. So gibt es viele in Israel, die meinen, es sei noch immer zu früh für einen derartigen Besuch.

Dennoch kommt der Staatspräsident. Er, wie die meisten der heute aktiven Politiker Israels, will eine neue Seite im Geschichtsbuch aufschreiben – ohne dabei zu vergessen, was auf früheren Folien nachzulesen ist. Chaim Herzog kann sicher sein, daß er für diese Haltung trotz einiger Mißtöne, die es auch hier geben wird, bei der großen Mehrheit der Deutschen offene Ohren und Herzen findet. Daß man ihm danken wird für diesen Besuch.

## „Kein Zweifel“: Syrien

Von Hans-Rüdiger Karutz

Mit gespannter Gellasseheit werden die Diplomaten im Foreign Office in den nächsten Tagen auf Bonner Post warten. Denn die Botschaft des Berliner Urteilspruchs ist eindeutig.

Die Bundesregierung muß alsbald entscheiden, ob sie die diplomatischen Beziehungen zu einem Regime in Damaskus aufrechterhalten will, das Bombenleger nach Deutschland schickt und „Berlin zu einem Schlachtfeld des mittleren Ostens“ (Staatsanwaltschaft) machen wollte.

Denn mit kühler Präzision folgte der Vorsitzende des Berliner Schwurgerichts dem, was die beiden Angeklagten Achmed Hasi und Faruk Salameh bekundeten: Die Indizienkette von Damaskus nach West-Berlin, hinüber in die syrische Botschaft in Ost-Berlin und zurück, schließt sich durch Geständnisse, bestätigt sich durch weitere Erkenntnisse und ist lückenlos.

Denn der Vorsitzende Richter hob hervor, daß das Gericht „keinen Zweifel an der Richtigkeit“ der Geständnisse habe – andere Beweismittel nicht hätten „nicht in einem einzigen wesentlichen Punkt“ zu anderen Erkenntnissen geführt.

Der Schlüsselsatz in der Urteilsbegründung fordert nunmehr die politischen Konsequenzen aus Bonn heraus: „Wir sind uns so sicher, wie ein Gericht nur sein kann, wenn es über ein Verbrechen mit politischem Hintergrund zu entscheiden hat, an dem auch Gemeindienste Interesse haben.“

Nein, „Top-Terroristen“ seien beide beileibe nicht gewesen, sagte der Vorsitzende. „Aber terroristische Dilettanten sind nicht weniger gefährlich.“ Am gefährlichsten bleiben jedoch die Hintermänner.

Nun wartet man auf eine Kanzleramts-Anfrage an Ost-Berlin, wie es das dortige Regime mit einer syrischen Botschaft in den eigenen Mauern hält, die Sprengstoffkoffer nach West-Berlin gelangen läßt. Ost-Berlin ist Rechenschaft schuldig, was es zu unternehmen gedenkt.

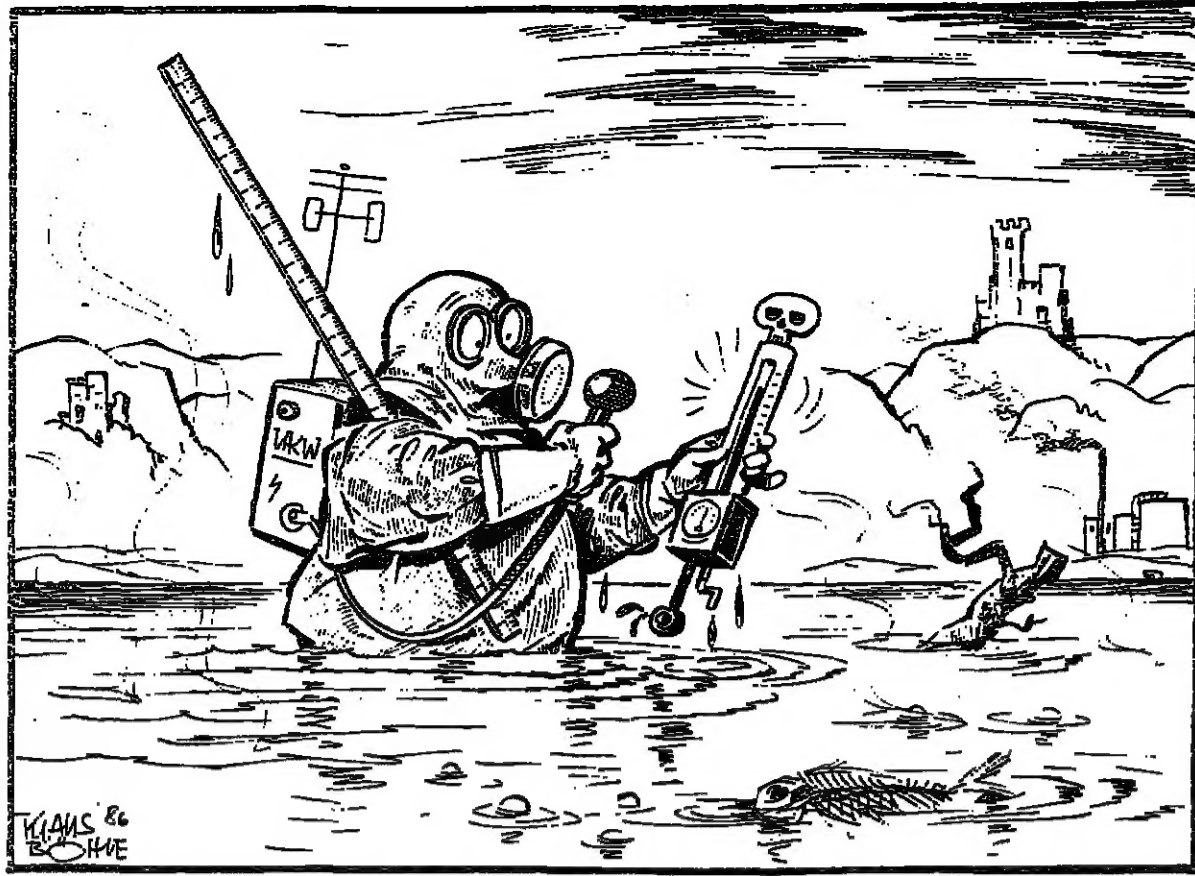
## Biedenkopf und Grüne

Von Enno v. Loewenstern

Kurt Biedenkopf hat einem Buchautor ein Interview zum Lob der Grünen („richtige Fragen“, „Wahrheiten“) gegeben. Das geeignet scheint, CDU-Wähler ins grüne Lager zu treiben. Er schreibt außerdem auch noch über die Grünen für ein Buch ausgerechnet des Wagenbach-Verlags. Das ist zunächst Sache seiner Partei; am Rande mag man anmerken, wie seine Sympathie sich daran hochrankt, daß nur die Grünen seine absurde Idee einer „Gründungsfeier“ begrüßt haben. Gekränkter Erfinderstolz ist eben manchmal ein politischer Faktor. Aber der Vorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen ist auch ein politischer Faktor, so oder so. Wenn er Dinge erzählt, die den intellektuellen Anspruch seiner Partei und eines ganzen politischen Lagers in Frage stellen, dann sollte man nicht darüber hinweggehen.

Biedenkopf erzählt die Entstehung der Grünen, als hätten sie wahrgenommen, was von den anderen Parteien „nicht ausreichend“ besetzt war. Faktisch sind die Grünen nichts anderes als Trittbrettfahrer einer Idee, die längst von anderen verfochten wurde. Als es endlich gelungen war, die öffentliche Aufmerksamkeit dafür zu wecken (Biedenkopf selbst erwähnt gewisse Unionsprogramme schon aus den fünfziger-sechziger Jahren; man kann ruhig die damals von allen Fortschrittler herzlich belächelte SPD-Kampagne „Blauer Himmel über der Ruhr“ dazuzählen), da hängten sich ein paar Aktivisten dran und machten daraus eine eigene Firma. Heute wird es vielfach so dargestellt, als hätten sie erst das „Bewußtsein geweckt“.

Zum zweiten hat Biedenkopf – obwohl er einige Fakten dazu anzuprickelt – nicht, daß die Grünen ihrerseits sofort von den Konkreten, den Sozialistischen Büro Offenen, dem „Längst ist ihnen die Umwelt nichts als ein Eigenes zu zerschlagen; genügt, Massen-Aktivisten das alles und mehr zu Funktionäre einmal, weniger schädlich, wenn Partei gehetzt wird.“ „Wahrheiten“ ausspricht. Nur haben das immer noch viele eher unpolitische Wähler nicht gemerkt. Kann man ihnen das verübeln, wenn Spitzenpolitiker es auch nicht merken?



## Stabilität gegen Ausstieg

Von Günther Bading

Fast auf den Tag genau zwei Monate vor der Bundestagswahl konnte es nicht ausbleiben, daß die traditionelle Generalaussprache über die Regierungspolitik in der Haushaltsdebatte des Bundestags zum Auftakt der intensiven Phase des Winter-Wahlkampfes wurde. Von der „wichtigsten Wahl seit 1949“ sprach der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dreger im Verlauf des Rede-Marathons im Bundestag. Das mag überspitzt klingen, aber soviel stimmt: wie die Dinge stehen, ist diese Wahl mindestens so wichtig wie irgendeine davor. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, der auch in dieser Debatte ohne Unterstützung des SPD-Kanzlerkandidaten Rau auskommen mußte, machte in seinem einstündigen Beitrag deutlich, daß es im Januar nicht um Alternativen in der Suche nach dem besten Weg zu einem gemeinsamen Ziel geht. Es geht um grundsätzlich andere Zielvorstellungen, einen anderen Kurs in der Außen- und Sicherheits- wie der Innen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Das Ziel der Koalitionsparteien hat der Bundeskanzler noch einmal klar umrissen. Er will die wiedergewonnene Stabilität der deutschen Position im Bündnis mit den USA und den europäischen Partnern, allen voran Frankreich bewahren: er will die Stabilität unserer wirtschaftlichen Entwicklung sichern und unsere Spitzenposition im Wettbewerb der Handelsnationen erhalten. Und er will den Herausforderungen der unmittelbaren Zukunft begegnen von der Bereinigung des staatlichen Einnahmewesens durch eine große Steuerreform über die Stabilisierung der Alterssicherungssysteme bis zur Bewältigung der Veränderung unseres Wirtschaftslebens durch die modernen Techniken.

Sucht man für die ersten vier Jahre der Regierung Kohl einen beschreibenden Begriff, wie er für die Amtszeiten früherer Bundeskanzler mit den Worten von der Westbindung, dem Wirtschaftswunder, der Ostpolitik gefunden worden war, so wird man sich mit dem Wort von der Stabilisierungsphase begnügen müssen. Für Visionen war angesichts des desolaten Zustands der Republik und ihrer Wirtschaft bei der Amtübernahme der



Schlagworte eingebürgert: Reaktion auf die Vogel-Rede auf der Regierungsbank. FOTO: AP

Regierung Kohl 1982 ja auch zu nächst wenig Zeit. Diesem Kurs der Stabilisierung als Voraussetzung zur Bewältigung Zukunft setzt die SPD mit den Grünen die Politik des Ausstiegs entgegen. Bei aller verbalen Abgrenzung gegenüber Grünen und Kommunisten skizzierte Oppositionsführer Vogel ein Ausstiegsszenario, dem die Grünen jeweils immer nur ein paar Schritte voraus sind. Oder eben die SPD ein wenig hinterher – je nach Betrachtungsweise.

Da will die SPD heraus aus der engen Bindung an die USA – die Grünen wollen sich gleich ganz aus der NATO lösen. Da propagiert er den langsamen Ausstieg aus der Atomenergie, neuerdings aus der Chemieindustrie – und die Grünen wollen dasselbe, aber sofort. Er er teilt dem auf Unternehmungsgeist und Unternehmertum setzenden Wirtschaftsdenken von Union und FDP eine klare Absage und tritt für mehr Staat ein – die Grünen wollen die Industriegesellschaft gleich ganz verlassen.

Es war nicht ganz klar, wen der Bundeskanzler bei der etwas unübersichtlichen Sitzordnung im Erst-Plenarsaal des Bonner Wasserwerks meinte, als er in Richtung der Opposition sagte: „Sie wollen eine andere Republik.“ Für die Grünen stimmt das heute schon; für die SPD erst bei der Betrachtung bestimmter Parteiflügel. Die Rede Vogels jedenfalls hat nichts dazu beigetragen, hier Klarheit zu schaffen.

So geriet, was eine Generalabrechnung mit der Bilanz der Bundesregierung werden sollte, lediglich zur Offenbarung des desolaten Zustands einer Sozialdemokratischen Partei, die mit der Abkehr von den festen Grundsatzen ihres Godesberger Programms an die Stelle der dort 1959 gewonnenen Regierungsfähigkeit den Allverbreitungsanspruch für angeblich benachteiligte Randgruppen gesetzt hat.

## Commander Dante bietet Frau Aquino seine Dienste an

Nach dem großen Erfolg: Kommen die Kommunisten nun aus den Bergen? / Von Jochen Hehn

Letzte Woche noch stand sie mit dem Rücken an der Wand. Feinde in der Armee, politische Attentate, Entführungen, Bombenanschläge und Putschgerüchte hatten sie in die Enge getrieben. Ihre Tage schienen gezählt. Doch dann riß sie das Gesetz des Handelns an sich. Und die Wende, der Erfolg stellten sich ein über Nacht.

Zuerst entledigte Corazon Aquino sich ihres größten Widersachers Enrile. Dann folgte der große Verhandlungserfolg: Fast auf den Tag genau neun Monate nach ihrer Amtübernahme ist der so sehnlich erwartete Waffenstillstand mit den Kommunisten unter Dach und Fach. Die Ausdauer, mit der Frau Aquino dieses Ziel verfolgte, verdient Bewunderung; auch wenn ihr Verhalten zuweilen selbstmörderisch gewirkt hatte.

Doch nun stehen die Aussichten gut, daß die fünfundsünfzig Millionen Philipinos zum ersten Male seit sieben Jahren wieder ein Weihnachtsfest in Frieden feiern können. Die Freude in Manila, vor allem im Regierungslager, ist ver-

ständlicherweise groß. Die Präsidentin will die Feuerpause nutzen, um den demokratischen Prozeß fristgerecht abschließen zu können. Vordringlichste Aufgabe ist es, eine solide Mehrheit im philippinischen Volk für die Annahme der neuen Verfassung zu gewinnen. Gelingt dies im Februar nächsten Jahres – und damit ist jetzt eigentlich zu rechnen – dann sollten auch die Kongreß- und Kommunalwahlen im Mai ungestört über die Bühne gehen.

In der philippinischen Armee, die für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen schon Gewehr bei Fuß stand, wird die Freude über die Waffenruhe freilich eher gedämpft sein, und sie wird ganz gewiß nicht von allen geteilt. Viele bezweifeln immer noch die Weisheit eines Verhandels mit den Kommunisten überhaupt.

Die Gespräche mit den Kommunisten, so argumentieren sie, haben im Volk den Eindruck erweckt, neben der Regierung Aquino existiere gleichberechtigt noch eine kommunistische. Neben diesen politi-

## IM GESPRÄCH Hossein Montasari

### Khomeinis Erbe – vielleicht

Von Volker Stahr

In Iran gilt der Primat der Religion vor der Politik. Über allen staatlichen Organen steht die (in der Verfassung festgeschriebene) Institution des „Welayat-e faqih“, des „herrschenden Rechtsgelehrten“. Gegenwärtiger „Welayat-e faqih“ ist Ayatollah Khomeini. Doch angesichts seines hohen Alters und seiner angegriffenen Gesundheit hat ein islamischer „Expertenrat“ bereits vor einem Jahr einen Nachfolger designiert: den Ayatollah Montasari.

Hossein Ali Montasari (Jahrgang 1923), ein Bauernsohn aus Nadschaf, abend nahe Esfahan, ist einer der engsten Vertrauten und Weggefährten des Revolutionsführers. In Esfahan begann er seine theologischen Studien, die er später in der „heiligen Stadt“ Qom unter Khomeini fortsetzte. Während dessen Exil in Bagdad und bei Paris war er im Lande einer der Führer des Widerstandes gegen den Schah; immer wieder tat er sich als unerschrockener Organisator von Demonstrationen hervor. Dafür mußte er mehrmals ins Gefängnis.

Nach dem Sturz des Schah 1979 belohnte Khomeini seinen treuen Paladinen mit dem Amt des Ayatollahs von Teheran. Aber bereits 1980 zog es Montasari nach Qom zurück, wo er einst auch selber gelebt hatte. Damit war er wieder in enger Umgebung des Revolutionsführers, dem er übrigens auch persönlich durch die Ehe mit dessen Schwester verbunden ist. Da er als Propagandist Khomeinis hervortrat und Khomeini ihn persönlich portierte, war seine Wahl zum Erben nicht verwunderlich.

Damals hatte Montasari auch das Plazet der einflussreichen Kreise im Parlamentspräsident Rafsandschani: sie hielten ihn für politisch schwach, ohne Charisma, ohne eigene Meinung und leicht beeinflussbar. In der Tat galt Montasari als harmloser und lebenswerter Kauz, über den das ganze Land seine Witze machte, da er mit seiner runden Gestalt, der jovial-großväterlichen Art und dem hinter dicken Brillengläsern und dem bu-



Zum Welayat-e faqih geeignet, da scheinbar harmlos: Ayatollah Montasari. FOTO: CPA

schigen Bart verschminkt hervorhervorstechendes Gesicht einer beliebigen Trickfigur (einer Katze) des iranischen Fernsehens ähnelte. Doch sie scheinen ihn unterschätzt zu haben.

Der Ayatollah erwies sich als viel „politischer“ als erwartet. Dabei hatte er schon vor seiner Wahl mit dem Ruf nach mehr Liberalisierung, mehr Pressefreiheit und der Freilassung politischer Häftlinge von sich reden gemacht. Doch da er mit diesen liberalen Ansichten wenig bewegte, nahm ihn wohl keiner ernst.

Wie um einen Kontrapunkt zu setzen, betätigte er sich hernach als Konservativer, forderte mehr Marktwirtschaft und machte sich zum Hüter des Islam und zum Exponenten des Revolutionsexportes (mit eigener Organisation) – just zu einem Zeitpunkt, als Rafsandschani diesen gerne auf Sparflamme fahren wollte. Zudem blockierte er über Monate die Regierungsbildung mit ständigen Einwürlen gegen einzelne Minister. So unternehmen die Leute um Rafsandschani alles, ihn wieder abzuschleifen zugunsten einer kollektiven Nachfolgeregelung.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt kommentiert den Nicht-Abbau von Subventionen:

Es hat seine Gründe, weshalb die Bundesrepublik bei der Beseitigung von Subventionen so gar keine Fortschritte gemacht hat. Derartiges läßt sich nämlich nur erreichen, wenn damit eine kräftige, für jeden fühlbare Verminderung der Steuerlast verbunden wird. Bei uns hat es dagegen immer nur Korrekturen am Steuerarif gegeben, nie eine Reform.

### Rölnr Stadt-Anzeiger

Er meint zur Rheinvergiftung:

Jetzt gibt es auch in der Unionsfraktion Zweifel, ob der Umweltminister seine Aufgabe so erfüllt, wie es die Öffentlichkeit von ihm erwarten darf. Nach der Serie von Störfällen in chemischen Unternehmen und einer immer neuen Verursachung des Rheins präsentiert die Union einen Katalog mit Vorschlägen für eine bessere Vorsorge im Gewässerschutz. Der umweltpolitische Sprecher Laufs bittet dazu die Bundesregierung, die „Anregungen sorgfältig zu prüfen und notwendige Konsequenzen umgehend in Angriff zu nehmen“.

### BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie geht auf die Haushaltsverhandlungen im Bundestag ein:

Die Beratungen des Haushalts im Parlament sind traditionsgemäß die Stunden der Opposition. Daß die Sprecher der SPD trotz der bevorstehenden Bundestagswahlen diese Gelegenheit zumindest am ersten Tag der Etat-Debatte nur recht zurückhaltend nutzten, lag wohl vor allem daran, daß zunächst der Themenkreis Wirtschafts- und Finanzpolitik auf

der Tagesordnung stand. Und auf diesem Feld waren sie ja vor vier Jahren gescheitert, hatten die Macht verloren und ergeben sich seither in Ratschlägen an die mit erkennbarem Erfolg Regierenden, die jeden Lernprozeß vermissen lassen.

### SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung stellt den Rahmen der Markt-Tarifverhandlungen ab:

Sollen flexible Arbeitszeitregelungen einem reibungslosen Produktionsablauf und einer optimalen Maschinennutzung dienen, oder sollen sie den Beschäftigten und ihren Interessen dienen? So wird die Kernfrage dieser Flexibilisierungsdiskussion lauten. Da mag es zwar hier und da durchaus Lösungen geben, die beide Funktionen erfüllen. Im Regelfall allerdings stehen sich die verschiedenen Interessen konfliktgeladen gegenüber.

### KURIER

Die Wieser Zeitung bemerkt zu Waldheim:

Die israelische Regierung mußte sich zu dem Eingeständnis bequemen, daß gegen den „Kriegsverbrecher Waldheim“ nur solche „Beweise“ vorliegen, die nach kurzer Prüfung als Unsinn zu erkennen sind.

### LA LIBRE BELGIQUE

Die Brüsseler Zeitung schreibt zur Iran-Affäre:

Die antisandistische „Contras“ haben Millionen Dollar erhalten, die Israel in Bezahlung von Waffenverträgen an Iran einnahmen. Die beiden umstrittenen Aspekte der Reagan-Diplomatie sind somit miteinander verbunden. Der Geist von zwei Gesetzen wurde verletzt, wenn vielleicht auch nicht ihr Buchstabe.

Not sich den Kommunisten angeschlossen hat, kann niemals bereit sein, die Rebellenarmee zu verlassen. Die von vielen immer noch gehegte Erwartung, daß dies doch noch eintreten könnte, wird auch durch die Erkenntnis des philippinischen Geheimdienstes nicht gestützt, nach der nur fünf Prozent der dreihunderttausend Mann starken Rebellenarmee „eingeschriebene Mitglieder der kommunistischen Partei“ seien, also zum „harten Kern“ gehören. Denn, zum Vergleich: Im kommunistisch regierten China sind es lediglich vier Prozent.

Dennoch, vielleicht ist die Hoffnung nicht ganz unbegründet. Bernade Buscayno, besser unter dem Namen „Commander Dante“ bekannt, einer der Gründer der kommunistischen Rebellenarmee, erschien gestern beim neuen Verteidigungsminister Rito, um ihm seine Dienste anzubieten. Er wolle, so versicherte er, auf diese Weise einen Beitrag zur nationalen Versöhnung leisten.

Handwritten signature or note at the bottom right of the page.



Donnerstag, 27. November 1986 - Nr. 276

# Ein Cocktail aus Giften für die Bürger von Rom

Er ist ein einfacher Amtsrichter, doch er könnte in die Geschichte Roms eingehen. Gianfranco Amendola droht damit, den gesamten historischen Stadtkern für den Autoverkehr zu sperren. Der Grund: Die dramatische Vergiftung der Luft.

Von FRIEDRICH MEICHNER

Die Mediziner warnen: In der römischen Innenstadt liegt die Sterblichkeitsrate bei Krebs-erkrankungen dreimal höher als in den Außenbezirken. Die Archäologen und Ökologen klagen: In den letzten drei Jahrzehnten haben die antiken Monumente durch Umweltschäden mehr gelitten als in den 2000 Jahren zuvor. Vandalen-Einfälle und absichtliche Zerstörungen, durch Erdbeben oder Feuersbrünste. Der Grund: Die von Giften verseuchte Luft.

Die Alarmrufe haben jetzt sogar die Justiz auf den Plan gerufen. Ein Amtsrichter droht mit der Sperrung des gesamten historischen Stadtkerns für den privaten Autoverkehr, wenn die Gemeindeverwaltung bis Ende dieses Monats nicht von sich aus entschieden für Abhilfe sorgt.

Gianfranco Amendola ist seit Jahren in Rom bekannt und gefürchtet als sogenannter „pretore d'assalto“, als besonders umweltbewußter „Sturm-Amtsrichter“. Er scheut kein heißes Eisen, läßt sich weder von großen Namen noch von mächtigen In-

teressengruppen durch die winterliche Heizung zusätzlich produzierten Schadstoffe mitberücksichtigt werden, da die Heizperiode in Rom noch nicht begonnen hat.

Nach Bekanntwerden dieser Messungsergebnisse erschienen einige römische Verkehrspolizisten am nächsten Tag mit Schutzmasken vor Mund und Nase zum Dienst. Der städtische Polizeiasessor ließ sie freilich unter Berufung auf das im Anti-Terrorismus-Gesetz festgelegte Verbot von Masken abblenden und untersagte weitere derartige Demonstrationen.

Amendola kündigte an, daß er, um die Fortsetzung von Verbrechen gegen die öffentliche Gesundheit zu unterbinden, die Carabinieri mobilisieren werde, falls die Stadtverwaltung untätig bleiben sollte. Er werde dann Ende des Monats alle Zufahrtsstraßen zum Zentrum für den privaten Autoverkehr gerichtlich sperren lassen.

Die unter dem christdemokratischen Bürgermeister Nicola Signorile in Rom regierende Fünferkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen protestierte wegen angeblicher Bevormundung einer frei gewählten Verwaltung durch die Justiz und wandte sich hilfesuchend an die Zentralregierung.

Die Kritiker des „Sturm-Amtsrichters“ malten in düstersten Farben das Chaos an die Wand, das durch die Sperrung der Innenstadt entstehen würde. Außerdem, so argumentierten sie, würde durch die von Amendola angeordnete Maßnahme die Luftverschmutzung aus der Innenstadt nur in die Vorstädte verlagert werden. Die Regierung Craxi kündigte schließlich an, daß sie in der Frage der Luftverschmutzung der Städte ihrerseits aktiv werden und demnächst ein Gesetzesdekret mit neuen zulässigen Höchstwerten erlassen wolle.

Weder ad-hoc-Dekrete noch spektakuläre amtsrichterliche Verbote scheinen freilich die angemessenen Mittel zu sein, um das

zur Katastrophe tendierende römische Umwelt-Übel an der Wurzel zu treffen. Denn diese Wurzel sitzt tief. Sie wurde schon kurz nach dem Krieg durch eine chaotische Stadtentwicklung gelegt, deren treibende Kräfte Profitsucht und Bauspekulation waren. Jahrzehntlang hat sich die Stadt wie ein Ölfleck nach allen Seiten ausgebreitet. Ein vor 20 Jahren verabschiedeter Baugebungsplan wurde nie verwirklicht.

Keine der Stadtverwaltungen, die einander ablösten und zeitweise von den Christdemokraten geleitet wurden, hatte ein klares Konzept für den Umweltschutz. Anstatt mit allen Mitteln den U-Bahn-Bau voranzutreiben, dachte man sich alle paar Monate ein neues System von Einbahnstraßen für den immer stärker werdenden Autoverkehr aus, ersetzte umweltfreundliche Oberleitungsbusse „aus

ästhetischen Gründen“ durch Diesellbusse und legte zur Erleichterung des Autoverkehrs die Straßenbahnen still.

Alle Warnungen verhallen ungehört – und das sicherlich nicht nur aufgrund der Hörschäden, die der römische Verkehrslärm mit seinen weit über den Normen der Weltgesundheitsorganisation liegenden Dezibelwerten (65–80 anstatt der zulässigen 50–65) auch auf dem Kapitol verursacht haben muß. Die Befürchtung, daß radikale Maßnahmen gewichtige Interessen verletzen und Wähler verschrecken könnten, erwies sich offensichtlich gegenüber dem Notwendigen als stärker.

Aber auch die römische Bevölkerung zeigt, so sehr sie sich heute über die Luftverschmutzung in der Stadt erregt, kaum Neigung, auch nur die geringsten persönlichen Opfer zu bringen – etwa das Autofahren auf das Notwendigste zu beschränken. „Sollen wir uns etwa Rollschuhe, Wanderschuhe oder Pferdekutschen anschaffen?“ lautet nicht selten die ironisch-polemische Reaktion auf die Aufforderung, das private Auto möglichst in der Garage zu lassen. So wird die Stadt tagtäglich weiterhin von Hunderttausenden privater Autos erstickt, und jeder, der zu diesem Chaos beiträgt, tut sich dabei auch noch selbst leid.

Nostalgisch preist so mancher die „guten alten Zeiten“ – wohl wissend, daß er nicht die geringste Gefahr läuft, dahin zurückversetzt zu werden. Ein Abgeordneter der extrem linksliberalen Radikalen Partei ging in seiner Nostalgie sogar so weit, ein Denkmal für Benito Mussolini zu verlangen. Begründung: Der „Duce“, der die einzige Politiker der modernen Zeit, der für Rom eine städteplanerische Konzeption hatte und diese auch, solange ihm die Zeit gelassen wurde, verwirklichte. Noch heute prangt an einem Fries in der von Mussolini konzipierten römischen Satellitenstadt EUR das Programm des faschistischen Baugebungsplans für Rom: „Das dritte Rom wird sich über die Hügel entlang des heiligen Flusses (Tiber) ausbreiten bis hin zum Tyrrhenischen Meer.“

Und das ist in der Tat bisher geschehen – ungeachtet des eher in Richtung Tivoli zielenden nachfaschistischen Baugebungsplans, der tot in der Buchstube blieb. Die einzige moderne Satellitenstadt Roms ist heute noch Mussolinis EUR zwischen der alten Stadt und dem Meer. Paolo Portoghesi, Präsident der Biennale, sprach sich zwar gegen ein Monument für den „Städteplaner Mussolini“ aus, da dieser ja schließlich auch die Zerstörung einiger mittelalterlicher Viertel Roms auf dem Gewissen hat, die seinen imperial-monumentalen Straßenprojekten im Zentrum weichen mußten. Er räumte aber ein: „Das Gute war, daß er sich mit den Problemen der Stadt befaßte, daß er die öffentlichen Arbeiten mit seltener Schnelligkeit und Effizienz in Gang brachte, daß er die Universität und EUR baute.“ Die Faschisten hätten sich hier voll eingesetzt – „etwas, was unserer Demokratie nie gelingt“.

Dieser volle Einsatz erscheint jedoch heute dringender und zwingender denn je – und dies nicht nur angesichts der Herausforderung der demokratischen römischen Stadtverwaltung durch einen kleinen Amtsrichter.



Waffengeschäfte mit dem Iran brachten sie um ihren Job: US-Sicherheitsberater John Poindexter (r.) und sein Gehilfe Oberstleutnant Oliver North. (FOTO: AFP)

## Der Präsident – betroffen, schweigend

Nun sind sie – allen Vorankündigungen Ronald Reagans zum Trotz – doch gerollt, die ersten Köpfe in der Iran-Affäre. Doch ob das Opfer reicht ist mehr als zweifelhaft. Ihr nächstes Ziel scheinen die Jäger schon ausgemacht zu haben: Donald Regan, den Stabschef des Weißen Hauses.

Von FRITZ WIRTH

Sein Gesicht war grau, fahl, mürrisch. Nirgendwo mehr der Hauch eines Lächelns, verweht alle Spuren des Optimismus, die ihn zur Legende machten. Es war der Auftritt eines Mannes, der zum ersten Mal die Bürde seines Amtes zur Schau trug, es war der Auftritt des ältesten Ronald Reagans, den Washington jemals erlebte. Die erste schwere Krise seiner Amtszeit hatte ihn gezeichnet.

So trat Ronald Reagan am Dienstag vor die Presse, fingerte nervös ein Manuscript aus seiner Jackentasche und verlas fast monoton eine Erklärung, die ihm bis zur Stunde selbst unbegreiflich schien, teilte in 15 Sätzen den Rücktritt seines Sicherheitsberaters Poindexter und dessen Assistenten North mit und hatte spürbar nur einen Wunsch: So schnell wie möglich die Szene zu räumen. Der große Kommunikator war wortkarg geworden.

Die Journalisten im Presseraum des Weißen Hauses spürten es und verlangten kalt von ihm mehr als nur eine Erklärung, sie wollten eine Beichte: „Glauben Sie immer noch, Herr Präsident, daß Sie keinen Fehler gemacht haben als Sie Waffen an den Iran liefern ließen?“ Die Antwort war zunächst nur ein Blick mit großen Augen. Man spürte, daß diese Frage ihn verletzte. Dann ein langes Zögern und schließlich die knappste aller Antworten: „Nein“.

Ende einer Tortur, Abgang eines Gezeichneten. Der Auftritt dauerte drei Minuten. Es war die erste Ewigkeit in seiner Amtszeit. Es wurde offenbar: Dieser Mann der Erfolge und des Optimismus hat in seinem Vo-

kabular keine Worte für die Krise, die Belagerung, den Fehlschlag. Und so schweig er, betroffen und ein wenig hilflos.

Kaum hatte er die Szene geräumt, tönten schrill altvertraute Alarmsignale durch Washington. Die Spürhunde der Skandale hatten die Witterung aufgenommen und buchstabierten, was sie vorzufinden glaubten, in lustvoller Entrüstung: „Watergate“. Man hatte, besonders auf dem Kapitol, keine Zeit mehr für Fragezeichen, man forderte: Eine Untersuchung durch das Justizministerium genügt nicht. Ein unabhängiger Ankläger muß her, wie einst bei Watergate.

Und dann begann man, teils genüßlich, teils entrüstet, das, was man hörte und zu wissen glaubte, zu Schlagzeilen zu destillieren: „Ein Präsident, der nicht weiß, was in seinem Keller passiert“ (Im Keller liegen die Büros des Sicherheitsberaters.) „Das Weiße Haus unterhält Geheimkonten in der Schweiz.“ Und schließlich: „Geschäfte mit den Kashoggis dieser Welt“.

Henry Kissinger: „Dies ist nicht Watergate“

Es dauerte bis in die späten Abendstunden, bis in diese oft spürbar rechte Verblüffung und ebenso spürbare aber bemühte Bestürzung, erste Stimmen der Vernunft sich Gehör verschaffen konnten. Henry Kissinger, ein Mann, der es wissen mußte, denn er stand einst im Krisengewitter eines Skandals, hatte diese Krise abgeschmeckt: „Dies ist nicht Watergate. Bei Watergate ging es um persönliche politische Interessen, hier aber versuchten Leute, im nationalen Interesse zu handeln. Zwar töricht, doch, soweit wir bisher wissen, nicht kriminell.“

Es half nicht viel, die Krisen-Spürhunde von der Fährte abzubringen. Und so beschloß bis zur Stunde Washington vor allem diese zentrale Frage: Wo begann und wo endete der Skandal? Ist es denkbar, daß solche Operationen wie Waffenlieferungen an den Iran und Abschöpfung des Profits für Waffenlieferungen an die

„Contras“ im Weißen Haus von unteren Chargen wie dem Oberstleutnant North durchgeführt wurden, ohne daß seine Vorgesetzten, vor allem aber Stabschef Regan, davon wußten? Selbst ein Kenner wie Kissinger hat da keine großen Zweifel: Es ist schwer vorstellbar, daß andere und höhere Chargen nicht davon wußten.

Die große Frage, vor allem von der Opposition immer wieder ins Spiel gebracht, heißt also: Wußte auch der Präsident davon? Er selbst bestreitet es mit Nachdruck und Edward Meese, sein Justizminister wiederholt es an diesem Tage ein Dutzend Mal: Der Präsident war nicht informiert. Er ist in dieser Affäre nicht der Angeklagte, sondern der Ankläger. Er war es, der die Dinge ins Rollen brachte, denn „er beauftragte mich mit der Untersuchung dieser Vorfälle.“

Edwin Meese, Justizminister und der unzerstörbare Cherubim des Reagan-Optimismus, ist über Nacht zur beherrschenden Figur auf der Krisenszene geworden. Nichts macht den Ernst der Situation deutlicher als das plötzliche Auftauchen dieses Mannes. Denn er erscheint hier nicht nur in der Rolle des zuständigen Justizministers, es ist die Rückkehr des großen Beschützers und Schirmherren des Präsidenten, des Chefs der kalifornischen Brigade, die einst mit Ronald Reagan nach Washington gezogen war, um ihn vor Unbill zu schützen.

Und Edwin Meese spielt diese altvertraute Rolle virtuos. „Dies ist kein geschlagener Präsident“, ruft er in den Wind dieser Affäre hinein. „Von diesem Präsidenten dürfen wir in den kommenden zwei Jahren noch große Dinge erwarten.“ Zugleich aber gibt er Notstandssignale an die Truppen: „Es ist jetzt die Zeit, sich loyal um den Präsidenten zu scharen. Wer es nicht will, soll es sagen und die Szene räumen.“

Es ist unübersehbar: Meese spielt hier die Rolle, die eigentlich dem Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan zukommt. Denn die Pannne, die hier passiert ist, fällt in das Ressort dieses Mannes. Regan ist nicht nur der oberste Berater, er ist

auch der oberste Beschützer des Präsidenten. Und seit gestern ist es bemerkenswert still geworden um diesen sonst sehr lautstarken politischen Chefmanager. Es ist begreiflich, denn die Zeigefinger einer verwundeten Administration zeigen vor allem auf ihn. Er hat geduldet, daß die Männer des Nationalen Sicherheitsrates, angestellt und berufen zur politischen Analyse und zur Koordination zwischen Außen- und Verteidigungs-politik, aus dem Ruder liefen und aktive Geheimdienstpolitik mit Waffen und mit gewaschenen und ungewaschenen Geldern betrieben. Regan war ihr unmittelbarer Vorgesetzter, er trägt die Verantwortung. Die Frage scheint nicht mehr: Wird dieser Mann bleiben, sondern wie lange kann er bleiben. Es gibt Anzeichen dafür, daß er das Vertrauen des Präsidenten verloren hat.

Einer der Gewinner heißt George Shultz

Der Sieger in einer düsteren und ungewohnten Stunde der Verlierer? Es ist fraglos Außenminister George Shultz, dessen Bedenken und Einwände gegen die Rolle der Sicherheitsberater im Weißen Haus und ihren Waffen-Transaktionen voll bestätigt wurden. In Zukunft wird der Iran wieder im Zuständigkeitsbereich seiner Beamten liegen.

Diese Cowboys aber, vor allem der offensichtliche Drahtzieher des Iran-Coup, Oliver North, bleiben vorerst weiter die großen unsichtbaren Männer dieser Affäre. Poindexter verweigert jedes öffentliche Gespräch und Oliver North ist weiter die Schattenfigur, die er stets war. Der muskelstarke Macher, der die Bürokraten der Administration überspielt, der Mann, der im Nervenzentrum der Grenada Invasion stand und im letzten Jahr dafür sorgte, daß nach der Achille Lauro Affäre ein Flugzeug mit den Terroristen dieses Coups abgefangen wurde. Oliver North ist ein Mann für Filme, doch ein Fremdling und ein gefährlicher Risikofaktor auf weltpolitischer Bühne.



Ein römischer Verkehrspolizist schützt sich mit einer Maske gegen die vergiftete Luft. (FOTO: AP)

stitutionen schrecken, wenn es darum geht, Fälle aufzugreifen, bei denen seiner Überzeugung nach Umweltverbrechen vorliegen.

Kürzlich ordnete sein Amtsgericht eine sich über mehrere Wochen erstreckende systematische Messung der Luftverschmutzung in der römischen Innenstadt an. Schon die ersten Ergebnisse waren derart alarmierend, daß die Techniker an der Zuverlässigkeit ihrer Instrumente zweifelten und diese von Experten überprüfen ließen.

Die Zweifel erwiesen sich als unbegründet. Die gesundheitsschädlichen Stoffe – vor allem schwefelige Anhydride, Stickstoffdioxide, Kohlenwasserstoffe – übertreffen bei weitem die von der EG festgelegte zulässige Höchstgrenze solcher Giftstoffe. Dabei konnten bei den bisherigen Messungen nicht einmal die

## Mit europäischen Aktien nutzen Sie Impulse aus unseren Nachbarländern. Wir sagen Ihnen wie.

Für die erfolgreiche Vermögensanlage bietet Europa als Magnet auch für internationale Kapitalströme interessante Perspektiven.

Hoher Leistungsstandard und starke Innovationskraft haben der europäischen Industrie einen beachtlichen Aufschwung gebracht.

Günstige Entwicklungen des Geldwertes und des Wirtschaftswachstums lassen auch für die Zukunft positive Ergebnisse erwarten.

Mit dem Erwerb europäischer Aktien können Sie die Skala der inländischen Anlagemöglichkeiten gezielt um attraktive Märkte und Branchen erweitern.

Nutzen Sie die Erfahrung und die Marktkennntnisse der Deutschen Bank mit ihrem weltweiten und präzisen Informationssystem.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank





## Lübeck droht Hamburg Klage um Schönberg an

dpa, Lübeck/Hamburg

Im Streit um die Sondermülltransporte zu der nahe Lübeck gelegenen DDR-Mülldeponie Schönberg hat die Hansestadt jetzt auch Hamburg eine Klage angedroht. Hamburg will dagegen zunächst versuchen, beim Lübecker Senat Verständnis für die schwierige Situation der Elbemetropole zu wecken.

Nach den Gerichtsbeschlüssen in Darmstadt und Schleswig gegen Genehmigungsbescheide Hessens und Schleswig-Holsteins für Sondermüll-

transporte erklärte Lübeck's Innensenator Egon Hilpert, er könne sich nicht vorstellen, daß der Hamburger Senat freiwillig auf den weiteren Transport von Sondermüll nach Schönberg verzichten werde. Lübeck habe die Elbemetropole maximal 14 Tage Überlegungsfrist ein. Komme Hamburg der Aufforderung nicht nach, werde Lübeck klagen.

Der Senat in der Hamburger Umweltschlichtung, Fritz Vahrenholt, erklärte dem, Hamburg habe in einem Schreiben an Hilpert Gespräche vorgeschlagen. Das Problem der Belegung von Sondermüll von dem neuen Bundesländer betroffen seien, könne nur rational gelöst werden. Dabei hätten auch die Flächenländer eine besondere Verantwortung. „Wir haben keine Alternativen – wir können ja nicht auf dem Rathausmarkt ablagern“, Hamburg habe sich eingehend mit Schönberg befaßt und gehe davon aus, daß die Deponie westdeutschen Standards entspreche. Jährlich gehen etwa 150.000 Tonnen Sondermüll aus Hamburg in die „DDR“.

transporte erklärte Lübeck's Innensenator Egon Hilpert, er könne sich nicht vorstellen, daß der Hamburger Senat freiwillig auf den weiteren Transport von Sondermüll nach Schönberg verzichten werde. Lübeck habe die Elbemetropole maximal 14 Tage Überlegungsfrist ein. Komme Hamburg der Aufforderung nicht nach, werde Lübeck klagen.

Der Senat in der Hamburger Umweltschlichtung, Fritz Vahrenholt, erklärte dem, Hamburg habe in einem Schreiben an Hilpert Gespräche vorgeschlagen. Das Problem der Belegung von Sondermüll von dem neuen Bundesländern betroffen seien, könne nur rational gelöst werden. Dabei hätten auch die Flächenländer eine besondere Verantwortung. „Wir haben keine Alternativen – wir können ja nicht auf dem Rathausmarkt ablagern“, Hamburg habe sich eingehend mit Schönberg befaßt und gehe davon aus, daß die Deponie westdeutschen Standards entspreche. Jährlich gehen etwa 150.000 Tonnen Sondermüll aus Hamburg in die „DDR“.

Der Senat in der Hamburger Umweltschlichtung, Fritz Vahrenholt, erklärte dem, Hamburg habe in einem Schreiben an Hilpert Gespräche vorgeschlagen. Das Problem der Belegung von Sondermüll von dem neuen Bundesländern betroffen seien, könne nur rational gelöst werden. Dabei hätten auch die Flächenländer eine besondere Verantwortung. „Wir haben keine Alternativen – wir können ja nicht auf dem Rathausmarkt ablagern“, Hamburg habe sich eingehend mit Schönberg befaßt und gehe davon aus, daß die Deponie westdeutschen Standards entspreche. Jährlich gehen etwa 150.000 Tonnen Sondermüll aus Hamburg in die „DDR“.

Der Senat in der Hamburger Umweltschlichtung, Fritz Vahrenholt, erklärte dem, Hamburg habe in einem Schreiben an Hilpert Gespräche vorgeschlagen. Das Problem der Belegung von Sondermüll von dem neuen Bundesländern betroffen seien, könne nur rational gelöst werden. Dabei hätten auch die Flächenländer eine besondere Verantwortung. „Wir haben keine Alternativen – wir können ja nicht auf dem Rathausmarkt ablagern“, Hamburg habe sich eingehend mit Schönberg befaßt und gehe davon aus, daß die Deponie westdeutschen Standards entspreche. Jährlich gehen etwa 150.000 Tonnen Sondermüll aus Hamburg in die „DDR“.

Mit Dauerlächeln verfolgt der Kanzler die Generaldebatte

## Zu Vogels Nachhutgefecht reicht die Union Bonbons

ZBERHARDTSCHE, Bonn

Es ist ziemlich genau auszumachen, woran Bundeskanzler Helmut Kohl denkt: Während der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel am Rednerpult in der Generaldebatte des Bundestags anlässlich der Verabschiedung des Kanzlerhaushalts 1987 das Kolossalgemälde einer unter Kohls angeleglich „redseliger Sprachlosigkeit“ völlig ruinieren und von Krisen geschüttelten Bundesrepublik Deutschland entwirrt, mustert er die Zuhörerränge und nicht unmerklich jedesmal, wenn Vogel „weiter so“ sagt.

Unter diesem CDU-Wahllogan freilich zählt der Oppositionschiefer der Sozialdemokraten alles das auf, was seiner Ansicht nach auf nahezu sämtlichen Gebieten der Politik zu schlimmen Elend geführt habe. Dabei zielt er, auf Kohl gemünzt, den philosophischen Guru der Ausleger, Erich Fried, mit dem Satz: „Habe Augen vor dem, der sagt: ich kenne keinen Zweifel: Vogel rügt das, was er bei der Regierung als geringe Immunschwäche“ ausgemacht hat, doch als er gerade zum Hauptpunkt seiner Anträge ansetzt, unterläuft ihm ein Fehler. Er sagt zu Kohl gewandt: „Wir wollen, daß Johannes Rau an Ihre Stelle tritt!“

Der Rest der einsündigen Rede ging daraufhin in einer Welle der Heiterkeit bei der Koalition unter. Bergrüßte erkundigte sich der gerade amtierende Bundestagspräsident Richard Stücklin (CDU/CSU), ob den Redner der Beifall nicht genauso störe, wie die Unruhe, was Vogel beleidigt zurückwies: „Ich danke für die diffuse Betrachtung meines Gefühlslbens!“ Und im Abschied von der Tribüne meinte er noch zur Koalition: „Sie werden sich täuschen, wenn Sie glauben, die SPD wegzuschieben zu können.“

Im engen Beifallsplanarsaal Wasserwerk ist an diesem Mittwoch um 9 Uhr die Regierungsbank so komplett besetzt, daß Zuspätkommende wie Regierungssprecher Friedhelm Ost Mühe haben, irgendwo unterzukommen.

Auf der anderen Seite des Rednerpults, auf der Länderbank, da-

gegen große Leere: Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl am 25. Januar, ist nicht erschienen. „müde, lustlose Nachhutgefecht“, so Theo Waigel als Vorsitzender der CDU-Landesgruppe über die Vogel-Rede, löst in den Sitzreihen der Union eine so fühlbare Entspannung aus, daß eine große Tüte mit Bonbons in Umlauf gegeben wird, aus der sich jedermann bedient.

Kohl im dunkelblauen Einreiter verharrt während der ganzen auf fünf Stunden angesetzten Debatte, oft mit leicht gefalteten Händen, in der Haltung lockerer Aufgeräumtheit. Die an ihn von Vogel gerichtete Anklage, er sei der „Kanzler der Konkurrenz und Zwangsversteigerung“ amüsiert ihn sichtlich. Im Oktober 1982, als er vor der gleichen schwarz-rot-goldenen Fahne, die jetzt unmittelbar hinter seinem Sitz steht, den Amtseid ablegte, hatte eine der Union sehr kritisch gegenüberstehende Wochenschrift festgesetzt: „Noch nie hat ein Kanzler dieses Amt in einer ähnlich schlechten Lage übernehmen müssen.“ Damals war ihm sogar attestiert worden, es sei höchst ungewiß, ob er bei den für den 6. März 1983 anberaumten Bundestagswahlen nach dem erfolgreichen Mißtrauensvotum der Union gegen Kanzler Helmut Schmidt überhaupt eine Mehrheit erobern könne. Und der jetzige so glücklose Herausforderer Johannes Rau trat damals auf dem Bonner Münsterplatz bei einer von 4000 Sympathisanten der untergegangenen sozialliberalen Koalition besuchten Versammlung auf, um zu verkünden, die „linke Mehrheit“ im Lande werde dafür sorgen, daß die neue Bonner Regierung „ein Zwischenspiel“ bleibe.

Dies alles war wohl Grund genug für den Kanzler, sich nun vier Jahre danach mit einem nach innen gekehrten milden Dauerlächeln seiner Aussage für die Presse am Abend des ersten Kanzler-Arbeitstages zu erinnern: „Ich bin der gewählte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und ich gedanke das noch eine Weile zu bleiben.“

Die Sanierung und Revitalisierung des Rheins ist nicht nur im Interesse unserer Trinkwasserversorgung, aber vor allem in diesem Interesse unerlässlich.“

## „Leichtfertiger Umgang mit Risikopotential“

DW, Bonn

Vor dem Hintergrund der dieser Tage bekanntgewordenen Fälle von wiederholten Gifteinleitungen in den Rhein hat Bundeskanzler Helmut Kohl erneut von „Umweltkriminalität“ gesprochen. Die WELT dokumentiert nachfolgend die Kanzler-Passage aus der Bundestagsrede zum Thema Umweltbelastung:

„Der Chemieskandal in Basel hat deutlich gemacht, daß internationale Standards zum Schutz unserer Umwelt nicht nur beim Thema Kernenergie auf der Tagesordnung stehen.“

Es ist in jeder Weise unverstänglich und in keiner Weise zu entschuldigen, daß dort nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit einem solchen Risikopotential so leichtfertig umgegangen wurde.

Ich füge hinzu, wir brauchen die chemische Industrie und ihre Erzeugnisse, aber wir müssen auch erwarten, daß bei Herstellung und Lagerung ein Maximum an Vorsicht, Voraussicht und Vorsorge gewährleistet wird. Wenn jemand sich nicht daran hält, beziehungsweise im Unglücksfall durch Nachlässigkeit oder sogar Vertuschungsversuche den Schaden vergrößert, dann ist das nichts anderes als Umweltkriminalität.“

Wir werden deshalb in engem Zusammenwirken mit den Bundesländern prüfen, wie der Vollzug bestehender Sicherheitsvorschriften verbessert werden kann und ob die Vorschriften zum Umgang mit gefährlichen Stoffen verschärft werden müssen.

Angesichts des hohen Risikopotentials, mit dem die chemische Industrie auch bei uns umgeht, muß sichergestellt werden, daß die Firmen die notwendige Eigenverantwortung und Sorgfalt auch in der Unternehmung gegenüber den staatlichen Stellen und der Öffentlichkeit wahrnehmen.

Die Sanierung und Revitalisierung des Rheins ist nicht nur im Interesse unserer Trinkwasserversorgung, aber vor allem in diesem Interesse unerlässlich.“

## Wallmann hält an einer Politik der Kooperation mit der Chemie fest

Aber der Minister will die gesetzlichen Regelungen erheblich verschärfen

ULRICH REITZ, Bonn

Die Bundesregierung will auch nach den jüngsten Chemies-Unfällen, die das Ökosystem des Rheins schwer geschädigt haben, grundsätzlich nicht davon abrücken. „Über Kooperation zu einer Selbstverpflichtung der Industrie“ zu kommen. Dies bedeute jedoch nicht, daß „wir nach entsprechenden Prüfungen auf notwendige Verschärfungen von Gesetzen verzichten“, sagte Bundesumweltminister Walter Wallmann gestern in Bonn. Die chemische Industrie „ist dabei, in eine beachtliche Vertrauenskrise zu kommen“, konstatierte der CDU-Politiker.

Wallmann kündigte eine Reihe von verschärften Verordnungen an, die „so früh wie möglich in der nächsten Legislaturperiode“ verabschiedet werden sollen. Dazu gehöre auch die Überlegung, die Störfall-Verordnung in einigen Punkten zu verbessern. Wallmann erklärte, seit 1980 seien lediglich 14 Störfälle in der chemischen Industrie an die Behörden gemeldet worden.

Der Bundesumweltminister drückte sich vorsichtig aus, als er erklärte: „Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß es tatsächlich nur 14 Fälle gegeben hat“. Deshalb müßten die Bestimmungen über die Meldung von Zwischenfällen verschärft werden.

Der Bundesumweltminister kündigte auch die Prüfung der Liste gefährlicher Stoffe an. Das Bundes-Immissionschutzgesetz werde mit Blick auf die Lagerhaltung auf den Prüfstand kommen. „Erheblichen Widerstand“ erwartete Wallmann bei der Einführung von „Regelwerken“ in die Störfall-Verordnung. Damit soll festgeschrieben werden, welche Materialien im Umgang mit gefährlichen Stoffen verwendet werden müssen.

Es werde außerdem geprüft, eine betriebsunabhängige Überwachung der chemischen Industrie zu installieren. In diesem Zusammenhang ließ Wallmann auch Sympathie für den Vorschlag des nordrhein-westfälischen SPD-Parlamentarier, er forderte, eine „Öko-Bürgerdebatte“ einzurichten, die bestimmte Betriebe „rund um die Uhr“ überwacht.

„Befriedigend“ sei es, wenn Wallmann, daß der Bundestag die Überwachung erst zehn Tage nach einem Unfall bei Hoechst informiert. „Bis zur Stunde haben auch wir keine Informationen über den Landeseinsatz“, sagte Wallmann. Im Umweltschutz, der chemischen Industrie, habe die Fischer-Staatssekretäre Konferenz erklärt, er habe weder einen Grund gegeben, den Atomplan zu zusehen, noch die Bundesregierung zu informieren, daß dieser Plan nicht in Bundeskompetenz liegt. Da dieser Erklärung nicht zu entnehmen sei, ob der Unfallschaden, der durch die Störfälle entstanden sei, die Störfälle nicht entsprechen könnten.

Wallmann erklärte, seit 1980 seien lediglich 14 Störfälle in der chemischen Industrie an die Behörden gemeldet worden.

worden. Der Bundesumweltminister drückte sich vorsichtig aus, als er erklärte: „Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß es tatsächlich nur 14 Fälle gegeben hat“. Deshalb müßten die Bestimmungen über die Meldung von Zwischenfällen verschärft werden.

Der Bundesumweltminister kündigte auch die Prüfung der Liste gefährlicher Stoffe an. Das Bundes-Immissionschutzgesetz werde mit Blick auf die Lagerhaltung auf den Prüfstand kommen. „Erheblichen Widerstand“ erwartete Wallmann bei der Einführung von „Regelwerken“ in die Störfall-Verordnung. Damit soll festgeschrieben werden, welche Materialien im Umgang mit gefährlichen Stoffen verwendet werden müssen.

Es werde außerdem geprüft, eine betriebsunabhängige Überwachung der chemischen Industrie zu installieren. In diesem Zusammenhang ließ Wallmann auch Sympathie für den Vorschlag des nordrhein-westfälischen SPD-Parlamentarier, er forderte, eine „Öko-Bürgerdebatte“ einzurichten, die bestimmte Betriebe „rund um die Uhr“ überwacht.

„Befriedigend“ sei es, wenn Wallmann, daß der Bundestag die Überwachung erst zehn Tage nach einem Unfall bei Hoechst informiert. „Bis zur Stunde haben auch wir keine Informationen über den Landeseinsatz“, sagte Wallmann. Im Umweltschutz, der chemischen Industrie, habe die Fischer-Staatssekretäre Konferenz erklärt, er habe weder einen Grund gegeben, den Atomplan zu zusehen, noch die Bundesregierung zu informieren, daß dieser Plan nicht in Bundeskompetenz liegt. Da dieser Erklärung nicht zu entnehmen sei, ob der Unfallschaden, der durch die Störfälle entstanden sei, die Störfälle nicht entsprechen könnten.

Wallmann erklärte, seit 1980 seien lediglich 14 Störfälle in der chemischen Industrie an die Behörden gemeldet worden.

Der Bundesumweltminister drückte sich vorsichtig aus, als er erklärte: „Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß es tatsächlich nur 14 Fälle gegeben hat“. Deshalb müßten die Bestimmungen über die Meldung von Zwischenfällen verschärft werden.

Der Bundesumweltminister kündigte auch die Prüfung der Liste gefährlicher Stoffe an. Das Bundes-Immissionschutzgesetz werde mit Blick auf die Lagerhaltung auf den Prüfstand kommen. „Erheblichen Widerstand“ erwartete Wallmann bei der Einführung von „Regelwerken“ in die Störfall-Verordnung. Damit soll festgeschrieben werden, welche Materialien im Umgang mit gefährlichen Stoffen verwendet werden müssen.

Es werde außerdem geprüft, eine betriebsunabhängige Überwachung der chemischen Industrie zu installieren. In diesem Zusammenhang ließ Wallmann auch Sympathie für den Vorschlag des nordrhein-westfälischen SPD-Parlamentarier, er forderte, eine „Öko-Bürgerdebatte“ einzurichten, die bestimmte Betriebe „rund um die Uhr“ überwacht.

schen SPD-Parlamentarier, er forderte, eine „Öko-Bürgerdebatte“ einzurichten, die bestimmte Betriebe „rund um die Uhr“ überwacht.

„Befriedigend“ sei es, wenn Wallmann, daß der Bundestag die Überwachung erst zehn Tage nach einem Unfall bei Hoechst informiert. „Bis zur Stunde haben auch wir keine Informationen über den Landeseinsatz“, sagte Wallmann. Im Umweltschutz, der chemischen Industrie, habe die Fischer-Staatssekretäre Konferenz erklärt, er habe weder einen Grund gegeben, den Atomplan zu zusehen, noch die Bundesregierung zu informieren, daß dieser Plan nicht in Bundeskompetenz liegt. Da dieser Erklärung nicht zu entnehmen sei, ob der Unfallschaden, der durch die Störfälle entstanden sei, die Störfälle nicht entsprechen könnten.

## Laut HEW kein Sicherheitsrisiko

TÜV-Studie ging von hypothetischen Unfällen in Siedewasser-Reaktoren aus

UWE BAHNSEN, Hamburg

Die Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) haben sich nachdrücklich gegen Mutmaßungen gewandt, ein vom Technischen Überwachungsverein Norddeutschland erstelltes Gutachten über Kernschmelzabläufe in Atomkraftwerken habe Sicherheitsdefizite in den mit Siedewasserreaktoren arbeitenden Kernkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel deutlich werden lassen. Die HEW sind für die Betriebsführungen bei den Anlagen verantwortlich.

Das für den Kraftwerkspark des Unternehmens zuständige HEW-Vorstandsmittglied Manfred Timm erklärte dazu, die HEW seien am 5. Juni bei einem Gespräch im Kieler Sozialministerium mündlich und in groben Zügen über das TÜV-Gutachten unterrichtet worden. Offiziell liege die Expertise den HEW seit Dienstag dieser Woche vor.

Timm und der Leiter des Kraftwerks Krümmel, Werner Hartel, versicherten in einem Pressesgespräch,

die TÜV-Untersuchung befaßte sich „mit hypothetischen Unfällen, die nach geltendem Recht dem sogenannten Restrisiko zuzuordnen sind.“ Sie existiere bisher nur als Entwurf und sei Teil einer Gesamtstudie der Firma „Energie-Systeme Nord“ (ESN). Es gehe dabei um „Informationen zur Optimierung der Katastrophenschutz-Planung“. Die Autoren des Gutachtens, so betonten Timm und Hartel weiter, hätten auftragsgemäß und bewußt aus methodischen Gründen unterstellt, daß sämtliche vorhandenen Sicherheitseinrichtungen ausfallen und die Betriebsmannschaft nicht reagiert. Aus diesem Grunde enthalte das Gutachten auch keine Aussagen über die Sicherheitsbewertung von Kraftwerken mit Siedewasserreaktoren.

Die tatsächlich vorhandenen Sicherheitsbarrieren schilderten Timm und Hartel für das Kraftwerk Krümmel im Hinblick auf einen der vom TÜV angenommenen Fälle – den Ausfall der gesamten Stromversor-

gung: Falls dieser Ereignis im gesamten norddeutschen Raum, also „größtenteils“ einträte, sei das Kraftwerk Krümmel in der Lage, das für seinen Betrieb notwendige Strom selbst zu erzeugen. Wenn die Anlagen der Anlage zur Eigenbedarf nicht gelänge, so fügte das zur automatischen Abschaltung und zum Anspringen von sechs voneinander unabhängigen Notstromdieseln. Davor sei jedoch nur einer für die gesicherte Kühlung des Reaktors erforderlich. Selbst bei einem Ausfall dieser Aggregate könne die notwendige Stromversorgung der Anlage durch das benachbarte Pumpenwerkwerk gewährleistet sicher gestellt werden.

Erst wenn auch das müßige bestehe die Gefahr der Kernschmelze. Die beiden HEW-Manager zeigten sich überzeugt, daß die bestehenden Überprüfungen durch die Internationale Atomenergiekommission und die Reaktorunternehmenskommission die „erforderliche Vorsorge“ bestätigen werden.



Der neue Croma zeigt deutlich, wie sich aus einem innovativen Automobil-Konzept ein neues, schnörkelloses, individuelles Design ergeben kann. Klare Linien und gelungene Proportionen harmonisieren mit einer konsequent angewandten Aerodynamik (cw-Wert: 0,32). Die Idee der fünften Tür wurde so elegant gelöst, daß trotzdem ein Stauraum von 1,4 m<sup>3</sup> zur Verfügung steht. Diese Fiat-Raumökonomie wurde allerdings

erst möglich durch eine neu entwickelte Einzeldrufführung in Verbindung mit Frontantrieb und neuen, quer integrierten Triebwerken.

1. Der Croma 2000 CHT (Controlled High Turbulence) ist der erste Motor mit zwei unterschiedlich dicken Ansaugkanälen. Das verringert den Verbrauch bei Teillast um 20%.
2. Der Croma 2000 i.e. Die elektronischen Steuergeräte für Einspritzung und

Zündung wurden in einem neuen Zentralcomputer zusammengefaßt.

3. Der Croma Turbo i.e. Sein Turbolader ist gekoppelt mit einer elektronischen Bosch-Einspritzung. Außerdem: Microplex-Zündung und Klopfsensor.
4. Der Croma Turbo Diesel. Ladeluftkühler, Schnell-Glühkerzen und Diesel-Vorwärmung im Winter.

Überdurchschnittlich ist die Liste der serienmäßigen Ausstattung: Zentral-

verriegelung inkl. der Heckklappe, 5 Gänge, Servolenkung, automatische, getönte Scheiben, Heckscheibenwischer/-wischer, elektrische Fensterheber vorn, höhenverstellbares Lenkrad. Und als besondere Extras sind für manche Modelle ABS und Niveauregelung erhältlich. Eine Welt voller Technik, die so mancher Automobilhersteller nördlich der Alpen gerne im Angebot hätte.

CROMA 2000 CHT, 66 kW (90 PS), Spitze 182 km/h, 0 auf 100 km/h in 11,8 Sek., 24.330,- DM\*.  
CROMA 2000 i.e., 88 kW (120 PS), Spitze 192 km/h, 0 auf 100 km/h in 9,9 Sek., 26.990,- DM\*.  
CROMA 2000 i.e., Kat. 83 kW (113 PS), Spitze 191 km/h, 0 auf 100 km/h in 10,4 Sek., 28.490,- DM\*.  
CROMA Turbo i.e., 114 kW (155 PS), Spitze 210 km/h, 0 auf 100 km/h in 7,8 Sek., 33.330,- DM\*.

CROMA Turbo Kat. 110 kW (150 PS), Spitze 210 km/h, 34.850,- DM\*.  
CROMA Turbo Diesel, 74 kW (100 PS), Spitze 185 km/h, 0 auf 100 km/h in 11,9 Sek., 32.100,- DM\*.  
\*Unverbindliche Preisempfehlung zzgl. Überführungskosten, Stand Oktober 1986.

**FIAT**  
FIAT CROMA. Der große Fiat.

50 Jahre Fiat



## Der Emotion ein Recht oder Des Professors unbefriedigte Nachfrage

Von HELMUT BREUER

Ich begrüße die Grünen als neue politische Kraft, die sich durch ihren Wahlerfolg die Eintrittskarte in die politische Arena erworben und sich als seriöse politische Partei etabliert haben. Mit diesem überschwenglichen Willkommensgruß verblüffte Kurt Hans Biedenkopf am 18. März 1980 Parteifreunde, politische Gegner und wohl am meisten die Grünen selbst, die zwei Tage vorher die Fünf-Prozent-Hürde in Baden-Württemberg übersprungen und damit zum ersten Mal den Einzug in den Landtag eines Flächenstaats geschafft hatten. Biedenkopf war damals Wahlkampfleiter der nordrhein-westfälischen CDU, wurde wenige Wochen später nach dem frühen Tod von Heinrich Köppler Spitzenkandidat seiner Partei, die bei der Landtagswahl am 4. Mai 4,3 Prozentpunkte verlor und dem noch bundesweit recht unbekannten Johannes Rau zur ersten absoluten Mehrheit im Mandat verhalf. Wer damals in der CDU an eine taktische Finte des wendigen Professors gedacht hatte, der auf diese Weise der SPD/FDP-Koalition in Düsseldorf einheizen zu können glaubte, wurde durch Biedenkopf selbst später immer wieder eines Besseren belehrt.

Darum verschreckte das jüngste Lob Biedenkopfs an die Adresse der Grünen gestern auch nur die zahlreichen Neulinge in der Düsseldorf CDU-Landtagsfraktion, die mitten im Wahlkampf gegen „Rot-Grün“ von den neuen Komplimenten ihres Landesvorsitzenden an die alternativen Gegner überrascht worden waren. Staunend lasen sie die Ansicht ihres „Professors“, daß die Grünen durch ihre Existenz und Anwesenheit im Bundestag die Prioritäten in den großen Parteien, „vor allem“ in der Union, in der Friedens-, Umwelt- und Frauenpolitik entscheidend verändert hätten, was eine „gute Entwicklung“ sei. Mit Überraschung nahmen sie gestern auch Biedenkopfs Feststellung zur Kenntnis, daß

Gewaltanwendung bejahende Grüne „der Emotion wieder ein Recht in der Politik verschafft“ und für sie „die menschliche Toleranz und menschliche, personale Solidarität“ große Bedeutung habe. Und verwundert stellten CDU-Abgeordnete auch fest, daß Biedenkopf in seinem Interview 1986 die These vertritt, die Grünen hätten zum Beispiel in der Umweltpolitik auch Antworten gegeben und Modelle geschaffen, „wie man miteinander menschlich umgeht“, obwohl seit den umweltpolitischen Anstößen der Grünen doch „mindestens sechs, sieben Jahre vergangen sind“, wie ein Fraktionskollege Biedenkopfs im Landtag anmerkte.

Erfahrenere CDU-Parlamentarier dagegen ärgerten sich gestern nur noch über den Zeitpunkt des Erscheinens, nicht aber über den Inhalt der neuen Ideen Biedenkopfs. Während Ina Radke, die Referentin des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden, die Kritik an dem Buchbeitrag ihres Chefs „völlig unverständlich“ findet, da CDU-Generalsekretär Heiner Geißler erst am Wochenende in Köln „ähnliche“ Gedanken geäußert habe und schließlich auch so gestandenen Politiker wie Rudolf Seiters (CDU) (Überschrift: „Sie spielen den

Sowjets in die Hände“) und Burkhard Hirsch (FDP) (Überschrift: „Nur die Schaumkronen auf der Welle“) in dem Interviewband des Journalisten Dirk Cornelissen als (allerdings wesentlich kritischere) Co-Autoren vertreten seien, erklären Parteifreunde die Affinität Biedenkopfs zu den Grünen mit anderen Zitaten. Schließlich hätten lediglich die Grünen den von der Union verworfenen Vorschlag des Bonner Instituts Biedenkopfs zur Einführung einer Grundrente begrüßt, wie Biedenkopf es in seinem Interview jetzt ausdrücklich lobend erwähnt. Und außer Biedenkopf hätten ja auch nur grüne Politiker „so geheiligte Sachgesetzmäßigkeiten wie Wachstumsvorstellungen oder Energieverbrauch radikal in Zweifel gezogen“, wie an anderer Stelle zu lesen sei. Dies alles mache die Grünen für Biedenkopf so sympathisch, weil er schließlich mit vielen seiner Thesen in der CDU ein politischer Einzelgänger und Querdenker geblieben sei, wie ein führender westfälischer CDU-Politiker gestern kommentierte und auch darauf verwies, daß so mancher Vorschlag der seit 1977 von Biedenkopf geführten westfälischen CDU „in den Archiven des Bonner Adenauer-Hauses abgelegt worden ist“.

Besonderes Interesse aber fand gestern in der Düsseldorf CDU-Zentrale der Satz Biedenkopfs: „Ich kenne Joschka Fischer aus einer Reihe von Gesprächen und es war immer ein Gewinn, mit ihm zu reden.“ Denn mit Freundschaften dieser Art bleibe der „Honorar-Professor“, wie Biedenkopf wegen seiner zahlreichen Vortragstermine bei Funk, Fernsehen und Podiumsdiskussionen in seiner Partei zuweilen ironisch-amerkennd genannt wird, im Gespräch und im Geschäft. Oder wie formuliert es schließlich Biedenkopf in seinem Interview selbst: „Die Entstehung der Grünen ist – für einen Wettbewerbsrechtler im übrigen gar nicht überraschend – die Antwort auf eine unbefriedigte Nachfrage.“



Immer wieder für Überraschungen gut: Professor Kurt Biedenkopf  
FOTO: DPA

## Bischöfe nehmen vor Wahl Stellung

dpa/KNA, Bonn

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz wird möglicherweise erst kurz nach Jahresbeginn eine Erklärung zur Bundestagswahl veröffentlichen. Die Bischöfe wollen darin unter anderem ihre Ablehnung der Abtreibungsregelung bekräftigen und für einen besseren Schutz des ungeborenen Lebens eintreten.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Kronenberg, hat die Wähler aufgerufen, die Politiker aller Parteien nach ihrer Haltung zum Schutz des ungeborenen Lebens zu befragen und die Diskussion darüber wachzuhalten.

## Frey gründet „Deutsche Liste“

hd, München

Nach dem Erfolg der rechtsorientierten Republikaner bei den Landtagswahlen in Bayern will der Herausgeber der „National-Zeitung“, Gerhard Frey, eine neue Partei unter dem Namen „Deutsche Liste“ gründen. Sie sei als „Sammelbecken aller nationalen Gruppierungen“ gedacht und wolle vom nächsten Jahr an als „wählbare Partei“ auftreten, sagte er. Der Generalsekretär der Republikaner, Harald Neubauer, vermutet, daß die Parteigründung als Abwehrreaktion gegen den Erfolg der Schönhuber-Partei mit CSU-Kreisen abgesprochen ist.

## ÖTV-Richter für Verfahrens-Stopp

dpa, Stuttgart

Die in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) organisierten Richter und Staatsanwälte haben eine schnelle Beendigung anhängiger Strafverfahren wegen Nötigung durch Sitzblockaden gefordert und an die Staatsanwaltschaft appelliert, keine neuen Verfahren mehr einzuleiten. Sie beriefen sich dabei auf die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Danach seien Sitzblockaden nicht in jedem Fall strafbar, auch wenn der Senat Sitzblockaden nicht grundsätzlich aus dem Nötigungstatbestand herausgenommen habe.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der noch nie ein Hehl aus seinen freundschaftlichen Gefühlen für die arabischen Staaten gemacht hat, fordert ein Umdenken Bonns, was Waffenlieferungen an die Saudis betrifft. Nach Gesprächen mit führenden Politikern in Riad richtet er mit Blick auf die verhängnisvollen Entwicklungen in Iran einen mahnen-den Appell an Bonn und Washington: Wir müssen uns davor hüten zu glauben, daß alles von alleine gut ginge. Mit Strauß sprach Peter Schmalz.



„Eine Bekundung freundschaftlicher Gefühle“: Strauß bei König Fahd  
FOTO: DPA

## „In Riad heißt es: Unser Geld wollt ihr, für unsere Sicherheit tut ihr nichts“

Herr Ministerpräsident, Sie haben auf ihrer viertägigen Reise durch Saudi-Arabien mit den führenden Politikern des Landes konferiert. Können Sie am Tag der Rückkehr eine kurze Bilanz ziehen?

Strauß: Es ist nach neun Jahren mein zweiter Besuch, zu dem ich wiederholt eingeladen wurde. In diesem Land empfindet man Besuche, die vielleicht anderswo als lästige Störung des Alltags empfunden werden, als einen Akt der Höflichkeit, Nichtbesuche als eine Art Absage. Und deshalb wird allein schon ein solcher Besuch gewertet als eine persönliche Bekundung freundschaftlicher Gefühle und partnerschaftlicher Verbundenheit. Demgemäß bin ich hier mit Ehren empfangen worden, wie ich es nicht erwartet hatte und wie ich es nur selten erlebt habe.

Und das alles, obwohl man hier weiß, daß Sie auch in Jerusalem ein gern gesehener Gast sind?

Strauß: Man weiß, daß ich kein Feind Israels bin, aber man erkennt meine objektive Würdigung der Interessen beider Seiten an, nicht zu letzt auch im Hinblick auf die innere und äußere Sicherheit dieses für uns so wichtigen Landes, die auch durch Beiträge deutscher Technik verstärkt und erhöht werden sollen.

Man erwartet von der Bundesrepublik, daß man die Bedeutung Saudi-Arabien gerade in der heutigen instabilen Weltlage anerkennt.

Was bedeutet das konkret?

Strauß: Ein Verlust der Stabilität dieses Landes würde ja nicht nur Saudi-Arabien aufs Spiel setzen, sondern auch arabische Staaten, wie Kuwait, Oman, Qatar, die Emirate, die ja eine gemeinsame strategische Einheit bilden. Die Europäer – und das gilt auch für die Amerikaner – müssen sich davor hüten zu glauben, daß

alles von alleine gutginge, um dann eines Tages die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und zu sagen: Das haben wir ja nicht gewußt und b) nicht gewollt. Wie bei der Entwicklung im Iran.

Die Saudis sind verärgert und verunsichert über Reagans geheime Waffenlieferungen an den Iran. Was kann Amerika tun, um den Schaden zu begrenzen?

Strauß: Die Saudis sehen drei Konfliktherde: Afghanistan, der Nahost-Konflikt zwischen Israel und den Arabern, dessen Lösung endlich mal begonnen werden muß, und der dritte ist der Krieg vor ihrer Haustüre zwischen dem Iran und dem Irak. Der König will einen Frieden, aus dem beide Staaten möglichst unverletzt hervorgehen sollen. Er wünscht sich aber sicher nicht den Krieg der Iraner mit der möglichen Ausstrahlungskraft auf die arabische Halbinsel. Deshalb waren die Saudis von Reagans Geheimaktion so überrascht, obwohl die USA sich bekla-gen über den internationalen Terrorismus.

Ihr Rat an Washington?

Strauß: Es ist für uns schon sehr schwer, den Amerikanern Ratschläge zu erteilen oder in die Souveränität des Präsidenten einzugreifen. Aber es ist ja nicht das erste Mal, daß um den Präsidenten herum sich Befürworter und Gegner einer bestimmten Entscheidung gruppieren. Ich würde die Befürworter dieser Entscheidung entlassen und Regeln aufstellen, nach denen die USA Waffenhilfe zu gewähren bereit sind. Denn noch größer als der objektive Schaden ist der Verlust an Vertrauen. Die amerikanische Außenpolitik muß kalkulierbar und vorher-sagbar sein.

Sie haben sich hier in Saudi-Ara-

bien für eine Änderung unserer Waffenexportbestimmungen eingesetzt. Worin unterscheidet sich denn ihre Haltung konkret von der des Bonner Außenministeriums?

Strauß: Das Kriegswaffenexportgesetz braucht nicht geändert zu werden, nur seine Handhabung sollte so erfolgen, daß wir auf einer Linie liegen mit vergleichbaren NATO-Ländern wie Frankreich, Großbritannien und Italien. Dieses Problem wird auch manchmal in einem schiefen Licht dargestellt. Ich habe sowohl hier erklärt wie in Israel vor einem Jahr: Wenn die Bundesrepublik das einzige Land wäre, das als Waffenlieferant in Betracht käme, dann würde ich dazu eine völlig negative Haltung einnehmen. Es geht aber nicht um die Frage, ob diese Länder hier Waffen kaufen können, denn die Engländer, Amerikaner und Franzosen liefern ohne Begrenzung an bestimmte und befreundete Staaten – und da sollten wir uns nicht ausschließen.

Warum nicht?

Strauß: Aus einer Reihe von Gründen. Aus politischen und strategischen Gründen und nicht zuletzt aus Gründen der laufenden Modernisierung unserer Rüstungstechnik. Wir haben unseren Vorsprung auf gewissen Gebieten längst verloren.

Riskieren wir durch unsere Zurückhaltung bei Rüstungsgütern auch den Absatz dieser Produkte?

Strauß: Eines hängt mit dem anderen eng zusammen. Auf Schritt und Tritt begegnet man hier der vorwurfsvollen Frage: Warum haltet ihr uns für politisch unverantwortlich und für moralisch unfeil: unser Geld wollt ihr haben, aber zu unserer Sicherheit wollt ihr nichts oder nur hinter verschlossenen Türen etwas beitragen.

## Bonn und Peking schweigen zur Diplomatenflucht

Co. Bonn

Vor den ersten chinesischen Diplomaten, der in der Bundesrepublik Deutschland um politisches Asyl gebeten hat, ist ein „Bambusvorhang des Schweigens“ herabgelassen worden. Weder von der Bundesregierung noch von chinesischer Seite waren gestern Details über die Umstände und Hintergründe des Übertritts des Ersten Sekretärs Tu Bingru aus der Handels- und Wirtschaftsabteilung der chinesischen Botschaft in Bonn und seiner Ehefrau Zhu Meilan zu erfahren.

Den Chinesen ist die Sache wahrscheinlich sehr peinlich: die Bundesregierung wiederum will die ausgezeichneten Beziehungen zu Peking durch eine größere Publizität des Falles nicht belasten. Nach vorliegenden Informationen hatte Tu Bingru am Montag beim Bonner Ausländeramt um Asyl nachgesucht. Als Begründung hatte er angeführt, er lehne das kommunistische System in China ab. Dem Auswärtigen Amt sendete der bisherige Erste Sekretär, der seit dem 1.4. 1984 in Bonn stationiert war, seinen Diplomatenpaß zurück. Seitdem ist er – vermutlich aus Sicherheitsgründen – nicht mehr erreichbar.

## Grausamkeiten der Sowjetarmee

AP, Toronto

Über die von sowjetischen Truppen in Afghanistan verübten Grausamkeiten haben fünf desertierte Sowjetarmisten vor Journalisten in Toronto berichtet. Während einer Pressekonferenz, zu der ukrainisch- und russisch-orthodoxe Kirchen eingeladen hatten, berichtete der 24 Jahre alte Wladimir Naumow aus Wolgograd, er sei Zeuge eines Angriffes auf ein Dorf geworden, bei dem 88 Menschen den Tod gefunden hätten. Doch habe lediglich einer von ihnen, zu den Mudschahedin gehört.

Die zahlreichen Grausamkeiten hätten die jungen Sowjetbürger veranlaßt, zu den Widerstandskämpfern überzulaufen. Nach den Worten des 22 Jahre alten Sergej Bussows sei die Stimmung bei den sowjetischen Soldaten in Afghanistan sehr schlecht: „Sie wollen nicht kämpfen.“ Der 24 Jahre alte Nikolai Golowin aus Ufa, der 21 Jahre alte Wadim Plomnikow aus Moskau berichteten, sie seien in einem Straflager der Armee gefoltert worden, nachdem eine Streife beobachtet hatte, wie sie Waffen an Widerstandskämpfer weitergegeben hätten.

Die desertierten Sowjetsoldaten seien vor der Pressekonferenz mit zwei Vertretern der sowjetischen Botschaft in Kanada zusammengetroffen, die ihnen Straffreiheit versprochen hätten, falls sie in die UdSSR zurückkehrten. Sergej Bussow kommentierte das Treffen mit den Worten: „Sie lügen. Wir wollen in Kanada bleiben.“

**Wissen Sie, was die vielen Hypotheken- und Wertpapierkunden unserer Bank gemeinsam haben?**



## Eine durch reale Werte gesicherte Vermögensbildung

Wenn unsere Hypothekenkunden durch Bau oder Kauf von Immobilien Vermögen schaffen, ist das eine Zukunftssicherung mit realen Werten. DePfa-Hypotheken, mit denen bereits über 700.000 Wohnungen errichtet wurden, sorgen für ein solides Fundament der Finanzierung.

Wenn unsere Wertpapierkunden durch Geldanlage in DePfa-Pfandbriefen Vermögen schaffen, dann profitieren sie gleich-

## DePfa-Hypotheken DePfa-Pfandbriefe

zeitig von den attraktiven Zinsen und der Sicherheit dieser Rentenwerte. Denn die Sicherheit besteht aus realen Werten, die hinter diesen Papieren stehen. Darum sind wir als Realkreditinstitut genau der richtige Bankpartner für alle, die bauen oder Geld anlegen.

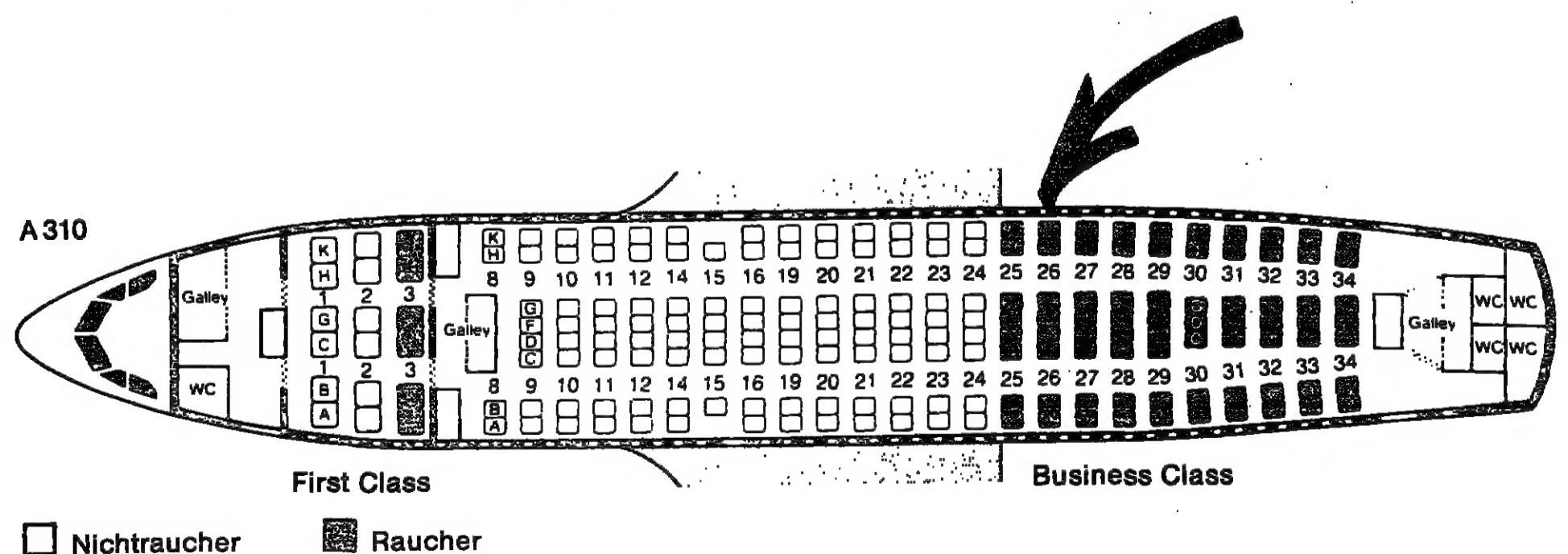
**Deutsche Pfandbriefanstalt**  
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Hauptverwaltung: Paulinenstr. 15  
6200 Wiesbaden, Tel. (0 6 2 1) 34 80  
Niederlassungen: Berlin, Essen, Hamburg,  
Hannover, Kiel, München, Stuttgart



Lufthansa heute:

# Seit 1. November können Sie bei Lufthansa zusammen mit dem guten Flug gleich den guten Sitzplatz buchen.



Nun sieht das Angebot der Lufthansa in Europa für Geschäftsreisende so aus:

**1.** Eine exzellente First Class, die neue Business Class, keine Tourist Class.

**2.** Ihren bevorzugten Sitzplatz können Sie für alle grenzüberschreitenden Flüge zum Nor-

maltaarif schon bei der Buchung reservieren.

**3.** In der neuen Business Class erwarten Sie neue, bequemere Sitze. Mit nunmehr 86 cm Beinfreiheit.

**4.** Auch das gastronomische Angebot auf internationalen Flügen wurde erweitert: Zu jeder

Tageszeit gibt es eine komplette Mahlzeit. Ab 2 Stunden Flugzeit ein warmes Menü.

Nichts geändert hat sich daran, daß Lufthansa Sie mit einer der modernsten Flotten der Welt pünktlich und zuverlässig zu allen wichtigen Zielen der Welt fliegt. Willkommen an Bord.



**Lufthansa**



## Eine Freundschafts-Brücke trennt Saudis von Bahrain

PETER M. RANKE, Bahrain

Die Atlanten müssen berichtet werden: Bahrain ist keine Insel mehr. Nach gut fünf Jahren Bauzeit ist die 25 Kilometer lange Brücke fertiggestellt, die mit vier Fahrbahnen auf haushohen Betonpfeilern die Hauptstadt Manama mit dem saudischen El-Khobar verbindet. Die Kosten des gigantischen Bauwerks betragen mit Zubringerstraßen knapp eine Milliarde Dollar, die allein von Saudi-Arabien gezahlt werden.

Die Einweihung war immer wieder hinausgeschoben worden, denn bei den Regierungen von Saudi-Arabien und Bahrain sind starke Zweifel laut geworden, ob die neue und teure Brücke der Freundschaft und Verbundenheit, die Bahrain ans Festland anschließt, nicht völlig überflüssig ist. Einmal sind die paarweise angeordneten 534 Betonpfeiler, die neben künstlichen Inseln die Brückenkonstruktion tragen, sehr anfällig für Sabotage-Akte. Im Golfkrieg hat das Ayatollah-Regime in Teheran eine „Islamische Front zur Befreiung Bahrains“ gegründet, die unter den 350 000 Einwohnern von Bahrain Mäurer und Agenten hat. 60 Prozent der Bevölkerung sind Schiiten, die seit 200 Jahren regierende Herrscherfamilie der El-Khalifa ist dagegen – wie die Saudis – sunnitisch.

Die Saudis fürchten, daß über die neue Brücke allerlei Unterstützung für die eigene unruhige Schiiten-Bevölkerung in der Ostprovinz kommen wird. Deshalb haben beide Regierungen auf einer künstlichen Insel in der Brückenmitte umfangreiche Polizei- und Zollstationen errichtet. Die Fahrtzeit, die ein Auto in einer halben Stunde bewältigen könnte, wird sich wegen der strengen Kontrollen vielleicht auf Stunden ausdehnen. Eine

Maut von rund 30 Mark für eine Fahrt ist eine weitere Erschwernis.

Die Hotel-Manager in Bahrain hoffen, daß sie bald viele und reiche Saudis über das Wochenende beherbergen werden. Die saudische Regierung ist an einem solchen Reiseverkehr gar nicht interessiert. Denn in Bahrain ist der Ausschank von Alkohol nicht verboten, während die Koran-Zucht in Saudi-Arabien immer strenger wird. Dieses Klima könnte auch ausländische Firmen in Saudi-Arabien veranlassen, nach Bahrain abzuwandern.

Die Lebenshaltungskosten in Bahrain sind höher als in Saudi-Arabien, so zahlen Amerikaner für eine einfache Dreizimmerwohnung in Manama schon 700 Dollar (1400 Mark). Die Geschäftsleute in Bahrain fürchten nun, daß billigere Waren aus Saudi-Arabien hereinstürmen, so daß alle Preise um rund zehn Prozent fallen könnten. Den Befürchtungen über eine Importschwemme von Konsumgütern und Alkohol-Touristen haben die Bahrainis und Saudis insofern vorgebeugt, daß sie Busse und schwere LKWs nur bis zur Brückenmitte passieren lassen wollen. Dort muß alles umgeladen werden, die Passagiere müssen umsteigen.

Zur Stunde sehen die Saudis und Bahrainis vor allem einen Vorteil in ihrer kühnen Konstruktion: Sollte sich der Golfkrieg ausweiten oder geriete das Herrscherhaus von Bahrain in Bedrängnis, könnten saudische Truppen in Stundenfrist zur Unterstützung nach Manama rollen. Dank der Brücke wäre der Weg zur Hilfe für die 3000 Soldaten und Polizisten schnell zurückgelegt. Nur weiß niemand sicher in Bahrain: Kommen die Saudis überhaupt, oder sind im Ernstfall die Ayatollahs schneller?

## „Es wird Jahre dauern, den Schaden gutzumachen“

Aussöhnungsversuche mit den Arabern in Jerusalem

Was dem Bürgermeister, dem Stadtrat und der Polizei mißlungen war, gelang einem selbsternannten Schlichtungskomitee von drei Knessetabgeordneten – zwei Araber und ein Druse: Sie besuchten die Gegend in der Jerusalemer Altstadt, in der die jüdischen Einwohner ihre arabischen Nachbarn in die Flucht gejagt hatten, und erreichten eine Aussöhnung. Tatsächlich war es die Bewegung des chauvinistischen Rabbis Meir Kahane gewesen, die die Unruhen provoziert und zum großen Teil angeheizt hatte. Einige andere orthodoxe Extremisten waren als Mitläufer aktiv gewesen.

Aber die Vorfälle lassen sich nicht ungeschehen machen. Bürgermeister Teddy Kollek sagte: „Es wird Jahre dauern, bis wir den angerichteten Schaden wieder gutmacht haben.“ Zum ersten Mal war es zu regelrechten ethnischen Zusammenstößen gekommen. Dazu Kollek: „Genau dies war das Ziel der Terroristen, die vor einer Woche aus Dschenin nach Jerusalem geschickt wurden und einen Juden erstachen. Rabbi Kahane hat ihnen in die Hände gespielt.“ Die arabischen Einwohner der Altstadt befanden sich in einer mißli-

chen Lage, die jedoch eines der Kernprobleme des israelisch-arabischen Konfliktes widerspiegelt: Ihre jüdischen Nachbarn warfen den Augenzeugen des Mordes, der die Unruhen ausgelöst hatte, vor, sich geweigert zu haben, der Polizei eine Beschreibung der Täter zu geben. Das stimmte, sagten sie, „aber wenn wir das getan hätten, hätte die PLO uns umgelegt.“

Die Pflicht des Bevölkerungsschutzes lag bei den israelischen Behörden. Die nicht ausreichenden Polizeikräfte wurden durch 400 reguläre Soldaten verstärkt, in drei Tagen wurden 42 Juden festgenommen. Aufrufe zur Beruhigung kamen von höchster Ebene. Der sephardische Oberabbat Mordechai Eliahu, Staatspräsident Herzog, Außenminister Peres und Knessetpräsident Hillel forderten Ruhe. Der Mufti von Jerusalem ersuchte die Konsuln der Westmächte in Jerusalem um Schutz für die arabische Bevölkerung in Jerusalem.

In der Knesset wurden vier Mißtrauensanträge der linksgerichteten Opposition mit großer Mehrheit abgewiesen. Die Opposition hatte die Regierung beschuldigt, nicht entschlossen genug gegen extremistische jüdische Kreise vorgegangen zu sein.

## Frankreich zieht 800 Blauhelme aus Libanon ab

pr. Paris

800 Franzosen werden voraussichtlich schon in den nächsten Tagen die UNO-Friedenstruppe in Libanon verlassen. Dieser Teilabzug der Blauhelme bedeutet für Paris aber nicht die Aufgabe seiner Nahostpolitik. Für die Regierung Chirac ist die Verpflichtung Frankreichs, Truppen für diese Sondereinheit zu stellen, eigentlich seit April fragwürdig geworden: Kurz nachdem die Bürgerlichen die Macht übernommen hatten, lehnte es Paris ab, einer Mandatsverlängerung von jeweils sechs Monaten gleichsam automatisch zuzustimmen. Er forderte außerdem eine Revision der Aufgabenbestimmung für die Blauhelme.

Die Mission der Friedenstruppe galt seit ihrer Entsendung im Jahre 1978 der „Wiederherstellung des Friedens und der Sicherheit“ in Südbanon. Dieser Auftrag ist nach französischer Auffassung gescheitert, da sich die UNO bei ihrer Nahost-Resolution vom 23. September nicht einmal dazu durchringen konnte, den Blauhelmen wenigstens die Gegenwehr zu gestatten.

Nachdem sich im August und September Anschläge besonders auf französische Soldaten mehrten, erklärte Premierminister Chirac, er werde nicht länger dulden, daß Franzosen (ihre Kontingent umfaßt 1390 Fallschirmjäger) als „Zielscheibe terroristischer Elemente“ würden.

Dennnoch: Terrororganisationen forderten von Frankreich die Freilassung „arabischer Häftlinge“, darunter die Anführer von drei Mordkommandos – des Armeniers Varoujan Garbedjian, des pro-syrischen Libanesischen Georges Ibrahim Abdallah und des Schiiten Anis Naccache.

Den Übergriffen in Nahost folgten im September zahlreiche Bombenanschläge in Paris. Die Täter sind bis heute nicht gefaßt, zur Urheberklärung bekennen sich jedoch arabische Gruppen. Die Manövrierfähigkeit der französischen Regierung wird zudem durch Geiseln im Nahen Osten beengt.

Obwohl Paris immer wieder versichert, daß mit Terroristen nicht verhandelt werde, hat die Regierung auf verschiedenen Kanälen Führer nach Nahost ausgestreckt und damit erhebliche Irritationen über ihren Nahost-Kurs ausgelöst. Chirac bekam zwar drei Geiseln frei, aber die Sorge darüber, welchen Preis die Nation letztlich zu bezahlen habe, nimmt zu. Deshalb wird die Meldung der satirischen Wochenzeitung „Canard Enchaîné“, Chirac sei einvernehmlich mit Staatspräsident Mitterrand bereit, die letzten fünf französischen Geiseln im Libanon gegen den Terroristen Anis Naccache auszutauschen, in Paris durchaus ernst genommen.

Der frühere Premier Fabius warf Chirac einen „gigantischen Irrtum“ vor, wenn er sich auf einen solchen Handel einlasse. Die Vorgänge in Amerika zeigten, welcher Schaden dabei für eine Demokratie entstehe.

DIE WELT (USPS 403-370) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Gandhi verschließt sich dem Werben Gorbatschows um asiatische KSZE

Indien sieht Sonderbeziehungen zur Sowjetunion gefährdet / Rummel um den Besuch

P. DIENEMANN, Neu-Delhi  
Moskaus Initiative für eine asiatisch-pazifische Sicherheitskonferenz sei lediglich ein „Gedankenstoß“, sagte der indische Premier Rajiv Gandhi bei dem Staatsbankett, das er anlässlich des Besuchs des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Neu-Delhi gab.

Gorbatschow hatte diesen Vorschlag in dieser Form erstmals bei seiner Wladivostok-Rede vorgetragen, bei der er die Asienpolitik Moskaus umriss.

Auch bei dem vorausgegangenen mehr als drei Stunden dauernden Gespräch, das die beiden Politiker unter vier Augen führten, wurde das Thema einer asiatischen KSZE angesprochen, ohne aber von indischer Seite allzu große Bedeutung zu erfahren. Schon Leonid Breschnew wollte Anfang der siebziger Jahre Indien für eine asiatische Sicherheitskonferenz gewinnen. Dieser Vorschlag wurde von Gorbatschow unter Einbeziehung des Pazifischen Ozeans erweitert.

Nach wie vor ist Indien der Ansicht, daß eine asiatisch-pazifische Sicherheitsvereinbarung auf Kosten der sowjetisch-indischen Sonderbeziehungen geht, und regionale Sicherheit, wie zum Beispiel in Südasiens, vorrangiges Thema sei. Wirtschaft-

liche Kontakte dagegen, nach Art der südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC) seien ein guter Vorreiter. Wege zur asiatischen Sicherheit zu finden. Indien wehrt sich außerdem dagegen, eine befürchtete sowjetische Vormacht in Asien in Zukunft Realität werden zu lassen.

Sowohl beim Gandhi-Gorbatschow-Gespräch als auch beim anschließenden Festbankett waren nukleare Abrüstung und die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) vorrangige Themen. Während sich Gorbatschow in seiner Rede zu SDI zurückhaltend verhielt, sprach sich Rajiv Gandhi scharf gegen eine Militarisierung des Welt-

raumes aus, wobei es keine Rolle spiele, ob SDI als Verteidigungswaffe bezeichnet würde. Als „prompte und positive Antwort“ auf die „Neu-Delhi-Erklärung zur nuklearen Abrüstung“ aus dem Jahre 1985 wertete Gandhi das einseitige sowjetische nukleare Teststopp-Moratorium.

Gorbatschow wies in seiner Rede darauf hin, daß die „Ketten des Militarismus“ den Fortschritt aufhalten würden. Indien unter Gandhi habe in den letzten 20 Monaten einen „höchst beeindruckenden Beitrag zum Friedensprozeß geleistet“.

Auch Sicherheitsfragen in Südasiens standen auf dem Themenkatalog: Rajiv Gandhi teilte Gorbatschow die indische Besorgnis über Pakistans Aufrüstung und Nuklearprogramm mit. Gandhi sieht darin, wie er sagte, „eine zunehmende Bedrohung unserer Sicherheit, die uns zwingt, die knappen Mittel für die Entwicklung in die Verteidigung umzuleiten“.

Indien ist vor allem besorgt über jüngste Verhandlungen zwischen den USA und Pakistan über die Lieferung von mindestens zwei „Awacs“-Aufklärungssystemen – möglicherweise bemannt mit amerikanischen Personal und stationiert in Pakistan – sowie Pakistans Kaufverhandlungen über hochentwickelte M-1-Panzer mit lasergesteuerten Kanonen. Eine Lieferung von Awacs-Systemen stellt nach indischer Ansicht Pakistans Blockfreiheit in Frage.

Dem KP-Chef wurde in Neu-Delhi ein prunkvoller Empfang bereitet – prunkvoller als je zuvor für irgendeinen anderen Staatsgast. Im indischen Fernsehen gibt es seit Tagen sowjetische Spielfilme und Beiträge über sowjetische Kultur, die Presse preist im Übermaß die sowjetisch-indische Freundschaft.



Junge Mädchen heißen Michail Gorbatschow und seine Frau Raisa willkommen. FOTO: AP

## Prozeß gegen Demjanjuk vertagt

dpa AP, Jerusalem

Der Prozeß gegen den mutmaßlichen Kriegsverbrecher John Demjanjuk ist gestern nach 45-minütiger Verhandlung vor einem Jerusalemer Gericht auf den 19. Januar vertagt worden. Zu Beginn der Verhandlung war Demjanjuk weinend zusammengebrochen. Später erklärte der Angeklagte in seiner ukrainischen Muttersprache, er sei nicht der als „Ivan der Schreckliche“ bekanntgewordene KZ-Wächter, nach dem die Israelis suchten. Diesen Namen hätten Häftlinge einem geflüchteten Angehörigen der Wachmannschaften des Vernichtungslagers Treblinka gegeben. Das Gericht bewertete die Aussage von Demjanjuk dahingehend, daß der Angeklagte auf nicht schuldig im Sinne der Anklage plädierte, und vertagte sich, um der Verteidigung weitere Vorbereitungszeit einzuräumen.

Advertisement for "QUICK" magazine featuring a woman's face and text about subscription offers.

## Ein Friedhof mit Toten, die Geschichte machten

Von R.-M. BORNGÄSSER

Kranze türmen sich auf dem trischen Erdbügel Grabkränze, bestreut mit roten Nelken. In den Blumen, die hierzulande längst politisiert sind, vereinnahmt von Politfunktionären. Man liest auf der weißen Grabstele „dem teuren und lieben Vater und Großvater“ von Tochter Swetlana und Schwiegervater Alexej.

Zwischen diesen Daten 1890-1986 scheint ein langes, normales Leben geblüht. Doch der Tote, der hier begraben liegt, war nicht nur ein Sowjetbürger, der lebte und als friedlicher Pensionär starb, sondern war einer, der eingriff in die Geschichte dieses Landes, der das schmerzhafteste Kapitel mitprägte.

Der 96jährige Wjatschew Molotow, der am 11. November hier auf dem Nowodewitschij-Friedhof am Moskwa-Ufer begraben wurde, war mehr als 30 Jahre lang der „engste Freund und Kampfgefährte des Genossen Stalin“. Nur eine rote Grabstele vom Ministerrat der UdSSR kündet noch von mächtiger politischer Vergangenheit.

Stalin, der Tyrann, wurde aus dem Lenin-Mausoleum 1961 auf Betreiben Chruschtschows verbannt, er liegt an

der Kreml-Mauer begraben. Chruschtschow hingegen, der Enttarnungs- und seine Grabstätte im neuen Teil dieses Friedhofs. In einem Netz von Daten sind sie nun miteinander versponnen, in das sich die Zeit abspiegle, diese Toten, die Geschichte machten.

### Molotow schon Legende

Freundlich lächelt der alte Mann mit dem Zwickler auf der Nase auf dem Foto, das man auf den Blumenbügel gelegt hat. Freundlich lächelnd auch das Antlitz einer jungen schönen Frau auf braunem Porzellanfoto: Molotows Frau. Polina Sebenschutzschina (1897-1970), die Jüdin, die im Zuge der antisemitischen Säuberungen ins Lager geschickt wurde, ohne daß ihr Mann eingriff. Nun liegen sie im Tode vereint, das gemeinsame Grab als endgültiges Faktotum.

An diesem grauen Novembertag, an dem die Dohlen noch erbärmlicher krächzen als sonst, und auch die vergoldeten Zwiebeltürme des nahen Jungfrauenklosters nicht die Tristesse des Tages durchbrechen können, scheint der tote Molotow bereits zur Legende herabgesunken, nichts

mehr von einstigen Schrecken beengender Blutbäder.

Und doch vergrößert sich sein Schatten mitunter wieder in die Gegenwart herüber. Während ich an der Grabstelle stehe, kommen zwei alte Frauen. Die Neugierde mag sie zum frischen Grab getrieben haben. Doch dann sprechen sie vor dem Grab miteinander. Erst ruhig, dann heftig und immer lauter. Eine dritte Frau kommt hinzu. Einzelne Worte durchdringen die Nachmittagsstille. Worte wie „Mörder“, „Söhne“ und „Strafe“, aber auch Worte wie „Ungerechtigkeit“ und „Schande“. Eine weint.

Der Kreis der Toten schließt sich hier auf diesem Prominentenfriedhof, der Tag und Nacht bewacht wird, den man nur mit besonderer Erlaubnis besuchen kann. Und doch scheint auch in der Anordnung der Gräber – beabsichtigt oder nicht – eine seltsame Logik der geschichtlichen Verknüpfung zu liegen.

Während das Chruschtschow-Grab – die weichen Züge des Bauerngeichts wurden hart und einprägsam vom Bildhauer gestaltet – im neuen Teil des Friedhofs liegt, wo Panzermodelle, herabstürzende Flugzeuge den Ruhm der Sowjet-Armee verkün-

den, liegt Molotow im alten Teil. Liegt nahe der Grabstelle Allelujewa Stalins, die 1932 freiwillig aus dem Leben schied.

Die Toten jener Jahre zeigen nichts auf von der blutigen Zäsur, die ein Millionenheer von Menschen liquidierte. Auch der Bruder der Allelujewa, Pawel Sergejewitsch Allelujew, der seine Schwester um sechs Jahre überlebte, liegt direkt neben Molotow. Und sozusagen Kopf an Kopf erhebt sich das Grabmal der Familie Mikojan. Hier liegt mit Anastas Mikojan ein weiterer Gefährte Stalins begraben. Auch ihm gelang es, zu überleben – über alle Säuberungen hinweg.

### Alte Wunden reißen auf

Diese Nekropole scheint die Zusammenfassung der Geschichte der Sowjetunion, ein Ort, scheinbar eingebettet in die Normalität eines Friedhofs. Doch ab und an reißen die Wunden der Vergangenheit auf. Nur die Milizionäre am Eingang des Friedhofs scheinen unwissend, sind jung. Sie müssen nur aufpassen, daß kein Unbefugter hier hereinkommt. Unbeeindruckt auch die Dohlen, die über das Schattenheer der Toten streichen.

Citroën advertisement featuring a Citroën CX car and a large hand holding a coupon to request a brochure.



## NOTIZEN

## Epilepsie-Chirurgie

Düsseldorf (dpa) - Das erste Zentrum für Epilepsie-Chirurgie in der Bundesrepublik soll den Bundesländern übergeben werden. Wie NRW-Gesundheitsminister Hermann Heinschmann gestern mitteilte, wird das Land Nordrhein-Westfalen rund zehn Millionen Mark für die Einrichtung des Zentrums zur Verfügung stellen. Rund 300.000 Personen leiden nach Schätzung von Experten unter einer aktiven Epilepsie, davon sind etwa 200.000 Kinder und Jugendliche. Bei 15 bis 20 Prozent der Patienten bringt die medikamentöse Therapie keine wesentliche Besserung. Für sie könne ein operativer Eingriff eine wesentliche Linderung bringen. Bis auf einen Fall seien alle Menschen, die sich einer Epilepsie-Operation unterziehen, heute wieder arbeitsfähig.

## Parkinson-Krankheit

Düsseldorf (dpa) - Parkinson-Patienten sollten nach der zweifelsfrei Diagnose ihrer Krankheit möglichst frühzeitig über ihr Leben aufgeklärt werden. Nur so

## Samstag auf der Wissenschafts-Seite

Kristallkugeln klänge am Samstagabend. Dieter Thierbach beschreibt die Querschnitte des "Digital Audio Tape".

Rechenkünster im Spinnweb-Verhältnis - Die elektronischen "Neural Networks". Von A. N. S. Dechen.

Annette Tuffs berichtet über den Mordbruch von Zahlen in Statistiken.

Könne der zur Apathie und Depression neigende Kranke zur aktiven Mitarbeit an der Therapie gewonnen werden. Darauf hat gestern der Münchner Psychologe Frank Decker bei der 2. Internationalen Konferenz zur Förderung der Rehabilitation in der Bundesrepublik hingewiesen. In der Bundesrepublik leiden etwa 120.000 Menschen an der Nervenerkrankung, die zur völligen Bewegungsunfähigkeit führt.

## Den Blick auf die Zukunft gerichtet

Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft: Ausbau trotz stagnierender Haushaltsmittel

Von LUDWIG KÜRTEN

Wie in den letzten Jahren kämpft die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) weiterhin mit einer angespannten Finanzlage, die durch einen real stagnierenden Haushalt in den letzten zehn Jahren gekennzeichnet ist. Der rund eine Milliarde Mark umfassende Haushalt der Wissenschaftsorganisation soll 1987 nur um 29 Millionen steigen, die fast vollständig von der nächsten Generation aufgezogen werden. Dennoch zeichnet sich jetzt ein Anlauf für vorsichtigen Optimismus ab, wie der Präsident der Gesellschaft, Prof. Heinz Staab, auf der Jahrespressekonferenz in Bonn erklärte. Die Ministerpräsidenten der Länder haben auf ihrer letzten Sitzung Anfang Oktober beschlossen, den Haushalt der MPG im Jahr 1988 um fünf Prozent zu erhöhen.

Auch der Haushaltsausschuß des Bundesrates hat sich für eine verbesserte Mittelzuweisung der Gesellschaft ausgesprochen. Mit dieser Aufstockung des Finanzsokkels könne die MPG einen Teil ihrer Flexibilität zurückgewinnen, so Prof. Staab, die sie für eine erfolgreiche Arbeit dringend benötige. Sie würde es auch ermöglichen, begonnene Ausbaupläne der Institute weiterzuführen, die zur Zeit gefährdet seien.

Dazu gehört die zweite Ausbaustufe der Max-Planck-Institute für Polymerforschung in Mainz, das in seiner ersten Stufe im März dieses Jahres eingeweiht wurde. Weitere Pläne bestehen für das Institut für Immunologie in Freiburg, das um zwei neue Abteilungen erweitert werden soll. In Stuttgart soll der Arbeitsbereich Halbleiterphysik vergrößert werden, nachdem es der Gesellschaft endgültig gelungen ist, den Physik-Nobelpreisträger von 1985, Klaus von Klitzing, am Stuttgarter Institut für Festkörperforschung zu halten.

Am Göttinger Institut für Biophysikalische Chemie wurde durch zwei Neuerungen der molekularbiologische Teil ausgebaut. Ähnliche thematische Erweiterungen stehen am Institut für Biochemie in Martinsried und am Institut für experimentelle Medizin in Göttingen bevor. Dabei ist es gelungen, renommierte deutsche Wissenschaftler von amerikanischen Universitäten zurückzuholen.

Die Durchsetzung einer deutlichen Zuwachsrates bei der Mittelzuweisung ist nach Auskunft von Prof. Staab auch die Voraussetzung dafür, daß die Gesellschaft den Wünschen der Länder Bremen und Saarland Rechnung tragen kann, in denen noch keine Einrichtungen der MPG bestehen. Zur Zeit wird für Saarbrücken die Einrichtung eines Instituts für Informatik, für Bremen die eines Institutes für Hochschulpädagogik diskutiert. Eine endgültige Entscheidung ist aber in beiden Fällen noch nicht getroffen.

So ist nach Staabs Ansicht eine finanzielle Beteiligung der beiden Länder an den Neugründungen unumgänglich. Ungeklärt sei auch, inwieweit

die beiden Forschungsgebiete tatsächlich im Rahmen eines Max-Planck-Institutes am besten verwirklicht werden können.

Die angestrebte höhere Finanzzustattung wird nach Ansicht von Staab aber nicht dafür ausreichen, den Investitionsstau im Bau- und Apparatebereich abzubauen. Gegenüber den Hochschulen seien die Max-Planck-Institute bei ihrer apparativen Ausstattung deutlich ins Hintertreffen geraten. Zusätzlich zur Erhöhung der Grundfinanzierung benötige die Gesellschaft daher ein Sonderprogramm zur Modernisierung. Hierfür sind 60 Millionen Mark beantragt worden.

Die MPG wird auch weiterhin auf Drittmittel angewiesen sein, betonte Staab. Die zusätzliche Finanzierung stammt dabei zum Teil von den Bundesländern, aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie, oder von Einrichtungen zur Forschungsförderung, wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Stiftung Volkswagenwerk. Die jeweiligen Anteile für die MPG seien aber gering im Verhältnis zu anderen Förderungen. So betrage der Anteil der in Max-Planck-Institute fließenden Gelder von der DFG nur etwa 2 Prozent.

Staab verwies darauf, daß die Max-Planck-Gesellschaft trotz ihrer angespannten Finanzlage keine Auftragsforschung annehmen werde, sondern sich - wie es ihre Statuten vorsehen - weiterhin ganz der Grundlagenforschung widmen werde.

## Kommt „Rosat“ in die Mottenkiste?

dpa, München

„Das hat unsere schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen“, kommentierte Projektleiter und Institutschef Prof. Joachim Trümper nach einer Mitteilung der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) vom Mittwoch in München den amerikanischen Flugplan, eine Verschiebung auf 1994 ist wissenschaftlich, technisch, finanziell und organisatorisch absolut untragbar.

„Rosat“ ist der größte wissenschaftliche Satellit, der bisher in Westeuropa entwickelt wurde. Er besitzt auch das weitest größte und neueste Röntgenteleskop, da je gebaut wurde. Der Röntgensatellit soll innerhalb der ersten 18 Monate mit bisher unerreichter Schärfe den Himmel absuchen und entsprechende Daten für einen neuen Atlas kosmischer Röntgenquellen liefern.

Möglich erscheint den Wissenschaftlern nun aber auch der Start mit einer Rakete. Dafür eigne sich die amerikanische Rakete Atlas Centaur, von der die Nasa allerdings nur noch zwei Exemplare in der Form von Einzelteilen besitzt. Daraus ließe sich, so die Mitteilung, bis zum April 1989 eine einsatzfähige Rakete bauen.

Eine Alternative wäre auch ein Start im Dezember 1989 mit einer neu produzierten Rakete dieses Typs, falls der US-Kongress das Baukonzept dafür genehmigt. Der Start mit einer Rakete statt mit der Raumfähre könnte „Rosat“ ein längeres Leben beschern, in einer Umlaufbahn in 530 Kilometern Höhe statt der bisher vorgesehenen 470 Kilometer.

Verloren, daß sich die künftigen Abiturienten, die sich um einen qualifizierten Ausbildungsplatz bemühen, erst einmal von den Stellen, die solche Plätze anbieten, gründlich überprüfen lassen müssen.

Diese Prüfungen finden in der Regel schon während des letzten (13.) Schuljahres statt. Da auf Hunderte Bewerber oft nur vier oder fünf Ausbildungsplätze kommen, müssen sich diese SchülerInnen oft Dutzende Male an den verschiedensten Stellen bewerben. Dutzende Schultage gehen ihnen so verloren und der Unterricht verliert noch mehr an Kontinuität und Wirksamkeit, als es schon durch die zahlreichen sonstigen Ausfälle geschieht.

So produziert mangelnde Kontinuität und Aufsicht neuen Mangel an Kontinuität: ein Circulus vitiosus, ohne dessen Durchbrechung das Abitur bald wirklich am Ende sein wird, auch ohne sonstige Einwirkungen.

Mit freundlichen Grüßen  
Adolf Beil, Hamm

Feigenblätter  
Hans Wahlkopf erfordert auch viel Geduld. WELT vom 26. November

Für „Bruder Johannes“ sei - wie Harald Günter in seinem Beitrag schreibt - „soziale Gerechtigkeit“ das „erste Thema“ seines Wahlkampfes. Herr Rau müßte aber einmal klipp und klar sagen, was er darunter eigentlich versteht. Hält er es etwa für sozial gerecht, wenn Genosse Lappas nach seiner Abwahl eine volle Jahrmonat 60 000 Mark kassiert?

Das wären nach Adam Riese im Jahr 720 000 Mark. Für diese Summe müßte ein „Lohnabhängiger“ mit einem Jahreseinkommen von 36 000 Mark 20 Jahre arbeiten.

Dieser Skandal - den Herr Rau auf seiner Wahlkampftour einmal anpreisen sollte, ehe er nach sozialer Gerechtigkeit ruft - zeigt eines mit aller Deutlichkeit: die „Unverteilung von unten nach oben“, die SPD und DGB den Unionsparteien immer wieder vorhalten, ist im Gewerkschaftsbund längst gang und gäbe. Die Beiträge der Mitglieder werden von unten nach oben zugunsten der Spitzenfunktionäre umverteilt, die - von einigen „Feigenblättern“, wie beispielsweise Gustav Fehrenbach, abgesehen - allesamt Genossen des Herrn Rau sind.

Ein anderer Skandal ist, daß die IG Metall Niedersachsen vier bis fünf Millionen Mark an Mitgliedsbeiträgen für den Wahlkampf gegen die CDU mißbraucht hat.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Helmut Karstendiek, Bremen 41

Kontinuität?  
Ist das Abitur am Ende? WELT vom 26. November

Sehr geehrte Damen und Herren, das Abitur hat, besonders infolge des Fehlens jeder hinreichenden und überwachten Kontinuität der Arbeit in den Schulen, schon so sehr an allgemeiner Anerkennung Ausgaskraft

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

## Der Sternenhimmel im Dezember

Von ERICH ÜBELACKER

Wie in den beiden Vormonaten sorgen auch im Dezember unsere unmittelbaren Nachbarn, die Mitglieder des Sonnensystems, für ein besonderes und leicht beobachtbares Himmelschauspiel. Nach der totalen Mondfinsternis im Oktober und dem Merkurdurchgang im November stehen diesmal die beiden Planeten Mars und Jupiter im Blickpunkt.

Der schnelle, etwas rötliche Mars nähert sich in der ersten Monatshälfte dem strahlend hellen Jupiter. Am 19. 12. ist es dann soweit: Die beiden Planeten stehen eng beieinander und bilden ein eindrucksvolles Doppelgestirn, sozusagen den Weihnachtsstern.

1986. Auch die Himmelserscheinung, die vor 2000 Jahren die Weisen aus dem Morgenland nach Bethlehem rief, war eine solche Planetenkonjunktion. Damals allerdings lief Jupiter dreimal an Saturn vorbei, was von den stargläubigen Weisen als die Geburt eines neuen Herrschers gedeutet wurde.

Aber kommen wir noch einmal auf Mars und Jupiter zurück. Ihr rapides Zusammenrücken kann von Tag zu Tag in den frühen Abendstunden über dem Südhorizont leicht mit bloßem Auge verfolgt werden, wobei Jupiter als hellster Stern des Himmels als Orientierungshilfe dienen kann.

Unser Mond erreicht am 1. 12. die Neumondstellung und am 8. des Monats das erste Viertel. Wir haben also den seltenen Fall, daß der Mondzyklus mit dem Kalendermonat übereinstimmt. Am 16. 12. ist Vollmond, in der Weihnachtszeit dagegen steht der Erdbegeleiter am Morgenhimmel, wo er am 23. 12. mit der jetzt besonders hellen Venus zusammenstrifft, die zur Zeit Fernstern ist.

Im kleinen Fernrohr erscheint Venus ähnlich wie der sie am Monatsende überholende abnehmende Mond, als Sichel, da ihre uns zugewandte Seite nur zu einem kleinen Teil von der Sonne beleuchtet ist. In den allerersten Tagen des Monats kann man sogar zwei Morgensterne beobachten: Bis zum 6. 12. ist auch Merkur kurz vor 7.00 Uhr knapp über dem Osthorizont zu finden.

Alle anderen Sterne am Dezemberhimmel sind Fixsterne, ferne Sonnen, die so weit entfernt sind, daß man im Gegensatz zu Mond und Mars ihre Bewegungen untereinander in einem kurzen Menschenleben nicht mit bloßem Auge beobachten kann. Sie bilden seit Jahrhunderten und Jahrtausenden praktisch immer dieselben Figuren am Himmel, die Sternbilder.

Besonders sternreich ist gegen 22.00 Uhr die Region über dem Osthorizont, wo nun die ganze Pracht des Winterhimmels erschienen ist. Das schönste aller Sternbilder, der Himmelsjäger Orion mit seinen Schulter-, Gürtel- und Fußsternen gehört ebenso dazu wie der Große und der Kleine Hund, die Zwillinge und der Stier. Hoch über dem Ostpunkt findet man das markante Fünfeck des Fuhrmanns, während der Herbststernbild Perseus und Kassiopeia fast genau im Zenit, dem höchsten Punkt des Himmels stehen.

Der Himmel über dem Südhorizont erscheint dagegen fast sternleer, zumal die dort angekommenen

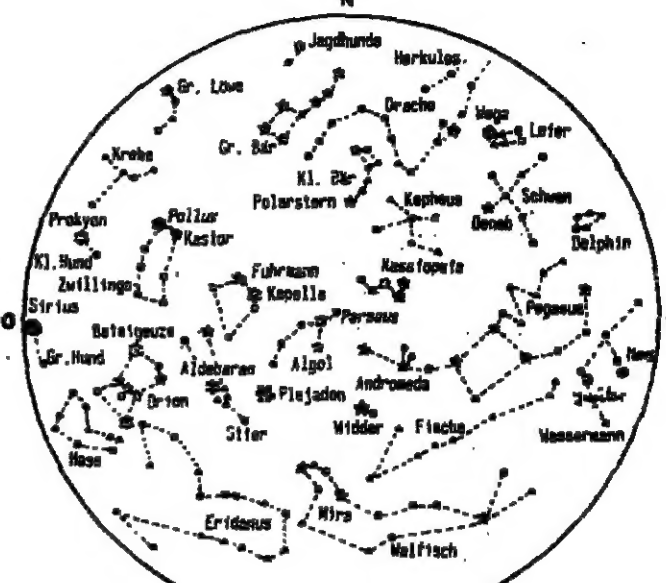
unscheinbaren Sternbilder Widder, Fische, Walfisch und Eridanos besonders in Großstadtnähe kaum auffallen.

Der Grund für den völlig unterschiedlichen Sternschatz im Osten und Süden ist leicht einzusehen: Die prächtigen Wintersterne liegen über dem Osthorizont, wo viele Sterne sind, ist auch die Wahrscheinlichkeit groß, mehrere sehr helle Sterne zu finden. Bücken wir dagegen nach Süden, so schauen wir aus der Milchstraßenebene heraus in die Tiefen des Alls. Unser Blick trifft nur auf wenige Sterne, die Wahrscheinlichkeit, auf sehr helle Vertreter zu treffen, nimmt stark ab.

Im Südwesten haben die Herbststernbilder Andromeda und Pegasus gerade ihre Höchststellung überschritten, während sich im Westen mit Leier und Schwan die letzten Sommerbilder verabschieden. Über dem Nordhorizont hat der Große Bär gerade seine niedrigste Stellung überschritten.

Untergehen kann dieses bekannte Sternbild bei uns ja nicht, da sein Kreis um den runden Polarstern im Kleinen Bären so klein ist, daß es nie den Horizont berühren kann.

Ähnlich wie im August können wir auch um den 15. 12. mit einer stark erhöhten Sternschnuppentätigkeit rechnen. Die Erde rast dann durch den ergiebigen Meteoritenstrom der Geminiden hindurch und fängt Tausende seiner Teilchen ein. Diese flitzen mit rund 40 Kilometer pro Sekunde durch unsere Atmosphäre und regen dabei deren Atome und Moleküle zum Leuchten an, so daß man viele prächtige Lichtspuren sehen kann. Sie treten besonders in den Morgenstunden auf, da der Morgenhimmel in Fahrtrichtung des Raumschiffs Erde liegt, das ja selbst mit 30 Kilometer pro Sekunde durch das All rast.



Der Himmel über dem Südhorizont erscheint dagegen fast sternleer, zumal die dort angekommenen

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Zu schön, um wahr zu sein?

Wiedererwinnung Deutschlands als Staatsbürgerschaft für Ost und West? WELT vom 10. November

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Friedmann kommt zu für die Wiedervereinigungspolitik meiner Ansicht nach recht unrealistischen Folgerungen. Will er durch ein wieder-erwinnendes Deutschland als Sicherheitskonzept für Ost und West in die operative Außenpolitik einführen. Ein wiedererwinnendes freies Deutschland, so meint er, wäre die beste Sicherheitsgarantie für den Osten wie für den Westen. Es wäre zu schön, um wahr zu sein, wenn beide Seiten dieser zuwillingen von sozialistischer Seite vertretene Meinung sich zu eigen machen würden.

Das aber dürfte weder für den Osten noch für den Westen zutreffen. Für Moskau ist die DDR einzuweisen die ökologische Karte. Und in Polen und in den übrigen Satellitenländern gelegentlich mal die Züge etwas lokalisieren können. Die Sowjets gäben die DDR vielleicht frei, wenn für sie dabei die Aussicht auf ein rosarotes Gesamtdeutschland herauskäme. Aber selbst für diesen Fall wäre es noch fraglich, denn 60 Millionen wiedererwinnende Deutsche böten einen wahrscheinlich noch größeren Unruheherd, als es die Polen schon heute tun.

Was den Westen betrifft, so wären für ihn 80 Millionen wiedererwinnende Deutsche nur im Rahmen eines gemeinsamen künftigen Europas akzeptabel. Die beste Wiedervereinigungspolitik geht daher Hand in Hand mit einer Politik zu einem vereinten Europa. Die Lösung der deutschen Frage wird also vermutlich erst im Zuge einer Wiedervereinigung Europas möglich werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. C. C. von Pfluel, Bonn 1

Seit Beginn der SDI-Diskussion frage ich mich, warum unsere Experten die mit der Verwirklichung des SDI-Programmes verbundene Destabilisierung der potentiellen Nebenkriegsschauplätze - insbesondere Europa und Deutschland - nicht zumindest nicht in der breiten Öffentlichkeit vernachlässigbar ansprechen. Sollte es durch SDI für die USA und die Sowjetunion möglich werden, alle weitreichenden Raketen abzufangen, entstände im Prinzip die gleiche Problematik, die Bernhard Friedmann jetzt von den Verhandlungen in Reykjavik her beleuchtet: Ein Krieg in Europa würde wieder ohne größere Gefahr für die Weltmächte führbar. Allerdings gibt es einen gravierenden

den Unterschied: Als Naturwissenschaftler halte ich die SDI-Phantasie in ihrer Gesamtheit - und nur die ist strategisch relevant - aus wirtschaftlich-technischen Gründen nicht für durchführbar. Eine solche Diskussion wäre also eher von akademischem Charakter, wenn auch von hoher politischer Brisanz.

Jedenfalls hat Friedmann wohl recht, daß sich Westeuropa über kurz oder lang mit einem deutlich verringerten Engagement der USA einrichten muß. Will man aber unter diesen Umständen ein langfristig stabiles System in Frieden und Freiheit für Europa, zumindest für Westeuropa, schaffen, ist ein zerteiltes Deutschland als Grundlage dafür denkbar ungeeignet.

Dr. Hans-Ulrich Höfs, Krefeld  
Vorsitzender des Gesamtdeutschen Studentenverbandes

Die Teilung unseres Vaterlandes fällt weniger zu Lasten der Westdeutschen, sondern der Mitteldeutschen aus. Jeder weitere Tag Unterdrückung und Unfreiheit.

Sturm und Entrüstung gibt es, teilweise zu Recht, um Südafrika und Mittelamerika. In Europa betreibt man Appeasement-Politik gegenüber einem Regime, das offensichtlich die Menschenrechte mißachtet. Die CDU/CSU handelt trotz neuartiger lautiarker Reden von Kanzler Kohl deutschland- und außenpolitisch nicht anders, als die alte sozial-liberale Koalition.

Die Bundesrepublik Deutschland ist lediglich als Provisorium gegründet worden. Dies scheinen unsere Politiker ebenso vergessen zu haben wie die Präambel unseres Grundgesetzes.

Heiko Pätzmann, Hamburg 90

Der Vorschlag des Herrn Friedmann, die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Kontext der Sicherheitsfrage poli-

## Wort des Tages

„Vor der Wahl und unter dem Einfluß von Alkohol tun die Menschen Dinge, die sie in normalem Zustand niemals tun würden.“

Manfred Rommel, deutscher Politiker (geboren 1928)

## Personen

Mark dotierten Forschungspreis für ausländische Geisteswissenschaftler in diesem Jahr dem finnischen Philosophen Georg Henrik von Wright (70) zugesprochen. Wright ist vor allem durch bahnbrechende Forschungen auf dem Gebiet der Normenlogik hervorgetreten.

Professor Peter Starlinger (55), Direktor am Institut für Genetik der Universität Köln, erhält den mit 40 000 Mark dotierten Ernst-Hellmut-Vits-Preis 1986 der Gesellschaft zur Förderung der Wilhelms-Universität Münster. Nach Angaben der

zwar beim Eröffnungsempfang verhindert, entsand aber Staatsrat Erwin Weiss nach Bonn. Zur Bilderschau kam auch Karl Willms, Oberbürgermeister der Seestadt Bremerhaven und früher acht Jahre lang Bremens Bevollmächtigter in Bonn. Heinz-Otto Schwiering, Fotoauteur und von Beruf Dachdeckermeister, hatte das Segeltreffen fotografiert und befand sich in Bonn im großen Kreis von Marineexperten: Zahlreiche Marine-Attachés der Botschaften kamen in die Vertretung, unter ihnen der Amerikaner Robert Anson, Kapitän zur See, der sowjetische Kapitanleutnant Jurij Pawlow, der britische Korvettenkapitän Richard F. Stanton sowie ein Botschafter, dessen Land mit der See in besonderer Weise verbunden ist, der Ire Kester W. Henslip.

GESTORBEN

Der italienische Philosoph und Germanist Massimo Montanari, im deutschsprachigen Raum vor allem als Herausgeber der historisch-kritischen Ausgabe von Friedrich Nietzsches Werken und Frieden bekannt, ist im Alter von 58 Jahren in Florenz gestorben. Zusammen mit Giorgio Colli hatte Montanari die Herausgabe der Nietzsches-Werke besorgt, nachdem beide Anfang der sechziger Jahre in Weimar den Nachlaß des großen deutschen Philosophen (1844-1900) gesichtet hatten. Nach dem Tode Colli im Jahre 1978 hatte Montanari, der zuletzt als Germanistik-Professor in Pisa lehrte, diese Aufgabe allein übernommen. Seine philologisch-editorische Leistung hatte internationalen Widerhall gefunden. Nach Angaben des Deutschen Taschenbuch Verlages in München (dtv) verdankt ihm die Wissenschaft die „textlich abgeklärte und hervorragend kommentierte Nietzsches-Ausgabe als Grundlage für eine sachgerechte Diskussion des Jahrhundert-Philosophen.“ Die Textgestaltung der Nietzsches-Ausgabe habe der Germanist noch abschließen können, eine Reihe von Kommentarbänden aber nicht.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Wolfgang Strasser von der Technischen Hochschule Darmstadt ist auf den Lehrstuhl für Praktische Informatik der Eberhard-Karls-Universität Tübingen berufen worden.

Dr. Burghard Rieger, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Linguistische Datenverarbeitung an der Universität Trier erhalten.

VERNISSAGE

Bremerhavens großes internationales Segeltreffen von diesem Sommer, die „Sail Bremerhaven 86“, wurde in Bonn noch einmal lebendig bei der Fotoausstellung „Festival der Windjammer“, zu der die Bremer Landesvertretung einlud. Bremens Senator für Bundesangelegenheiten, Wolfgang Kahrs, war

EHRUNGEN

Die Alexander-von-Humboldt-Stiftung hat den - je nach Aufenthaltsdauer - mit 20 000 bis 70 000

Paul Voelker, Hildesheim

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.



# Der Revolutionär ohne Sieg

K. H. Bergmanns große Studie über das Leben des Louis Auguste Blanqui

Es erscheint also im Jahre 1986 ein umfangreiches Buch über den französischen Revolutionskämpfer Blanqui, für den in Deutschland kein aktuelles, in Frankreich dagegen ein natürliches historisches Interesse besteht. Immerhin ist es die erste Biografie des Louis Auguste Blanqui, mit Bienenfleiß zusammengetragen aus Hunderten von französischen Veröffentlichungen, die in einer Bibliografie am Ende des Buches zusammengestellt sind. Der hohe

Karl Hans Bergmann: **Blanqui, ein Rebelle im 19. Jahrhundert**. Campus Verlag, Frankfurt am Main. 683 S., 138 Mark.

Preis ist ein arges Handicap, umso unverständlicher, als die sicherlich zeitraubende Arbeit vom Beihilfefonds der „VG WORT“ gefördert wurde.

Sowieso ist allgemein bekannt, daß Blanqui in der Nachfolge Babeufs der bürgerlichen französischen Revolution eine egalitäre soziale Revolution folgen lassen wollte. Und es ist ebenso bekannt, daß Blanqui sein Leben lang immer wieder Verschwörungen und bewaffnete Aufstände anzettelte und von seinen 75 Jahren über 33 in Gefängnissen verbrachte. Kann das Buch Bergmanns also überhaupt auf Interesse zählen?

Zwei Komplexe sind es, die den Leser in Spannung versetzen und zum Weiterlesen ermuntern. Der Autor berichtet nicht nur die Fakten und überläßt dem Leser die Interpretation. Der erste Komplex betrifft die Formierung des Kindes und jungen Mannes. Das liest sich wie ein spannender Roman.

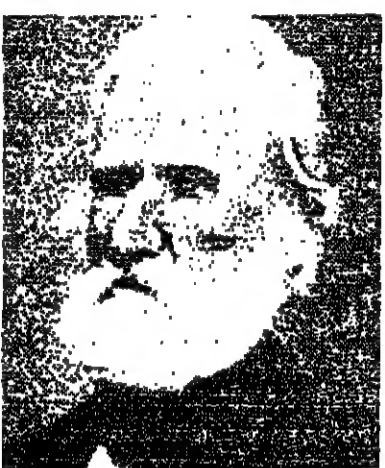
Sein Vater war Girondist und, kaum als Abgeordneter in Paris angekommen, mit 72 anderen Girondisten verhaftet worden. Doch die Gefängnisse erhielten trotz Besuchsverbot das ganze ungewisse Jahr lang Besuch. Von wem? Blanqui hatte zusammen mit anderen Girondisten sein Kasse im Haus einer verwitweten, vielleicht adligen Frau eingenommen, die mit Hilfe ihrer 13jährigen Tochter durch diesen Mittagstisch der drückenden Not zu steuern suchte. Und die energische Kleine suchte nun täglich „ihre Gefangenen“ auf,

und das gelang ihr fast immer, durch Charme oder auch mit List. Dieses erstaunliche Wesen hat der 23 Jahre ältere Blanqui einige Jahre danach geheiratet. Und wieder ein paar Jahre später befindet sich, mit Beginn des napoleonischen Konsulats, das Ehepaar in den Seelapen, und Blanqui ist nichts weiter als ein schlecht bezahlter Unterpräfekt. Und seine junge Frau verachtet ihn.

Sie hatte geglaubt, einen Helden zu heiraten, und er ist ein braver Trampel, der sich mit einem Trostpflaster abspenst, im Gegensatz zu seinen Mitkämpfern.

Das Kind Auguste, 1806 geboren, erlebte ununterbrochen diesen von der Mutter nie verheimlichten Gegensatz. Der älteste Sohn hielt zum Vater, aber Auguste war der Liebling der rühm- und erfolgssüchtigen Mutter. Und als die Mutter eines Tages ein herrschaftlich ausgestattetes Schloß mit Ländereien erbt, wurde es mit der Ehe nicht besser, sondern sie ekelte ihren Mann allmählich hinaus, bis es schließlich zur Scheidung kam. Aber zu ihrem geliebten Auguste, der als Jurastudent in Paris eine heldische revolutionäre Richtung einschlug, stand sie getreu und hilfreich ihr ganzes Leben lang.

Dem zweiten aufstrebenden Komplex gegenüber versagt jegliche Psychologie, und das ist noch spannender: 1839 hat er einen gescheiterten bewaffneten Aufstand unternommen: 12 tote und 62 verwundete Soldaten, 59 tote und 160 verwundete Blanquisten. In der Untersuchungs-



Louis Auguste Blanqui (1806-1881) FOTO: DIE WELT

haft, auf die dann für ihn lebenslanges Zuchthaus folgte, wurde er drei Tage nacheinander vom Innenminister besucht, zu Privatgesprächen ohne Zeugen.

1848 war Blanqui, inzwischen begnadigt, am Tag nach der erfolgreichen Februarrevolution in Paris und erlebte eine Woche später die Veröffentlichung eines nicht unterzeichneten Dokumentes, datiert vom 22., 23. und 24. 10. 1839, in dem jemand dem Innenminister genaueste Auskünfte über Daten, Waffen, Mitgliedernamen der aufständischen Geheimgesellschaft gab. Alle wichtigen Namen kamen darin vor, nur Blanqui nicht.

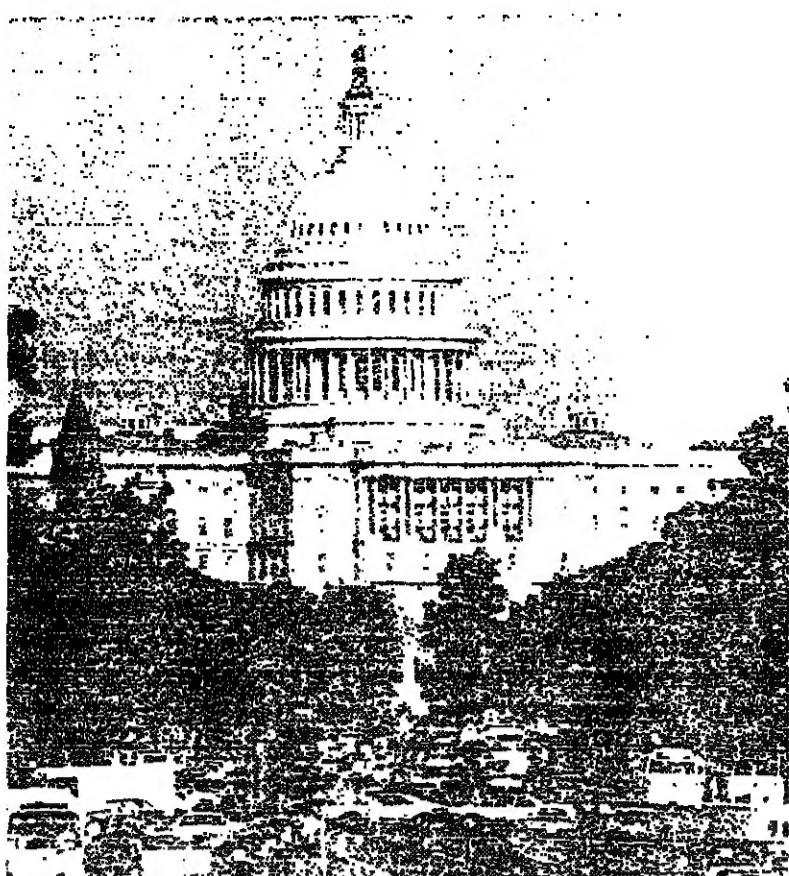
Das gab eine ungeheure Aufregung. Blanqui weigerte sich stets, genauer auf das Dokument einzugehen, er sagte nur immer: Fälschung. Seine Anhänger spalteten sich, sein bester Mann wurde sein bester Feind. Bergmann weist in seiner Dokumentation nach, daß Blanqui 1839 tatsächlich diese ungeheuerlichen Bekenntnisse abgelegt hat. Und dennoch fand Louis Auguste Blanqui immer wieder Anhänger.

Das Ende ist bescheiden: 1879 Begnadigung, am 1. Januar 1881 Tod.

Ein sonderbarer Revolutionär. Unbegreifbar immer wieder der Stimme aus früherster Jugend folgend, immer wieder im falschen Moment zuschlagend, immer wieder in den richtigen Momenten verhindert wegen Gefängnisentzug, und dazwischen diese unbegreifliche Missetat gegen die eigenen Kampfgesossen, die gerade unter seiner Führung das Leben riskiert und Tod, Verurteilung und Gefängnis geerntet hatten.

Bergmann schildert das alles detailliert und mit Farbe. Die allgemeine Geschichte setzt Bergmann voraus, sonst wäre das Buch noch dicker geworden. Aber auch Einzelheiten, deren fehlende Begründung verwirrt, vergibt er zu klären. Proudhon verwendet sich für Blanquis Wahrschuldigkeit in einer Kommission, 1848, und ein Jahr später finden wir ihn zusammen mit Blanqui im Gefängnis. Wie kommt Proudhon plötzlich ins Gefängnis? Nun, Proudhon hatte den gerade erst gewählten neuen Präsidenten Louis Napoleon öffentlich schwer beleidigt. - Aber das sind Details, über die man hinwegsehen mag.

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Das Kapitol in Washington: Fels und Tempel der amerikanischen Demokratie FOTO: SVEN SIMON

## Kapitol und Weißes Haus

Das internationale Ansehen der US-Demokratie

Der kritische Nachdruck ist bemerkenswert, mit dem sich die politische Literatur von der anti-amerikanischen Welle der letzten Jahre distanziert. Auf Emil Peter Müller, der die Geschichte des Antiamerikanismus von den Anfängen des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart nachzeichnet, folgt jetzt eine Studie von Klaus von Beyme, der die Frage untersucht, ob und in welchem

Klaus von Beyme: **Vorbild Amerika?** Piper Verlag, München. 175 S., 28 Mark.

Maß das amerikanische Demokratieverständnis Vorbild für andere Nationen sein kann. Der Heidelberger Politikwissenschaftler hat dazu Erkenntnisse beizutragen, die den Vereinten Staaten zu denken geben sollten, die sich ihre Politik gegen den „Imperialismus“ der USA allzu leichtmachen.

Von Beyme kommt zu dem Ergebnis, daß die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu den älteren Imperien ihren Einfluß nach außen „lockender“ geltend machen: ihre Position als Führungsmacht des Westens sei dauerhaft, weil sie stärker vom Konsens ihrer Alliierten getragen werden. Er warnt diejenigen, die Anstoß an der Selbstgerechtigkeit nehmen, mit der Amerika sich als demokratisches Vorbild begreift, die konsensstiftende Seite der amerikanischen Weltpolitik zu unterschätzen.

Soweit der Vorwurf imperialistischer Betrugens gegen die USA gültig sei, zieht man bezeichnenderweise immer das Beispiel der Hemisphären-Politik heran; dabei wird aber übersehen, daß die Amerikaner immer zurückhaltend auf die Versuche reagierten, amerikanische Institutionen im Globalmaßstab zu exportieren. Die Wurzeln dieser Selbstbeschränkung, die übrigens zur Niederlage in Vietnam beitrug, entdeckt von Beyme in dem Umstand, daß die amerikanische Revolution ein „peripheres“ Ereignis blieb. Noch heute sind die Amerikaner überzeugt von der Unwiederholbarkeit ihrer konstitutionellen Schöpfung. Sie halten daher das „Modell Amerika“ für nicht transferierbar und scheuen seinen Export.

Der Autor verweist darauf, daß die Religion im Gegensatz zum europäischen Absolutismus in den USA mit ihren zahlreichen Sekten nie als Herrschaftsmittel wirken konnte. Dies habe zu einem diffusen Sendungsbe-

wußtsein geführt, das danach strebte, durch das Beispiel freier individueller Grundsätze mehr zu überzeugen als durch ideologische Triumphe. Dieser Kontrast zum Sowjetsystem, das immer versuchen wird, die sozialistische Revolution zu exportieren, könnte nicht schärfer herausgearbeitet sein. Es hat seine innere Logik - der Verfasser nennt es ein Paradox -, daß die Wirkung des „Modells Amerika“ immer geringer wurde, je stärker das Land sich in politische Zwänge als Weltmacht verstrickte sah.

Doch die Ansicht, der sich auch von Beyme anschließt, daß es dem amerikanischen Modell nicht an politischem, wohl aber an politischer Ausstrahlung fehle, wirft die Frage auf, warum dieser Mangel den meisten Kommentatoren als Vorzug erscheint? Die Risiken, die sich mit jedem Vakuum der Macht verbinden, finden selbst in amerikanisch-ideologischen Analysen wenig Beachtung.

Es mag sein, daß im West-Ost-Verhältnis die militärischen Aspekte nicht mehr die gleiche dominierende Rolle spielen wie auf dem Tiefpunkt des Kalten Krieges. Aber gegenüber einem so unberechenbaren Partner wie der Sowjetunion wird das immer ein Unsicherheitsfaktor bleiben. Die Konvergenz-Theorie, die Charles de Gaulle vor zwanzig Jahren beschätzte, darf nach Ansicht von Beymes als erledigt gelten. Der „relative Machtverlust der Supermacht Amerika“, schreibt er, „ist für ihren Einflußbereich nur zu würdigen, wenn er mit einem symmetrischen Machtabbau der Sowjetunion einhergeht ... davon sind wir jedoch noch ein Stück entfernt“.

Gewiß wäre es wünschenswert, wenn die Kraft der Selbstreinigung, die in der Innenpolitik der USA wirkt, auf die auswärtigen Beziehungen übertragen werden könnte. Doch gerade die Fähigkeit, die Opposition zu integrieren, wie es der Wechsel von Carter zu Reagan exemplifiziert, versagt auf internationaler Ebene. Dafür ist nicht das Fehlen einer außenpolitischen Tradition verantwortlich, sondern die unkontrollierten Schwankungen vom Isolationismus zum globalen Engagement.

Daß Amerika manches von seinem Ansehen als formende Kraft der westlichen Demokratie verlor, liegt nicht daran, daß es den einen zu mächtig und den anderen zu schwach vorkommt. Es liegt vielmehr daran, daß in dem Dualismus zwischen Kongreß und Weißem Haus nur Raum für eine weltpolitische Kontinuität auf der Kurzstrecke bleibt. HEINZ BARTH

## Die deutsche Monokratie

Eberhard Jäckels Essay über Hitlers Herrschaft

Neben Werner Maser gehört der Stuttgarter Professor Eberhard Jäckel heute zu den gefragtesten Hitler-Experten. Studien über schriftliche Zeugnisse aus der Frühzeit von Hitler und über seine Weltanschauung folgt jetzt sinngemäß die knappe Expertise über Hitlers Herrschaft. Jäckel definiert diese als eine in der Geschichte äußerst selten anzutreffende „Monokratie“, nicht einfach als eine viel häufiger vorkommende Diktatur.

Die Untersuchung gliedert sich in fünf sogenannte „Wege“: der Weg zur Macht, der Weg zum Mord, der Weg zum Mord an den Juden und zum „Weg aus der Geschichte“, eine nicht sehr glückliche Formulierung.

Die Wege Hitlers zur Macht und dann zur Herrschaft über das Deutsche Reich sind oft genug behandelt worden. Jäckel zeichnet sie noch einmal nach. Er zeigt auch auf, daß Hitler ja am 30. Januar 1933 keineswegs einfach „die Macht ergriff“, sondern nur zum Reichskanzler der Republik ernannt wurde, ohne Reichstagsmehrheit, ohne revolutionären Gewaltakt von seiner Seite. Im Grunde war dieser Schritt das Resultat von Verlogenheit und schlechten Nerven im konservativen Lager.

Zwei entscheidende Umstände sahen niemand richtig. Einmal die Tatsache, daß Hitler aus österreichischen Gefilden, mit einer ganz anderen Reichsvorstellung als die etwa in Preußen herrschte, stammte. Und zum anderen die Tatsache, daß Hitler im Gegensatz zu seinen ihm zugeteilten konservativen Wächtern im ersten Reichskabinett Hitler/Papen über eine starke Hausmacht verfügte, förmlich einen „Para-Staat“.

Jäckel bezeichnet die ganze vielschichtige deutsche Rechte vereinfachend als „Monarchisten“. Ob man das so einfach tun kann, bleibt fraglich. Zumal es eine breite Bewegung zur Wiederherstellung der Monarchie überhaupt nicht gab. Bei Hitlers Aufstieg zur Herrschaft zeigte sich, wie sehr er in ein Vakuum hineinstieß. Einen ebenbürtigen Gegenspieler hat es nie gegeben.

Wollte Hitler von vornherein Krieg, sobald er die Mittel dazu besaß? Jäckel bejaht die Frage. Aber welche Art von Krieg? Einen Weltkrieg? Jäckel stellt klar, daß er von früh an zwei Arten von Krieg im Auge hatte: Einen „Vorkrieg“ gegen Frankreich, das er lange Zeit für eine sehr starke Militärmacht hielt, die ausgeschaltet werden mußte, um das Hauptkriterium gegen Sowjetrußland führen zu können, den Bolschewismus auszurotten

und „Lebensraum“ für Deutschland im Osten zu gewinnen. Wüber zu bedenken ist, daß es sich bei Hitlers eigenartiger Psyche hier immer um subversive Wunschküste, nie um exakte Planungen handelte. Die Halbwelt vom „Vorkrieg“ dürfte auch nach der Münchener Konferenz von 1938 verschwunden sein, als Hitler die Premierminister Englands und Frankreichs erlebt hatte. Hiernach nannte er sie dann „kleine Würstchen“, die nie ernst machen würden. Bedauerlicherweise kommt bei

Eberhard Jäckel: **Hitlers Herrschaft**. Deutsche Verlags-Anstalt, 183 S., 19,80 Mark.

Jäckel der Ausbruch des Krieges gegen Polen zu kurz. Hitlers sehr bescheidene Forderungen für einen Ausgleich mit Polen bleiben unerwähnt. Hitler glaubte abermals an die Möglichkeit einer isolierten Aktion gegen Polen, falls dies sich als widerspenstig erwies. Aber mit dem Bolschewismus, den er austrotten wollte, hatte er sich dann verbündet, und England, mit dem er niemals Krieg führen wollte, erklärte ihm am 3. September den Krieg.

Zentrales Thema ist für Jäckel mit Recht der Weg zum Mord an den Juden, wobei er minutiös die Entwicklung der Vernichtungsidee nachzeichnet. Bei Hitler gibt es ursprünglich nur das Wunschziel von der Entfernung der Juden. Bis zur Massentötung im Zweiten Weltkrieg ist es dann ein langer Weg.

Niemals vor Hitler, so Jäckel, war ein irdischer Gewalthaber auf die wahrhaftige Idee gekommen, wenigstens in seinem Machtbereich alle Juden einfach umbringen zu lassen, nur weil sie Juden waren.

Darum ergibt sich für den Autor im Schlußkapitel die düstere, bohrende Frage nach dem „Warum“. Warum gerade in Deutschland? Wie er die Dinge auch zu drehen und wenden versucht, er findet keine Erklärung für das Walten eines monarchistischen Massenmörders gerade im eigenen Vaterland. Hier, so Jäckel, sei der Historiker, der Zufall oder Verhängnis nicht gelten lassen könne, an den Grenzen der historischen Wissenschaft angelangt. Das ist nicht sehr befriedigend. Oder ist Hitler, der Monokrat im Massenzeitalter, das Resultat einer perfekten Säkularisierung im 20. Jahrhundert? Wenn der Mensch sich selbst zum Maß aller Dinge setzt, dann wird Ungeheuerliches möglich. WALTER GÖRLITZ

## Spurenleser zwischen den Fronten

Fritz Sittes kenntnisreiche Reportage über die Buschmänner in Namibia

Als es vor einigen Jahren im Ministerrat von Südafrika/Namibia zum Streit über Landbesitzansprüche zwischen Schwarzen und Weißen kam, stand der Vertreter der rund 30 000 Buschleute des Landes, Geelbooi Kasche, auf und sagte: „Wenn man es genau nimmt, gehört das Land ursprünglich uns, aber wir bestehen nicht darauf.“ Damit war der Streit beendet.

Mit diesen wenigen Worten umriß der Buschmann die Tragik seines Volkes: Sie sind die Urbewohner des südafrikanischen Subkontinents, lange bevor Bantu oder Weiße ihren Fuß in dieses Gebiet gesetzt hatten. Aber diese friedlichen, kleinen Ureinwohner, deren Sprache kein Wort für „Krieg“ kennt, gehören heute zu den „gefährdeten Arten“ und genießen doch weniger Schutz als Tiere. Ihr Überleben in unserer sich ständig wandelnden Welt ist ungewiß. Ob das Buch, das Fritz Sitte über sie veröffentlicht hat, in wenigen Jahren als Nachruf gelten könnte, wird die Zukunft zeigen.

Wurden die Buschleute früher von schwarzen und weißen Rinderzüchtern gleichermaßen gejagt und ausgerottet, weil in der simplen Vorstellung der Buschleute ein Rind eine ebenso gute Jagdbeute darstellte

wie die heimischen Antilopen, so gilt das Schicksal von Geelbooi Kasche als stellvertretend für das ganze Volk. Seiner ursprünglichen Welt entfremdet, wo das Leben ganz auf das Überleben der Sippe in einer feindlichen Umwelt eingestellt ist, ist er heute auch bei den Weißen in Windhuk, wo er eine Zeitlang als Buschmannminister fungierte, ein exotischer Fremder geblieben. Seine eigene Umgebung ist ihm fremd geworden, die andere hat er nie verstanden, und er wird,

Fritz Sitte: **Buschmann, schieß oder stirb**. Verlag Styria, Graz. 205 S., 16 Bildseiten, 35 Mark.

meist betrunken, zur tragischen Karikatur seines Volkes.

Die Entwicklung der Buschleute zu Jägern und Beeren sammelnden, Tradition seit Zehntausenden von Jahren, wird ihnen in der heutigen Zeit zum Verhängnis. Sie selbst zu machen, ist ein fast vergebliches Bemühen, und so streiten sich wohlmeinende Fachleute über ihre Köpfe hinweg und mit oft erstaunlichem Unverständnis und Überheblichkeit über das Schicksal dieser liebenswerten Ureinwohner. Das Buch zieht hier ein bewußt nüchternes Fazit. Mit sehr

viel Einfühlungsvermögen und vor allem sorgfältigen Recherchen werden den Traditionen, Leben und Jagd der Buschleute geschildert. Sitte sagt klar, wie wenig wir als Außenstehende von ihnen wissen und sie verstehen. Das Buch vermittelt einen unglaublich interessanten Einblick in ihre Lebensweise. Humorvoll und ohne spöttische Überheblichkeit werden ihre Begegnungen mit unserer Zivilisation und die oft daraus resultierenden Mißverständnisse erzählt.

Ob ihre größte Fähigkeit, die des Spurenlesens selbst in den unwegsamsten Gegenden, ihnen letztlich zum Verhängnis wird, ist die Frage. Als Soldaten verdingen sie sich in SWA/Namibia im „Buschmann-Bataillon“. Die Bezahlung - gleichgestellt mit den Berufssoldaten - ist eine Verlockung. Darüber hinaus sind sie gefürchtete Verfolger der heute aus dem Norden eindringenden Swapo. Bedingt durch die alte Feindschaft mit den Schwarzen, die die Buschleute heute noch als Untermenschen und Sklaven ansehen, werden sie von der Armee als ideale Anti-Terrorismus-Waffe im Kampfgebiet eingesetzt. „Buschmann schieß oder stirb“ ist jetzt ihre Überlebensdevise.

MONIKA GERMANI

Geld muß arbeiten - für gute Erträge: Mit Bundesobligationen.

Nominalzins 5,75 %  
Ausgabekurs 100,00 %  
Rendite 5,75 %  
Laufzeit 5 Jahre

Stand: 26. 11. 1986



Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landes-

zentralbanken. Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Tel. (0 69) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Tel. (0 69) 5 97 01 41 angesagt.

Ausführliche Informationen über Bundesobligationen erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere. Postfach 10 04 61, 6000 Frankfurt 1.

Name  
Straße  
PLZ/Ort

Bundesobligationen







## STANDPUNKT

## Überflüssiger Preis

Wenn es darum ging, sich selbst ins rechte Licht zu rücken, waren die Funktionäre des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) schon immer weit vorne. Es kommt nicht von ungefähr, daß DFB-Präsident Hermann Neuburger ein weltweit angesehener und einflussreicher Mann ist.

Für 1988 hat Neuburger die Europameisterschaft in die Bundesrepublik Deutschland geholt. Dabei hat er zwar an Ansehen eingebüßt, weil er auf Berlin als Spiel-Ort verzichtete. Doch wenn erst der zu erwartende finanzielle Gewinn in den Kassen klingelt, fragt keiner mehr nach Berlin.

Aber so eine Europameisterschaft im eigenen Land bietet nicht nur Gelegenheit zur ausgiebigen Selbstdarstellung, sie birgt auch die Gefahr, an Ansehen zu verlieren. Krawalle von rivalisierenden Fans könnten den guten Ruf schnell ruinieren.

Der DFB beugt deshalb vor. Schon jetzt plant der DFB-Sicherheitsbeauftragte Wilhelm Hennes mit Polizeiführern konkrete Einsätze der Sicherheitskräfte. Das ist die praktische, nötigenfalls handgreifliche Seite der Aktion Ruhe und Ordnung. Die ideale hat Hennes jetzt bei einem Seminar mit Polizeiführern in Münster vorgestellt: Der DFB will einen Fair-Play-Preis für das beste Publikum bei der EM 1988 stiften, weil dem Fair-Play-Gedanken ein höherer Stellenwert eingeräumt werden soll. Ist das nun besonders naiv oder besonders zynisch?

Wer die Mentalität jener Fans kennt, die den schlechten Ruf des Fußball-Publikums maßgeblich provoziert haben, der weiß, daß sie sich durch Appelle und ideelle Auszeichnungen nicht von ihrem Treiben abhalten lassen. Sie machen sich allenfalls einen Spaß daraus, ihr Image als schlechtestes Sport-Publikum zu festigen. Ebenso wenig hat der DFB Grund, einen besonderen Preis auszusetzen für ein Verhalten, das bei jeder anderen Sportveranstaltung selbstverständlich ist. Damit erhebt der DFB zur Ausnahme, was im Sport eigentlich die Regel sein sollte: Die Fair-Play- und selbst die ist nur dank langfristiger vorbereiteter Polizei-Hilfe (siehe oben) zu gewährleisten. Der Fair-Play-Preis des DFB - ein absolut überflüssiger Preis.

## OLYMPIA / Stand der Vorbereitung auf die nächsten Winterspiele 1988

## Hinter der glitzernden Fassade von Calgary kriselt es noch gewaltig

In der Innenstadt wird überall gebaut, Bulldozer, Planiermaschinen und Lastkräne bestimmen das Bild. Scheinbare Hochkonjunktur, wohnen der Blick fällt, und der atemberaubende Saddle Dome, das seit drei Jahren schon fertig gestellte 350 Millionen Mark teure Olympia-Eisstadion, gilt als Sinnbild des modernen kanadischen Pioniergeistes.

Bis zum Beginn der 15. Winterspiele am 13. Februar 1988 wird das Zentrum von Calgary wohl völlig zugebaut. Die nahe gelegenen Rocky Mountains sind dann wohl nur noch aus dem 36. Stockwerk irgendeines Wolkenkratzer zu erspähen. Schon heute üben die Glas- und Betonbauten, Ausdruck der „Uns geht es blendend“-Gesellschaft, den Schulterchluss. Doch hinter Olympia 1988 verstecken sich die Sorgen, hinter der glitzernden Fassade der Cowboy-Stadt im Herzen des „Wild-Rose-Country“ Alberta kriselt es.

Der weltweite Kollaps des Ölpreises, die Quote fiel von 28 auf 16 Dollar pro Barrel, hat eine ganze Region in finanzielle Nöte gestürzt, die fast auf

Gedeih und Verderb dem Bodenschatz ausgeliefert ist. So mußte beispielsweise die Ölgesellschaft „Bow Valley Industries“ 5000 Mitarbeiter entlassen, die Arbeitslosenquote stieg auf 16 Prozent. Viele Häuser stehen leer, werden zu Niedrigpreisen angeboten, und der rollende Stern aus „Good Old Germany“, jahrelanges Status-Symbol, wird immer seltener bestellt. Es wird wieder Pontiac und Oldsmobile gefahren.

Längst haben die Probleme die Regierung in Ottawa auf den Plan gebracht. Premierminister Brian Mulroney zog am vergangenen Wochenende nach Calgary, um mit Gouverneur Don Getty die Probleme zu besprechen. Mit 500 Millionen Mark sollen die Region Alberta und ihre Industrie subventioniert werden. Mulroneys offizielle Eröffnung des 30 Millionen Mark teuren Olympia-Parks, wo das Skispringen sowie die Bob-Wettbewerbe stattfinden werden, war nur ein Randaspekt.

Trotzdem aber wirkt Olympia wie eine Insel inmitten einer stürmischen See. Die Macher der Spiele haben keine Probleme, sind mit allen Anla-

gen mehr als nur im Zeitlimit, wird davon abgesehen, daß die Sprunganlage noch einmal überholt werden muß. Der kanadische Weltklasse-Springer Horst Bulau war am vergangenen Wochenende in einem Geröllfeld gelandet und glimpflich davon gekommen. Stolz vermeldeten die Organisatoren aber in dieser Woche, daß bereits 20 Veranstaltungen ausverkauft seien. So der Eisschnelllauf mit Olympiasieger Gaetan Boucher als Zuschauer magnet und die Medaillenrunde im Eishockey.

Daß am Ende trotz des erwarteten Touristenstroms aus aller Welt auf einem Großteil der 1,7 Millionen Eintrittskarten sitzen geblieben werden könnte, befürchtet niemand. Warum auch? Der Sport zog immer und gerade in schwierigen Zeiten. Der Saddle Dome mit seinem bei Olympia auf 19000 Plätze aufgestockten Fassungsvermögen kennt keine Rezession. Die Heimspiele der Eishockey-Profi-Clubs Calgary Flames sind immer ausverkauft und auch die internationalen Show-Stars spielen vor vollen Rängen, ob Billy Joel oder Steve Wonder.

## Simon Schobel: „Diese Mannschaft hat mein Vertrauen“

JOSEF SIMON, Craiova Die Mannschaftssitzung war für Simon Schobel schon nach fünf Minuten beendet. „Was soll ich den Spielern nach einem solchen Spiel noch großartig viel sagen? Ein bißchen Seelenmassage für den einen, Lob für eine ganze Reihe und hauptsächlich eindringliche Warnung vor der eigenen Selbstüberschätzung. Das 33:23 (14:11) der deutschen Handballer zum Auftakt des Karpaten-Turniers gegen Polen war ein gelungener Turniereinstand, aber kein echter Maßstab: „Diese Polen sind keine Weltklassemannschaft.“

Und trotzdem machte der Bundestrainer den Eindruck zufriedener Gelassenheit. „Wir hatten vor allem in der zweiten Halbzeit durch eine kompakte Abwehr zu einem hervorragenden Spiel gefunden.“ Die Erkenntnis, daß selbst nach dem Ausfall eines so wichtigen Spielers wie Christian Fitzek vom VfL Gummers-

bach genügend Alternativen bestehen, geben Anlaß zu Hoffnung. „Jörg Löhr hat in der Abwehr diese Aufgabe optimal erledigt, und auch Thomas Springel ist nach seinem Comeback als Gewinn zu betrachten.“

Daß dabei ein Mann wie Andreas Thiel, der gestern im Spiel gegen Rumänien sein 100. Länderspiel bestritt, 34 Stunden vor seinem Jubiläum lediglich Normalform erreichte, läßt Schobel kalt: „Dann kommt eben halt Stefan Hecker“, ist Schobel sich der Selbstverständlichkeit gewiß, mit der sich die Weltklasseleute zwischen den Pfosten im deutschen Tor ablösen. „Andreas hat wahrscheinlich zu viel an sein Jubiläum gedacht.“

Der Gummersbacher Schlußmann, den der sowjetische Nationaltrainer Anatoli Jewtschenko zum Besten seines Fachs auskor, neidet seinem Zimmergenossen Hecker diesen Achtungserfolg keineswegs: „Er

ist ein Topmann. Das haben wir schon mehrfach bei der WM in der Schweiz gesehen. Zu einer guten Mannschaft gehören auch immer zwei gute Torhüter.“

Thiel, der 1980 beim Vierländer-Turnier in der Schweiz zum erstenmal das Trikot der Nationalmannschaft überstreifte, „ist eine echte Persönlichkeit“ (Schobel), was den Bundestrainer dazu veranlaßte, ausnahmsweise einen Torhüter zum Mannschaftsführer zu machen. „Die Mannschaft achtet ihn.“ Wie lange allerdings der 26jährige Jura-Student noch für den Deutschen Handball-Bund spielen wird, hängt einzig und allein von der B-Weltmeisterschaft in Italien ab: „Wenn wir wieder baden gehen, dann ist für mich Schluß.“

Noch einmal will er sich nämlich nicht den Strapazen eines solchen Turniers mit den umfangreichen Vorbereitungen aussetzen. „Der

## Bielefeld: Neuer Präsident

Bielefeld (dpa) - Auf der Jahreshauptversammlung des Fußball-Zweitligaklubs Arminia Bielefeld wurde Wolfgang Walkenhorst zum neuen Präsidenten gewählt. Er löst Gisela Schwerdt ab, die am 4. März als erste Frau zur Präsidentin eines Profi-Klubs gewählt worden war.

## Dänen verpflichtet

Bonn (sid) - Der Fußball-Bundesligaklub Waldhof Mannheim hat den Dänen Bo Elvar Jörgensen verpflichtet, der bereits am Samstag gegen Homburg eingesetzt werden kann. Der VfL Bochum hat sich mit dem 21 Jahre alten Ole Möller-Nielsen von Vejle BK verstärkt.

## Sponsoren im Fußball

Hamburg (dpa) - Teamchef Franz Beckenbauer hat in einem Interview mit den Illustrierten „Bunte“ die Meinung vertreten, daß sehr bald Sponsoren den Fußball-Pokal, Länderspiele oder sogar eine Saison der Bundesliga kaufen werden, mit ihren Namen versehen und an das Fernsehen weiterreichen.

## Peugeot in die Formel 1?

Paris (sid) - Der französische Auto-

mobilkonzern Peugeot erwägt einen Einstieg in die Formel 1. Für Peugeot gibt es drei Alternativen: kompletter Rückzug aus dem Sport, der Einstieg in die Prototypen-WM oder in die Formel 1.

**HANDBALL**  
Karpaten-Turnier, Männer, in Craiova, 1. Spieltag: Bundesrepublik Deutschland - Polen 32:23.

**FUSSBALL**  
„DDR-Oberliga“, 12. Spieltag: Brandenburg - Union Berlin 1:5, Aue - Riesa 2:0, Lok Leipzig - Dresden 2:1, Jena - Erfurt 1:2, Bismarckswerder - Frankfurt 0:0, Magdeburg - Karl-Marx-Stadt 2:0, Dynamo Berlin - Cottbus 2:1.

**TISCHTENNIS**  
DTTB-Pokal, Herren, Halbfinale: Grenzau - Düsseldorf 5:0.

**SCHACH**  
Olympiade in Dubai, Herren: Ungarn - Bundesrepublik Deutschland 3:1 - Fortisch - Kundermann 1:0, Ribli - Liu 1:0, Pinter - Bischoff 1:0, Coom - Hickl 0:1. - Damen: Bundesrepublik Deutschland - China 2:0,5 - Hund - Liu 1:0, Feustel - An 1:0, Grünberg - He remis.

**TENNIS**  
Einladungsturnier in Atlanta: Becker - Bundesrepublik Deutschland - McEnroe (USA) 6:3, 5:7, 6:4, Lendl (CSSR) - Meier (CSSR) 6:4, 6:3.

## TENNIS

## Boris Becker besiegte McEnroe

sid, Atlanta Eigentlich hatte alles ganz freundschaftlich angefangen: 15.000 Zuschauer im „Omni-Coliseum“ von Atlanta sangen „Happy Birthday“, der gerade 19 Jahre alt gewordene Boris Becker durfte eine entsprechende Anzahl von Kerzen auf einer Torte ausblasen, und auch John McEnroe gratulierte. Doch auf dem Platz hatte der Amerikaner seine Höflichkeit vergessen. Von Boris Becker zum Auftakt dieses Einladungsturniers mit 6:3, 5:7, 7:5 geschlagen, tobte der 27 Jahre alte Tennis-Profi wie in besten Tagen, zankte mit dem Schiedsrichter und kassierte wie gewohnt seine Strafpunkte. Sein sportliches Fazit: „Boris ist im Moment für mich unschlagbar.“

Für Boris Becker, der dieses Turnier als Generalprobe für das Masters-Finale im Madison Square Garden in der nächsten Woche in New York betrachtet, stand dieses Match ebenso unter besonderen Bedingungen wie für die ehemalige Nummer 1 der Weltrangliste. McEnroe, der nach seiner selbstgewählten Pause noch nicht die alte Form wiedergefunden hatte, wollte in Atlanta beweisen, daß er immer noch der Größte ist.

Becker gewann leicht den ersten Satz, als sich bei McEnroe die Fehler häuften. Vor allem seine einst so gefürchtete Rückhand ließ ihn im Stich. Zwischen dem ersten und zweiten Satz griff der Amerikaner dann in seine Trickkiste. Er brüllte den Schiedsrichter wegen einer vermeintlichen Fehlentscheidung an und kassierte wegen Beleidigung eine Verwarnung. Bis zum 5:5 hielten beide Spieler ihren Aufschlag. Dann gelang McEnroe sein erster und einziger Break zum 6:5 und der Satzgewinn.

Gleich zu Beginn des entscheidenden Satzes flüpte McEnroe wieder aus, tobte nach einem umstrittenen Ball Richtung Schiedsrichter. Der revanchierte sich mit einem Punktabzug. Becker, der „so kurz vor Weltmeisterschaft keine Geschenke annehmen wollte“, gab den Punkt zurück, gewann aber den von starkem Aufschlagspiel geprägten dritten Satz. McEnroe: „Becker schlägt fürchterlich auf, da ist einfach nichts zu machen. Er wird wohl auch das Masters gewinnen - er oder Ivan Lendl.“

## DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Abonnenten-Service

## Meckis frühe Abenteuer in 8 Bänden

Preis aller 8 Mecki-Abenteuerbücher für WELT-Abonnenten: DM 89,- (inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten).



Erinnern Sie sich noch an Meckis erste tolle Abenteuer in der HÖRZU? Oder an seine märchenhaften Reiseberichte? Wollen Sie sie noch einmal miterleben? Jetzt sind sie wieder da. Als farbenprächige, entzückend illustrierte Bücher. Kartiert, im Format 28 x 20,5 cm. Acht der schönsten Mecki-Abenteuer haben wir für Sie reserviert. Als Geschenk für Kinder oder Enkel. Oder zur eigenen Erinnerung an eine lebenswerte Figur früherer Jahre.

Vn: DIE WELT, Leser-Service, Postfach 100/64, 4300 Essen 1

**Bestellschein für WELT-Abonnenten**

Bitte liefern Sie mir

**Meckis Abenteuer in 8 Bänden**

zum Preis von DM 89,- (inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten).

Ich bezahle den Betrag wie mein WELT-Abonnement:

☐ nach Rechnungsstellung

☐ durch Abbuchung

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Vorw./Telef. \_\_\_\_\_

Kunden-Nr. \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

## Abonnenten-Service

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

**DM**

**Urlaub '87: Reisen mit Gewinn**

Ausgesuchte Programme für Aktive, Genießer, Gestreifte und Bildungshungrige

Kranken-Versicherung: Wann der Wechsel lohnt

Gold-Anlage: Sparplan nach Maß

CD-Player: Zehn Modelle im Test

**ZUM JAHRESENDE WECHSELN** Größere Leistungen und niedrigere Prämien - damit locken die etwa 40 privaten Krankenversicherungsanbieter. Besonders in jüngster Zeit meldeten die Privaten starken Zuwachs. Der Grund: Die Prämien blieben, im Gegensatz zu den Gewinnen, relativ stabil. Zum Jahreswechsel für Millionen Bundesbürger Grund genug, über einen Wechsel in eine private Krankenversicherung nachzudenken. Ob und für wen sich der Wechsel lohnt, wo die Leistung stimmt und der Preis günstig ist: Private Krankenversicherung: **DM Heft 12/86, ab Seite 108.**

**GESCHÄFT MIT LANGER LEITUNG** 21 Millionen den Mark schenken die Bundesbürger jährlich unfeilhaftig den Banken, Sparkassen und der Post, weil die durchschnittliche Banklaufzeit einer Überweisung von der Buchung bis zur Gutschrift 3 Tage beträgt. Obwohl dem Kunden jede rechtliche Handhabung gegen zu lange Überweisungszeiten fehlt, gibt es Möglichkeiten zum Gegenwehr. Banklaufzeiten: **DM Heft 12/86, ab Seite 120.**

Neuwagen

**WER WARTET, VERSCHENKT ZWEIFACH GELD** Der Dezember maut sich zum idealen Termin, ein neues Auto zu kaufen. Denn es läßt sich zweifach sparen. Erstens: Über tolle Rabatte versuchen viele Händler und Importeure, ihre überfüllten Lager abzubauen. Zweitens: Ab Januar '87 läuft die Steuerbefreiungs-Uhr rückwärts. Wer noch im Dezember seinen Neuwagen anmeldet, hat Anspruch auf die volle Steuerbegünstigung oder -befreiung. Welche Rabatte für welches Fahrzeug zu erzielen sind: Autokauf: **DM Heft 12/86, ab Seite 58.**

Das Dezember-Heft jetzt neu im Zeitschriftenhandel. Oder direkt bei DM-Leserservice 0211/838 95 55



## Ein Dämpfer für den Chef der Postgewerkschaft

dpa, Nürnberg

Die anhaltenden Ähren um die Neue Heimat und die Gemeinwirtschaft haben auch bei der Wahl zum Vorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) ihren Niederschlag gefunden.

Auf dem 15. DPG-Kongress in Nürnberg bestätigten gestern 82 Prozent der Delegierten ihren 1. Vorsitzenden Kurt van Haaren im Amt. Damit blieb er allerdings weit unter seinem überragenden Ergebnis von 1983 mit 94 Prozent.

Unter den Delegierten der fünfgrößten Organisation im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) kursierte nach der Wahl das Stichwort „Neue-Heimat-Dämpfer“ als Erklärung für den Vertrauensschwund. Der 48-jährige Kurt van Haaren hatte als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Neuen Heimat dem Verkauf des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns an den Großbäcker Horst Schüssler zugestimmt. Zudem, so Kongreßteilnehmer, sollen auch innergewerkschaftliche Probleme für die Stimmeneinbuße maßgebend gewesen sein.

Zahlreiche Delegierte hatten auf dem Kongress mehrfach das Verhalten des Gewerkschaftsvorsitzenden im DGB bei der Lösung der Neue-Heimat-Krise kritisiert. Am Dienstag war van Haaren dann erneut in der Schußlinie der Delegierten geraten. Die organisierten Kongreßteilnehmer wurden wiederum aus den Zeitungen und nicht von ihrem Vorsitzenden über den geplanten Teilverkauf der gewerkschaftseigenen Volksfürsorge-Versicherung informiert.

Bei der Wahl der drei stellvertretenden Vorsitzenden erhielt der „Schwarze“ im DPG-Vorstand mit 83 (1983: 84) Prozent die meisten Stimmen. Das CDU-Mitglied Klaus-Dieter Zemlin (37) übertraf damit das Ergebnis des 1. Vorsitzenden. Zemlin gilt als Experte in den ihm übertragenen Bereichen Tarif- und Beamtenpolitik sowie Sozialpolitik und Jugendarbeit.

Verbessern konnten ihr Stimmkonto die beiden Stellvertreter Albert Stegmüller (52) und Emil Bock (54). Der für Finanzen zuständige Stegmüller erhielt 81 (1983: 80) Prozent und Bock 73 (1983: 81) Prozent der abgegebenen Stimmen. Bock ist im Vorstand für Post- und Fernmeldepolitik sowie für Arbeitsbedingungen und Frauen bei der Post zuständig.

## Mit einer Milliarde wollte die BGAG Gläubigerbanken Sicherheit geben

Vorstandsmitglied Freyberg: Von 1985 an war Neue Heimat nicht mehr zu sanieren

DIETHART GOOS, Bonn  
Führende DGB-Repräsentanten müssen die Verteidigungsstrategie über ihre Mitwirkung beim Niedergang der Neuen Heimat überdenken. Vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages verwies Rolf Freyberg, Vorstandsmitglied der DGB-Finanzholding BGAG, gestern auf die starke Position der Mitglieder seines Aufsichtsrats. Als Anteilseigner sitzen dort fast alle Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften.

DGB-Chef Ernst Breit und andere Gewerkschaftsführer hatten bei ihren Zeugenvernehmungen erklärt, sie seien im BGAG-Aufsichtsrat nur unzureichend über die Entwicklung der Neuen Heimat bis hin zum Verkauf an den Berliner Brotfabrikanten Schüssler informiert worden.

Freyberg, der nach dem spektakulären Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Alfons Lappas jetzt mit dem weiteren Vorstandsmittglied Manfred Wiesmeier das DGB-Finanzimperium leitet, sagte dagegen, der BGAG-Aufsichtsrat sei das entscheidende Gremium. Die Gewerkschaften als Anteilseigner hätten ihre Kompetenzen auf diesen Aufsichtsrat übertragen. Er habe mehr Befugnisse als alle anderen vergleichbaren Gremien. Seit Aufdeckung des Neue-Heimat-Skandals Anfang 1982 sei der Aufsichtsrat fortlaufend über die schwierige wirtschaftliche Lage des Wohnungskonzerns und die rapide Verschlechterung seiner Ertragslage unterrichtet worden.

In der Befragung durch den Aus-

schußvorsitzenden Heinz Günther Hirsch teilte Freyberg mit, die BGAG habe im August 1986 gegenüber den Gläubigerbanken der Neuen Heimat eine „Wertsicherungserklärung“ abgegeben, in der sich die Holding verpflichtet, dem angeschlagenen Wohnungskonzern noch in diesem Jahr 20 000 Wohnungen abzukaufen.

Freyberg bezifferte den Wert dieser Erklärung in einer „grobem Schätzung“ mit rund einer Milliarde Mark. Deren Zweck sei es gewesen, den Banken eine Tilgungsaussetzung „schmackhaft zu machen“. Freyberg erklärte, er habe schon Ende 1985



Das Vorstandsmitglied der BGAG, Rolf Freyberg, vor dem NH-Untersuchungsausschuß

eine Sanierung der Neuen Heimat nicht mehr für möglich gehalten.

Mühsam gestaltete sich die Vernehmung des Gewerkschaftsmanagers über die Verkaufsverhandlungen zwischen der BGAG und Schüssler. Etwa im November oder Dezember 1985 habe sich der mittelständische Unternehmer zunächst an die BG-Immobilien-Gesellschaft als Tochterfirma der BGAG gewandt und Interesse an der Übernahme von Wohnungen der Neuen Heimat in Berlin bekundet.

Freyberg vermochte gestern trotz zahlreicher Nachfragen nicht genau Auskunft zu geben, wann er über die Kontakte mit Schüssler unterrichtet worden ist. Er selbst führte am 30. April das erste Vier-Augen-Gespräch mit dem Kaufinteressenten und informierte seine beiden Vorstandskollegen Anfang Mai darüber. Im Laufe der folgenden Wochen hätten dann zahlreiche weitere Beratungen auf Expertenebene stattgefunden. Er habe sich dann im August wieder in die Verhandlungen eingeschaltet.

DGB-Chef Ernst Breit hatte ausgesagt, er habe erst am 28. August durch den damaligen BGAG-Chef Lappas vom beabsichtigten Verkauf der Neuen Heimat erfahren. Das sensationelle Geschäft wurde dann am 18. September getätigt. Nach der gestrigen Darstellung Freybergs wird es vermutlich zu einer dritten Zeugenvernehmung von DGB-Chef Breit im Untersuchungsausschuß kommen.

## Union hält SPD Widersprüche in Wehrpolitik vor

rnc, Bonn

Vor dem Hintergrund der Forderungen der SPD nach einer sogenannten „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ der Bundeswehr hat der Bundestag gestern Abend die für das kommende Jahr vorgesehenen Verteidigungsausgaben diskutiert.

Der Sicherheitsexperte der SPD, Erwin Horn, erklärte, eine Reform der Streitkräftestruktur müsse dem Ausbau der auf Stabilität gerichteten Fähigkeit zur Vorverteilung dienen und insbesondere Panzerabwehr, Sperrfähigkeit des Heeres und die Luftverteidigung verbessern.

Der Haushaltsexperte der CDU/CSU-Fraktion, Bernhard Friedmann, zitierte den SPD-Politiker Bahr mit seiner Bemerkung, eine verbesserte konventionelle Verteidigung sei teurer als die jetzige Abschreckungsstrategie. Andererseits erklärte aber der SPD-Kanzlerkandidat Rau, daß er den Anteil des Verteidigungshaushaltes auf den Stand von 1982 zurückführen und damit um 1,7 Milliarden Mark kürzen würde. Dieses passe nicht zusammen. Würde im übrigen die SPD mit den Grünen zusammengehen, würden deren „chaotische Vorstellungen“ auf dem Gebiet der Verteidigung die Politik einer SPD-Regierung mitprägen.

Für die FDP-Fraktion unterstrich die Abgeordnete Seiler-Albring, der für 1987 um eine knappe halbe Milliarde gekürzte Verteidigungsetat, der jetzt 50,8 Milliarden Mark umfasse, sei trotz der Reduzierungen geeignet, die Bundeswehr der Bedrohung durch den Warschauer Pakt entsprechend zu unterhalten und weiter auszurüsten. Die Steigerungsrate des Verteidigungshaushalts entspreche mit 1,9 Prozent genau der des gesamten Bundeshaushalts.

Trotz der Bekräftigung der SPD-Forderungen nach „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“ strich ihr Verteidigungsexperte Horn heraus, daß sich seine Fraktion unter anderem auch für die Beschaffung des MLRS-Raketenwerfers eingesetzt habe, der als Artilleriewaffe die Nachführung von Kräften beim Angreifen unterstützen solle. Horn bekräftigte, seine Partei wolle die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate rückgängig machen und mit einer Rüstungsklausur sowie der Einsetzung einer Wehrstrukturkommission eine Bestandsaufnahme der Bundeswehr vornehmen, falls sie die Regierungsverantwortung erhalte.

## Kühle Atmosphäre beim Koalitions-Gespräch

Kohl: „Kronzeugen“-Regelung nur bei Straffreiheit sinnvoll

DIETHART GOOS, Bonn

Die Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP hat endgültig auf eine Kronzeugenregelung als Mittel der Terroristenbekämpfung verzichtet. Darauf verständigten sich gestern Spitzenvertreter der Union und der Freien Demokraten in einem Koalitions-Gespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl. Dagegen soll das im Bundestag bereits eingebrachte Gesetzespaket mit Maßnahmen gegen politisch motivierte Gewalttaten unter Berücksichtigung kleiner redaktioneller Änderungen noch vor Weihnachten verabschiedet werden.

FDP-Chef und Wirtschaftsminister Martin Bangemann erläuterte in dem von Teilnehmern als kühl aber sachlich beschriebenen Gespräch die neue Ausgangslage nach dem Parteitag. Wie gemeldet, war in Mainz beschlossen worden, Mordern aus dem Terrorismusbereich entgegen der Koalitionsabsprache nur Strafmilderung statt Straffreiheit zuzubilligen, wenn sie sich als Kronzeugen zur Verfügung stellen. Bangemann und Fraktionschef Mischnick appellierten an die Union, diese Änderung mit zu übernehmen und damit die notwendigen Konsequenzen aus der Sachverständigenanhörung zu ziehen.

In seiner Eigenschaft als CDU-Vorsitzender widersprach Bundeskanzler Helmut Kohl diesem Ansinnen der Freien Demokraten. Eine Kronzeugenregelung sei nur dann sinnvoll und erfolgversprechend, wenn sich als Anreiz Straffreiheit biete. Die Union sei daher nicht zu den von der FDP gewünschten Änderungen bereit.

### Die FDP reagiert mit ausdrücklichem Bedauern

Mit ausdrücklichem Bedauern reagierten die Freien Demokraten auf diese Haltung der Union. Beide Seiten verständigten sich darauf, die Kronzeugenregelung nicht weiter zu verfolgen. Ob nach der Bundestagswahl das strittige Thema Kronzeuge bei Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition wieder aufgegriffen wird, war gestern nicht abzusehen.

Ohne auf die besonders von CSU-Seite am Verhalten der Freien Demokraten geübte Kritik direkt einzugehen, warnte FDP-Chef Bangemann in einer Erklärung nach dem Koalitions-

gespräch davor, „die Entschlossenheit des Rechtsstaates im Kampf gegen den Terrorismus in Frage zu stellen“. Es gehe daher nicht an, Nachdenklichkeit und Sorgfalt bei der Formulierung der Anti-Terrorismus-Gesetze als Wankelmütigkeit zu diffamieren. Bangemann: „Gesetzgeberische und praktische Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus eignen sich weder vordergründig noch hintergründig als Thema für wahlkampfbezogene Parteipolemik. Die FDP fordert sowohl die Union als auch die SPD auf, im gemeinsamen Kampf aller Demokraten gegen den Terrorismus zusammen zu halten.“

### Union: Wir wollen jetzt kein Öl ins Feuer gießen

Beton zurückhaltend äußerte sich die Union. Man habe nicht die Absicht, jetzt noch Öl ins Feuer zu gießen und die Kontroverse im Koalitionsrat zu vertiefen, hieß es bei der CDU/CSU.

In zwei Bereichen der verbliebenen Gesetzesmaßnahmen zur Terrorismusbekämpfung verständigten sich die Koalitionspartner auf redaktionelle Änderungen. Sie betreffen die erweiterte Kompetenz des Generalbundesanwalts. Damit wurden Vorbehalte Bayerns gegen Einengung der Länder-Kompetenzen berücksichtigt. Außerdem wurde eine gesetzliche Änderung bei der Aufzählung gemeingefährlicher Straftaten vorgenommen, die künftig unter Paragraph 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen) fallen.

Die jetzt gefundenen endgültigen Gesetzesformulierungen werden umgehend im Rechts- und Innenausschuß des Bundestages beraten und dann dem Plenum zur Schlussabstimmung vorgelegt. Die Opposition von SPD und Grünen hat bereits angekündigt, daß sie den Anti-Terrorismus-Gesetzen nicht zustimmen werden. Beide Oppositionsfaktionen sehen sich durch das überwiegend kritische bis ablehnende Votum der Experten bei einer Anhörung am 14. November im Rechtsausschuß des Bundestages in ihrer Haltung bestätigt. Wie gestern verlautete, plant die CDU/CSU nach der Bundestagswahl weitere Gesetzesinitiativen gegen die Gewaltkriminalität bei Großdemonstrationen.

## Löhne: BDI dämpft die Erwartungen

dpa, Saarbrücken

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Joachim Langmann, sieht für das nächste Jahr keine Chance für einen Lohnzuwachs wie 1988. Im Saarländischen Rundfunk sagte er gestern, in diesem Jahr habe ein Vorgriff stattgefunden, so daß der Zuwachs bei den kommenden Tarifverhandlungen deutlich niedriger liegen müsse. Die Forderung der Gewerkschaften nach einer 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich hält er für unrealistisch. Außer Zweifel steht für Langmann, daß sich der Aufschwung fortsetzen werde.

## Moskau bekämpft Drogen-Mißbrauch

AFP, Moskau

Eine „Koordinierungskommission“ für die Bekämpfung des Drogenmißbrauchs ist in Moskau unter dem Vorsitz von Generalstaatsanwalt Alexander Rekunow zusammengetreten. Die Kommission hat sich vor allem mit der Lage in Turkmenistan und Usbekistan befaßt. Von dort kommt ein Großteil des in der Sowjetunion hergestellten Opiums. Die Gründung der Kommission zeigt nach Ansicht von Beobachtern die Bedeutung, die die sowjetischen Behörden dem Drogenkonsum beimessen – ein Phänomen, das noch vor einem Jahr abgestritten wurde.

## Mauermord vor KSZE-Gremium

Co, Bonn

Der Bonner Delegationsleiter bei der Wiener KSZE-Folgekonferenz, Botschafter Eickhoff, hat die jüngsten Schüsse an der Berliner Mauer, durch die ein Flüchtling am Montag im Bezirk Frohnau ums Leben gekommen ist, scharf verurteilt.

Eickhoff nutzte am Dienstagmorgen gleich die erste Sitzung eines KSZE-Gremiums – der Arbeitsgruppe „Prinzipien“ – um darauf hinzuweisen, daß es den Geboten der Schlussakte von Helsinki widerspreche, wenn an den Grenzen zwischen West und Ost immer noch Gewalt ausgeübt werde.

## Lesetip der Woche

# Ghaddafis Bibel: „Für die ganze Welt“

Seit Jahren hält Oberst Muammar al-Ghaddafi die Welt in Atem. Er unterstützt Freiheitsbewegungen, aber auch Terroristen.

Sechs Monate nach dem amerikanischen Bombenangriff auf Tripolis sprachen ZEIT-Chefredakteur Theo Sommer und Jochen Steinmayr, Chef des ZEIT-magazins, im Wüstenzelt mit Oberst Ghaddafi.

Die Themen: sein Verhältnis zu Amerika, sein politisches System aus Basiskongressen und Geheimpolizei und die wirtschaftliche Misere des Landes, die ausstehenden Zahlungen an jene ausländischen Firmen, die mit Zehntausenden von Fremdarbeitern den Wüstenstaat modernisieren, seine „Dritte Universaltheorie“, mit der er die ganze Welt beglücken will.



In Ghaddafis Zelt. Im Hintergrund die Parole: „Macht, Besitz und Waffen in den Händen des Volkes.“

### Originalton Ghaddafi:

„Wenn Reagan gestorben wäre, wäre es besser für ihn gewesen.“

„Es war geplant, mich und meine Familie zu töten.“

„Die Explosion in der Berliner Diskothek La Belle –

ich weiß nicht, wer da einen Anschlag gegen wen ausgeführt hat. Wir haben nichts damit zu tun. Ich sehe darin einen Volksaufstand gegen die amerikanischen Besatzer.“

„Ich mache das dauernd: Ich studiere die Wirklichkeit.“

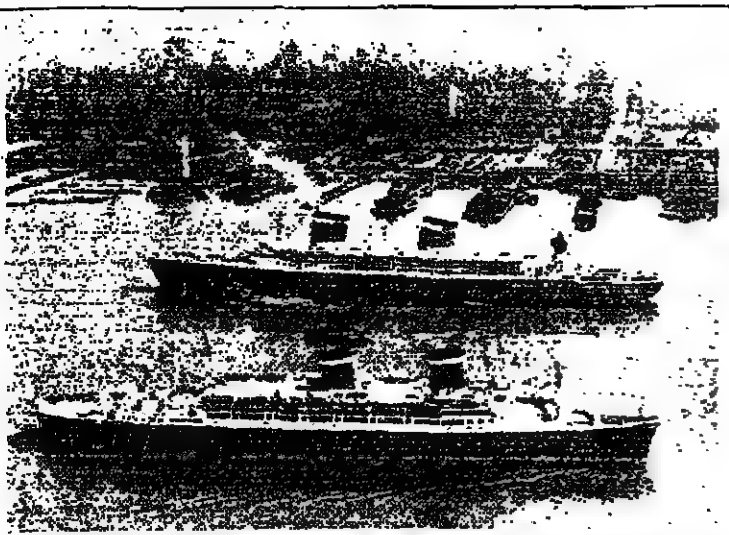
„Ich bin Prophet des Friedens und der Freiheit, auch Prophet einer neuen Ära, der Ära der Massen.“

Lesen Sie diese Woche in der ZEIT das Interview mit Muammar al-Ghaddafi und die wertenden Berichte der beiden ZEIT-Redakteure.

إلى جاد



Donnerstag, 27. November 1986  
Nr. 276



Die United States Lines in New York, in deren Besitz sich die hier abgebildeten Luxusliner United States und America befinden, streichen die Segel. Die zu den größten Containerschiffen zählenden US-Lines, einer der bedeutendsten Kunden der Bremerischen Häfen, sind zahlungsunfähig. Bisher belaufen sich die Verluste auf 237 Mill. Dollar. (S. 15) FOTO: DPA

## WELTWIRTSCHAFT

**EG:** Die EG-Finanzminister haben in Brüssel die Beratungen über den Haushalt 1987 wieder aufgenommen. Ein erster Entwurf sah Ausgaben von 35,94 Mrd. Ecu vor. Das Europaparlament erhöhte diesen Ansatz in erster Lesung auf 36,6 Mrd. Ecu.

**Steuerreform:** Auch die Japaner planen eine Vereinfachung ihres Systems. Wie in den USA ist eine Aufkommensneutralität vorgesehen. (S. 14)

**Frankreich:** Anfang nächsten Jahres wollen die Banken Scheck-

gebühren einführen. Zahlreiche Verbraucherverbände protestieren gegen dieses Vorhaben. (S. 14)

**Konzerne:** Unter den 100 umsatzstärksten europäischen Firmen befinden sich 29 deutsche Konzerne. Nach Angaben der „Financial Times“ rangiert die britisch-niederländische Royal Dutch/Shell-Gruppe mit 110 Mrd. Dollar Umsatz vor British Petroleum auf Platz eins. Auf Platz sieben steht Siemens. Volkswagen rückte vom 14. auf den zehnten und Daimler-Benz vom 15. auf den 11. Platz vor. (S. 14)

## FÜR DEN ANLEGER

|                                     |                |                       |               |             |
|-------------------------------------|----------------|-----------------------|---------------|-------------|
| <b>Welt-Aktien-Indizes:</b>         | <b>Gesamt:</b> | <b>Münch. Rück.</b>   | <b>2940,0</b> | <b>5,00</b> |
| 279,20 (279,87); Chemie: 161,54     |                | Hann. Papier          | 357,00        | 4,90        |
| (161,91); Elektro: 350,50 (352,30); |                | Henninger             | 152,00        | 4,83        |
| Auto: 734,84 (737,19); Maschinen-   |                | Diez                  | 170,80        | 4,79        |
| bau: 153,65 (152,15); Versorgung:   |                |                       |               |             |
| (158,22 (160,06); Banken: 416,18    |                | <b>Kursverlierer:</b> | <b>DM</b>     | <b>- %</b>  |
| (415,92); Warenhäuser: 183,98       |                | Veith Pirelli         | 858,00        | 4,67        |
| (194,84); Bauwirtschaft: 526,09     |                | KHD                   | 175,00        | 4,63        |
| (525,64); Konsumgüter: 187,73       |                | Lufthansa St.         | 167,00        | 4,57        |
| (185,66); Versicherung: 1396,61     |                | Überland Ufr.         | 298,00        | 4,87        |
| (1406,24); Stahl: 138,77 (138,27).  |                | Alcan                 | 61,00         | 3,79        |
|                                     |                | (Frankfurter Werte)   |               |             |
| <b>Kursgewinner:</b>                | <b>DM</b>      | <b>+</b>              |               |             |
| Daimler                             | 1327,5         | 8,01                  |               |             |

Nachbörse: Uneinheitlich

## UNTERNEHMEN & BRANCHEN

**Commerzbank:** Eine Dividenden-erhöhung von acht auf neun DM kündigt das Unternehmen an. (S. 15)

**Zusammenarbeit:** Die beiden größten deutschen Reedereien, die zum Oetker-Konzern gehören, die Hamburg-Süd und die Hapag-Lloyd haben eine weitgehende Zusammenarbeit beschlossen.

**Bertelsmann:** Die Verlagsgruppe hat ihren Umsatz um 1,2 Prozent erhöht. Wegen der Dollarschwäche sank der Auslandsumsatz um 3,5 Prozent, während das Inlandsgeschäft um 7,8 Prozent zunahm. (S. 15)

**Bandeskartellant:** Die Kraftwerk Union (KWU) kann die Exxon Nuclear übernehmen.

| Produkt                         | 25. 11. 86 | 24. 11. 86 | 1. 7. 86 | 1. 8. 85 | 1973  |
|---------------------------------|------------|------------|----------|----------|-------|
| <b>Superbenzin</b>              |            |            |          |          |       |
| 0,15 g Bleibehalt               | 150,00     | 151,50     | 165,00   | 288,00   | 97,00 |
| <b>Bleiböl (schweröl 5 % S)</b> | 59,50      | 73,00      | 51,00    | 129,00   | 29,00 |
| <b>Gesöl (Heizöl/Diesel)</b>    |            |            |          |          |       |
| 0,3 % S                         | 117,50     | 122,25     | 104,00   | 226,00   | 94,00 |

## MÄRKTE & POLITIK

**Arbeitsgericht:** Den Begriff „Gewerkschaften“ hat der 1. Senat in Kassel jetzt genau definiert. (S. 15)

**Banken:** Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, hat sich erneut dafür ausgesprochen, den Bankeneinfluss auf ein „erträgliches Maß“ zu reduzieren.

**Öl:** Trotz einer 3,9prozentigen Zunahme der Rohölimporte auf 56 Mill. Tonnen hat sich die Rechnung der Bundesrepublik in den ersten zehn Monaten auf 14,9 Mrd. DM mehr als halbiert.

**Ausgaben:** Der Planungsausschuß von Bund und Ländern hat

den Rahmenplan 1987 für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ Fördermittel von Bund und Ländern in Höhe von 2,44 Mrd. DM beschlossen.

**Investitionen:** Deutsche Unternehmen haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres nur zwanzig Investitionsprojekte (Vorjahr: 31 Projekte) in Großbritannien begonnen.

**Mittelstand:** Der industrielle Mittelstand verlangt für die nächste Legislaturperiode des Bundestages eine durchgreifende Reform der Unternehmenssteuer sowie einen systematischen Abbau von Subventionen.

## NAMEN



**DEHOGA:** Der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, Leo Imhoff (Foto rechts), wird morgen 65 Jahre. Imhoff steht dem Verband mit 200 000 Betrieben und 840 000 Mitarbeitern seit mehr als zwölf Jahren vor.

**Ruhrgas:** Vorstandsmitglied Christoph Brecht (Foto links) feiert heute seinen 65. Geburtstag. Seit 1959 ist er für die Ruhrgas AG tätig. 1982 übernahm er die Leitung aller technischen Ressorts.



**Allianz:** Der Aufsichtsrat hat den stellvertretenden Vorstandsmitglied Diethart Breipohl und Herbert Schmeier zu ordentlichen Vorständen ernannt. Heinz Prokop wird am 1. Januar 1987 in den Vorstand berufen.

**WER SAGT'S DENN?** Nur auf dem Boden ganz harter Arbeit bereitet sich normalerweise der Einfall vor. Max Weber

## Franke: Staatliche Programme am Arbeitsmarkt sind nur Strohfeuer

Präsident der Nürnberger Bundesanstalt bei der WELT: Schnelle Lösungen gibt es nicht

**THOMAS LINKE, Bonn**  
Einen Königsweg oder ein Patentrezept zum Abbau der Arbeitslosigkeit hatte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, bei seinem Besuch in der WELT-Redaktion nicht parat. Doch Schritte in die richtige Richtung gäbe es zu Hunderten. „Dazu gehören die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen der Arbeitsämter für über 460 000 Arbeitnehmer in diesem Jahr, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Vorruhestand usw.“

Die Zahl der Erwerbstätigen ist laut Gutachten der fünf Weisen von Ende 1983 bis Ende 1986 um rund 600 000 gestiegen. Franke teilt die Einschätzung des Sachverständigenrats, daß auch im kommenden Jahr mit mehr als 200 000 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen sein wird. Hoffnungen auf schnelle Lösungen für das Problem Arbeitslosigkeit wolle Franke jedoch nicht wecken: Eine Erwerbslosenzahl deutlich unter zwei Millionen lasse sich erst in den neunziger Jahren erreichen.

Von „künstlichen“, kreditfinanzierten Beschäftigungsprogrammen hält Franke überhaupt nichts: „Das entfacht nur Strohfeuer.“ Wirkungen hängen sei beispielsweise die von der Bundesregierung beschlossene Anhebung der Förderungssumme für die Städtebauförderung von 300 Millionen Mark auf über eine Milliarde Mark jährlich. „Ich hätte mir

allerdings gewünscht, daß die Mittel noch um eine weitere Milliarde Mark aufgestockt worden wären“, sparte CSU-Mitglied Franke auch nicht mit Kritik am Kohl-Kabinett.

„Natürlich weiß jeder, wo ich parteipolitisch herkomme, aber ich meine doch, daß ich mein Amt objektiv ausübe.“ An Versuche aus der Politik, diese Objektivität in die „richtige“ Richtung zu lenken, konnte sich der Nürnberger Präsident nicht erinnern. Auch Kritik am Vermittlungsmonopol seiner Mammuthbehörde läßt den gebürtigen Osnabrücker kalt. Er verweist auf den Gesetzgeber und die Problemfälle unter den Arbeitslosen: „Eine objektive Beratung und Vermittlung für alle ist nur möglich, wenn sie von neutraler Stelle vorgenommen wird.“ Private Vermittler würden sich nur auf die leicht vermittelbaren Stellensuchen stützen, um die eigenen Erträge zu sichern: „Wir brauchen keine privaten Vermittler oder eine wesentlich mobilere Bevölkerung, sondern schlicht zwei Millionen mehr Arbeitsplätze.“

Vorschlägen zu einem Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes, wie sie jetzt Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi vorgelegt hat, steht Franke skeptisch gegenüber: „Was wir jetzt an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fahren, halte ich für die Grenze.“ 113 000 Arbeitslose fanden in diesen Projekten im letzten Monat vorübergehend Beschäftigung. Gesamtkosten: Über drei Milliarden Mark im Jahr, von denen die

Bundesanstalt für Arbeit einen guten Teil einspart, weil sie den so Beschäftigten kein Arbeitslosengeld zahlen muß.

Über 50 Prozent der Teilnehmer können durch die in den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gewonnenen Zusatzqualifikationen einen Dauerarbeitsplatz finden. Franke: „Das ist sicher noch nicht voll befriedigend. Aber in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden vor allem Problemfälle untergebracht.“ Für nicht ganz ausreichend hält der Vater von sechs Kindern die Ausbildungs- und Weiterbildungsbemühungen der Wirtschaft, die in einer freien Gesellschaft das Ausbildungsmonopol habe. Wenn die Wirtschaft heute über Fachkräftemangel klagt, sei dies deshalb ein Güteleit Selbstkritik. „Dabei ist unser duales System der Berufsausbildung das Beste der Welt.“

Mehr als 91 000 Fälle von Leistungsmissbrauch zählte die Nürnberger Anstalt im letzten Jahr. „Durch einen Austausch von Daten mit der Krankenkasse kommt die Bundesanstalt jetzt schnell darauf, wenn jemand Arbeitslosengeld kassiert und trotzdem in einem Arbeitsverhältnis steht.“ Besonders schwierig ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung. Bis zu einer halben Million legaler Beschäftigungsverhältnisse büße unsere Volkswirtschaft dadurch ein, rechnete Franke vor. „Stoppen könnten sie dieses Problem auch in einem Polizeistaat nicht.“

## Ausland steigt in Festverzinsliche ein

Bundesbank: Die Preisstabilität hat für uns einen unverändert hohen Stellenwert

**INGE ADHAM, Frankfurt**  
Die deutliche Überschreitung des Geldmengenziels bietet derzeit keinen Anlaß zur Sorge, daß sie eine inflationäre Entwicklung auslösen könnte. Die Gelassenheit der Deutschen Bundesbank will Direktoriumsmitglied Prof. Claus Köhler aber auf keinen Fall in dieser Wachstums- und Preisstabilität gewertet wissen. Vor der Jahresversammlung des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunal-Kreditinstitute in Frankfurt bekräftigte er vielmehr den hohen Stellenwert, den die Bundesbank der Preisstabilität unverändert beimißt. Auch für das kommende Jahr erwartet Köhler inflationäres Wachstum, und zwar stärker, als soeben vom Sachverständigenrat prognostiziert.

Im Grundsatz begrüßt wurde von Köhler die wachsende Internationalisierung der Kapitalmärkte. Eine enge Kapitalverflechtung wirke auch als Bremse gegen protektionistische Maßnahmen. Weniger glücklich ist die Bundesbank aber offensichtlich mit einem Teil der neuen Finanzierungsinstrumente, die diese Internationalisierung vorantreiben. Die Banken könnten sich dieser Entwicklung nicht verschließen, räumt Köhler ein, allerdings sollte jede Bank sorgfältig überlegen, wie weit sie mitgehen könne.

Zuvor hatte Ludwig Schork, der Vorsitzende des Gemeinschaftsdienstes, daran erinnert, daß allen Äußerungen von Kapitalmarktexperten zum Trotz das Anlegerpublikum offenbar nicht davon überzeugt ist, daß der seit etwa einem halben Jahr leicht steigende Zinstrend wieder umkeh-

ren könnte. Besonders die privaten Anleger seien verunsichert und warteten ab. Der gesamte Ertragsabsatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen einschließlich Namenspapiere blieb in den ersten neun Monaten dieses Jahres mit 104 Milliarden Mark um 3,4 Prozent unter dem Vorjahresstand. Die privaten Haushalte haben sich dabei mit etwa einem Drittel weniger Käufen von Festverzinslichen als im Jahr zuvor am stärksten zurückgehalten.

Künftig gestiegen ist dagegen das Engagement der Ausländer: Sie erwarben mit 2,3 Mrd. DM von Januar bis September mehr als doppelt so viele Pfandbriefe und Kommunalobligationen wie im Jahr zuvor. Die Ralkreditinstitute wollen dieses Interesse wachhalten und sich stärker im Ausland präsentieren.

## AUF EIN WORT



„Kritische Wissenschaffler sind so kritisch, wie Volksdemokraten demokratisch sind.“  
Dr. Dietrich Schwarz, Hauptabteilungsleiter der VEW Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund. FOTO: DIE WELT

## Mit dem Dollar schwächten sich Pfund und Yen ab

ed Frankfurt

Der Dollar, der schon am Dienstag nachmittag die Marke von zwei Mark unterschritten hatte, weil der sechsprozentige Rückgang der Gebrauchsgüterbestellungen in den USA an den internationalen Devisenmärkten verstimmt, bröckelte gestern zunächst weiter auf 1,9840 DM ab, als noch Stop-Loss-Aufträge zum Zuge kamen, mit denen sich Dollarbesitzer gegen einen weiteren Kursrückgang sichern wollten. Nach der amtlichen Notierung mit 1,9881 (2,0088) DM lebte die Nachfrage wieder auf, die am frühen Nachmittag für eine Erholung auf 1,9960 DM sorgte. Sie wurde dadurch ausgelöst, daß das US-Außenhandelsdefizit im Oktober mit zwölf Mrd. Dollar geringer ausfiel als erwartet (14 Mrd.).

Ein Wermutstropfen war die Korrektur des September-Defizits von 12,6 auf 14,7 Mrd. Dollar. Mit dem Dollar schwächten sich auch die meisten anderen Währungen ab, der Yen von 1,2280 auf 1,2245 DM infolge des US-japanischen Kursstützungsabkommens und das Pfund. Fester tendierten Schweizer Franken.

## Commerzbank: Investitionswelle läuft 1988 aus

H. W. Frankfurt

Das Sozialprodukt der Bundesrepublik wird 1987 mit drei Prozent ähnlich stark wachsen wie im laufenden Jahr. 1988 allerdings, so prognostizierte Walter Seipp, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank, vor Journalisten in Frankfurt, drohe eine Abschwächung der Konjunktur, da dann die Investitionswelle auslaufe. Die von Bundesfinanzminister Stoltenberg gezeigte Bereitschaft, gegenüber den Ursprungsplänen bei den für 1988 zu erwartenden Steuererleichterungen „noch etwas zuzulegen“, könne deshalb nur begrüßt werden.

Daß die Bundesrepublik im Kreise der Industrieländer gegenwärtig die „beste Figur macht“, führt Seipp vor allem auf zwei Faktoren zurück: Die wieder zunehmende Innovationsleistung der Industrie und der Dienstleistungswirtschaft einerseits und die gesunde Finanzpolitik der Bundesregierung andererseits. Dies habe schließlich auch dazu geführt, daß die Reallohnkomponente der Lohn- und Gehaltsempfänger relativ stärker gestiegen seien als in den vorausgegangenen 15 Jahren.

## Der Samstag darf nicht tabu sein

Gesamtmetall will mit einer Broschüre zur Arbeits-Flexibilität aufklären

**THOMAS LINKE, Bonn**  
Wenn sich bei einer 38,5-Stunden-Woche und einer täglichen Regelarbeitszeit von 7,7 Stunden Arbeitszeit und Betriebszeit decken, werden die Anlagen aufs Jahr gerechnet nur zu etwa 17 Prozent genutzt. Rund 83 Prozent des Kapitaldienstes sind nicht abgedeckt. Das ist dem Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und den dort angeschlossenen Unternehmen zu wenig.

Lösung: Arbeits- und Betriebszeit müssen entkoppelt werden, um die Nutzungsquote der Anlagen zu erhöhen. Nur so kann nach Meinung von Gesamtmetall auch dem immer stärker werdenden Druck im internationalen Wettbewerb entgegengetreten werden, der bei Nichtbehalten von Lieferterminen zu astronomischen Konventionstrafen geführt hat. Zudem hätten die 1984 abgeschlossenen Manteltarifverträge – „Leber-Kompromiß“ – die

Betriebe gezwungen, die Kosten der Arbeitszeitverkürzung durch verstärkte Anstrengungen zur besseren Nutzung der verbleibenden Arbeitszeiten wenigstens teilweise aufzufangen.

Doch nicht nur Gewerkschaften sind schwerfällige, wenn es um die Einführung von „Flexi“ geht. Auch die Unternehmen – insbesondere Klein- und Mittelbetriebe – reagieren oft noch mit Unverständnis und Umsetzungs-schwierigkeiten auf die Verbandsforderungen nach Einführung flexibler Arbeitszeiten. Das soll anders werden. Rat und Hilfe soll die neue Flexi-Broschüre „Arbeitszeit, Betriebszeit, Freizeit“ bringen, die der Arbeitgeberverband Gesamtmetall jetzt herausgegeben hat. Die Broschüre ist für die betriebliche Praxis bestimmt und von Praktikern geschrieben. Ein Autor, Günter Bittelmeyer, ist Personal-Hauptabteilungsleiter bei MTU in Friedrichshafen.

„Wir sind überzeugt, daß die Arbeitszeitgestaltung in den nächsten Jahren zu einer Überlebensfrage wird“, erklärte der Leiter der tarifpolitischen Abteilung bei Gesamtmetall Friedrich Wilhelm Siebel bei der Vorstellung der Broschüre in Köln. Arbeitszeit, Betriebszeit und Freizeit lassen sich dank der neuen Techniken entkoppeln. Siebel: „Es kommt nun darauf an, für alle ein ausgewogenes Verhältnis zu finden.“

Dabei darf auch der Samstag nicht tabu bleiben, „wenn wir ihn auch nicht flächendeckend als Arbeitstag wollen“, erklärte Bittelmeyer. Der Sonntag bleibt auch für Gesamtmetall heilig.

Von neuen Tarifverträgen erhofft sich Bittelmeyer insbesondere eine Verlängerung der Ausgleichszeiträume für Mehrarbeit auf ein Jahr: „Damit können wir leben, wenn große Unternehmen auch sicher noch längere Fristen bräuchten.“

## Bonn steht voll zu seinen Verpflichtungen bei Saarstahl

Darüber hinaus ist die Saarland-Regierung in der Pflicht

HH/DW, Bonn

Die Bundesregierung hat keine Pläne für Zechenstillegungen, erklärte Kanzleramtsminister Schäuble dem saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine Mittwochabend bei einem Gespräch. Aus Gründen der Arbeitsplatzhaltung würde es die Bundesregierung begrüßen, wenn bei den Saarbergwerken alle Grubenstandorte erhalten blieben.

Zu Saarstahl Völklingen (früher Arbed-Saarstahl) betonte Schäuble, die Bundesregierung habe im März dem Sanierungskonzept Lafontaines in der Erwartung zugestimmt, daß die Regierung des Saarlands dies nunmehr in eigener Verantwortung durchführen. Dazu leiste der Bund mit der Entschuldung des Unternehmens von bundesverbürgten Krediten in Höhe von 705 Millionen Mark „einen ganz erheblichen Beitrag“. Der Bund

habe bereits rund eine Milliarde Mark Zuschüsse bewilligt und trage nun den Schuldendienst für die 705 Millionen bundesverbürgte Kredite.

Auch stehe der Bund voll zu seinen Verpflichtungen, die er im Rahmen des EGKS-Vertrags bei den Sozialleistungen übernommen habe (je zur Hälfte Bund und EG-Kommission). Seit dem 1. Januar seien Betriebsbeihilfen nach dem EG-Subventionskodex nicht mehr zulässig.

Lafontaine hält hingegen neue Subventionen für erforderlich. Der Bund solle Anpassungshilfen zur finanziellen Ansicherung des notwendig werdenden Personalabbaus geben. Er bezifferte den neuen Sozialplan auf über 200 Millionen Mark. Als Folge des Preisverfalls auf den Stahlmärkten müsse der Personalstand von jetzt 12 000 auf etwas mehr als 9000 verringert werden.

## Polnisches Desaster

Mk. - Noch wird auch in Bankenkreisen darüber spekuliert, was

der polnische Finanzminister Samojlik mit seiner Ankündigung gemeint haben mag, sein Land werde in diesem Jahr seinen Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern nicht nachkommen. Ob er damit nur Bekanntes noch einmal wiederholt hat, nämlich den Umstand, daß Polen bereits seit Monaten seine Zinsen und Tilgungen für öffentlich-verbürgte Kredite nicht so (häufig sogar überhaupt nicht) zahlt, wie es bei den Umschuldungen vereinbart worden war; oder ob er tatsächlich etwas Neues verkündet hat, nämlich auch die Einstellung der Zinszahlungen für Bankkredite.

Fest steht: Die polnischen Pro-

bleme werden immer größer. Die Verschuldung im Westen lag zur Jahresmitte bei 31,3 Milliarden Dollar. Ende nächsten Jahres könnten es bereits 35 Milliarden sein. Gleichzeitig läuft der Westexport nicht so wie erhofft.

Die Preise für Kohle, Kupfer und Schwefel stehen unter Druck. Und ein Ausweichen auf Fertigzeugnisse scheitert daran, daß die Mittel zum Aufbau solcher Produktionen fehlen. Eine verhängnisvolle Spirale nach unten. Der Handel lahm.

Die Bundesregierung wollte im Frühjahr helfen, indem sie 100 Millionen Mark für kleinere Projekte verbürgte, um den Polen notwendige Importe zu ermöglichen. Nur 13 Millionen wurden abgeschrieben, nicht weil es an Vorhaben fehlte, sondern weil Warschau den Verpflichtungen nicht nachkam und so die Notbremse gezogen wurde. Ein weiteres Zeichen für das polnische Desaster.

## Boesky und die Folgen

Von GERD BRÜGGEMANN, Washington

Seit dem vergangenen Freitag steht die amerikanische Öffentlichkeit vor der Frage, ob der Insiderkandal um den bekannten Finanzmann Ivan Boesky ein Einzelfall ist, oder ob hier das Teufelskreis einer Verschönerung sichtbar wird, zu der sich Finanziers, Spekulanten und Investmentbanken zusammengetan haben, um Aktienkurse zu manipulieren. Sollte sich ein solcher Beweis erbringen lassen, würde das schwerwiegende Folgen für die amerikanische Wirtschaft haben, die in ganz anderem Maße als ihre Wettbewerber in Europa und Asien auf einen funktions- und leistungsfähigen Kapitalmarkt angewiesen ist. Ohne das Vertrauen von

überprüft werden sollten. Der Fall Boesky entstand nicht, weil die Gesetzgebung nicht gut wäre, sondern weil er ein Schurke und ein Dieb ist. Finanzminister James A. Baker erklärte denn auch ziemlich lahm, er wolle eine Untersuchung veranlassen. Deutlicher wurden die oppositionellen Demokraten, die nach den Wahlen vor drei Wochen über Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses verfügen. Sie möchten die einschlägigen Gesetze in der Weise ändern, daß Übernahmestrukturen wie die, bei denen Boesky aufgrund von Insiderinformationen seine hohen illegalen Gewinne machte, zumindest sehr erschwert werden.

Die demokratischen Senatoren und Abgeordneten haben für ihre Pläne einen Bündnispartner gewonnen, mit dem sie sonst nicht direkt zu tun haben wollen: Big Business.

General-Motors-Chef Roger B. Smith spricht sich für die Mehrzahl seiner Managerkollegen, die heimlich Aktien eines Unternehmens aufkaufen, um es mit geringen Eigenmitteln dann zu übernehmen, oder aber sich die zusammengekauften Pakete mit hohem Gewinn von den Unternehmern abkaufen zu lassen, sagt: „Sie zerstören Vermögen, vernichten Arbeitsplätze und sie ruinieren Gemeinden.“

Diese Aussage beschreibt allerdings nur einen Teil der Wirklichkeit. Der andere Teil besteht darin, daß die Übernahmestrukturen oft nur dadurch möglich waren und sind, daß Mißmanagementunternehmen Ziele für solche Übernahmestrukturen werden.

Gegen die gesetzgeberischen Pläne der Demokraten richtete sich denn auch sehr schnell Widerstand. Niemand liebt die Übernahmestrukturen, aber ihnen wird eine wichtige Funktion in der amerikanischen Wirtschaft zuerkannt: Sie erzeugen Druck auf das Management, die Unternehmen in Form zu bringen oder zu halten.

Tatsächlich war der Fall ja nur möglich, weil Boesky davon überzeugt war, nicht ertrapt zu werden. Das Gebot muß deswegen erlauten, die Überwachung der Märkte so zu gestalten, daß potentielle Übeltäter aus Furcht, erwischt zu werden, von ihren Plänen ablassen. Insofern hätte der Fall Boesky, wenn er ausgestanden ist, für die amerikanischen Börsen neben einer trüben auch eine gute Seite: Er zeigt, daß die Börsenaufsicht manchmal eben doch funktioniert.



## Weichen für die Uruguay-Runde werden gestellt

Zs. Genf

Die Vorbereitungen für die im September in Punta del Este beschlossene neue Welthandelsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sind in die entscheidende Phase eingetreten. Mit diesen letzten Vorbereitungen werden gewissermaßen die Weichen für die Anfang 1987 beginnenden eigentlichen Verhandlungen gestellt. Zu diesem Zweck ist ein „Ausschuß für Handelsverhandlungen“ (TNC) beauftragt worden, bis zum 19. Dezember ein Gesamtpaket für Struktur und zeitlichen Ablauf der „Uruguay-Runde“ vorzulegen. Den ministeriellen Sitzungen dieses Organs in Genf präsidiert der uruguayische Außenminister Enrique Iglesias, alle anderen Sitzungen leitet GATT-Generalsekretär Arthur Dunkel. Gleichzeitig arbeiten zwei Unterausschüsse, in der einen Gruppe werden die Probleme des Warenverkehrs und die traditionellen Handelshindernisse behandelt, einschließlich Agrarsektoren, in der anderen die neuen Verhandlungsbereiche im Dienstleistungsbereich.

Eine Zweitteilung der Vorgespräche war nötig geworden, weil eine kleine von Brasilien und Indien geführte Ländergruppe der vor allem von den Amerikanern verlangten raschen Liberalisierung im internationalen Dienstleistungsverkehr mit Vorbehalten begegnet. Allerdings scheinen sich die Positionen hier allmählich anzunähern.

Von ebenso großer Bedeutung aber sind die Vorgespräche über die Mechanismen, die geschaffen werden müssen, um den Protektionismus zum Stillstand zu bringen und GATT-widrige Restriktionen abzubauen. In der Sprache der Experten geht es um den sogenannten „stand still“ und den „roll back“. Im Hause des GATT gilt eine verbindliche Regelung des „stand still“, auf die vor allem die Entwicklungsländer dringen, als „vitaler Bestandteil“ des Verhandlungspakets. Die Frage des „roll back“ könne später geregelt werden.

## Die Japaner planen eine umfangreiche Steuerreform

Weniger Stufen sollen das System vereinfachen - Kosten werden voraussichtlich durch indirekte Abgabe ausgeglichen

FRED de LA TROBE, Tokio  
Der umfassendste Plan für eine Steuerreform seit 1950 ist von einem Ausschuss der japanischen Regierung ausgearbeitet und von einem Beirat der regierenden Liberaldemokratischen Partei beauftragt worden. Kernstück der Änderungen soll eine erhebliche Tarifierkung bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer sein. Der zu erwartende Aufkommensausfall soll durch eine Mehrwert- und Kapitalertragssteuer sowie durch Fortfall der Vergünstigungen beim Sparen ausgeglichen werden.

Die Ermäßigung der Einkommen- und der von ihr abhängigen Einwohnersteuer wird nach dem Plan 3,8 Milliarden Mark ausmachen. Gleichzeitig wird der Spitzensteuersatz von 70 auf 50 Prozent vermindert. Künftig soll Steuer nur noch sechs statt bisher 15 Steuerklassen geben. Eine spürbare Entlastung soll es für die Berufstätigen im mittleren Progressionsbereich geben.

doch kommt die Verringerung der Steuerquote bei dieser Gruppe nur auf etwa 15 Prozent. Bei einem Jahreseinkommen bis zu 62 500 Mark wird der Steuersatz 15 Prozent betragen und bei einem Einkommen bis 87 500 Mark 20 Prozent. Die Körperschaftsteuer wird nach dem Plan von bisher 52,9 auf 50 Prozent verringert. Das kommt einem jährlichen Aufkommensausfall von 22,5 Milliarden Mark gleich.

Der Plan sieht auch die Einführung einer indirekten Steuer vor, wobei noch nicht entschieden ist, ob es sich um einen Tarif auf den Umsatz der Produzenten, auf den Umsatz des Handels oder um eine leicht abgewandelte Mehrwertsteuer nach deutschem Vorbild handeln wird. Nach den bisherigen Plänen hat eine fünfprozentige Mehrwertsteuer die besten Aussichten. Von ihr ausgenommen werden sollen Kleinunternehmen mit Jahresumsätzen von weniger als 650 000 Mark, Nahrungsmittel, Kosten für Heilbehandlung, Ausbildung und Kapitaltransaktionen. Abgeschafft werden soll die Steuerbefreiung für kleine Sparguthaben. Zinsen und Dividenden sollen mit einer Kapitalertragssteuer von 20 Prozent belegt werden. Die Absetzmöglichkeiten bei freien Berufen sollen eingeschränkt werden.

Während des Wahlkampfes im Sommer dieses Jahres hatte Ministerpräsident Nakasone versprochen, daß die von seiner Regierung beabsichtigte Steuerreform keine hohe Belastung durch eine Mehrwertsteuer bringen würde. Nakasone hat vor wenigen Tagen betont, daß er in der Frage der Mehrwertsteuer eine flexible Haltung einnehme. Eine Mehrwertsteuer würde fünf Prozent darüber nicht übersteigen.

Japanische Sachverständige rechnen damit, daß die Auswirkungen der Steuerreform auf die Wirtschaft gering sein werden. Die Belastung für Berufstätige im Alter zwischen 40 und 60 Jahren werde künftig etwas geringer, für Jüngere etwas höher sein. Die hohe Staatsverschuldung von gegenwärtig 1,7 Billionen Mark werde auf die Dauer etwas vermindert und die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden können.

Über die Frage der indirekten Steuer wird in den nächsten Tagen eine Entscheidung des liberaldemokratischen Steuerbeirats erwartet. Das Reformprogramm werde dann als Regierungsvorlage voraussichtlich Anfang nächsten Jahres im Parlament eingebracht werden. Da jedoch nicht allein die Oppositionsparteien, sondern auch Teile der Regierungspartei gegen die Einführung der indirekten Steuer und die Abschaffung der Steuerbefreiung für kleinere Sparbeträge sind, gilt es noch nicht als sicher, daß die Tarifreform Gesetz wird. (SAD)

## EG pocht auf Energiesparen

„Niedrige Ölpreise haben die Verwundbarkeit erhöht“

Ha. Brüssel  
Wirtschaft und private Verbraucher dürfen in ihren Bemühungen um eine rationelle Energieverwendung nicht nachlassen. Dies hat der EG-Ministerrat gestern in Brüssel betont. Eine sparsame Energienutzung erhöhe die Versorgungssicherheit, verbessere die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen und wirke sich günstig auf die Umwelt aus, heißt es in der von den Fachministern verabschiedeten Erklärung. Daraus folge die Notwendigkeit, die bisherigen Anstrengungen eventuell noch zu verstärken.

Der Aussprache lag ein Bericht der EG-Kommission zugrunde. Danach haben die niedrigen Erdölpreise die „Verwundbarkeit“ der Gemeinschaft im Energiebereich wieder erhöht. Nach Schätzungen der Brüsseler Experten könnten sich die Netto-Erdölimporte der EG bis 1995 auf 37 Prozent des gesamten Energiebedarfs erhöhen.

Der Rat bekräftigte die Notwendigkeit, die Untersuchungen über Einsparungsmöglichkeiten fortzusetzen.

Ansatzpunkte für eine rationelle Energienutzung bildet vor allem der Verkehr. Er hatte als einziger in den vergangenen zehn Jahren einen steigenden Energieverbrauch zu verzeichnen. Zwischen 1973 und 1984 nahm der Energiebedarf im Transportbereich um mehr als 25 Prozent zu. Die Hälfte des Verbrauchs entfällt heute auf Erdöl, verglichen mit einem Drittel im Jahre 1973.

Der Rat bekräftigte die Notwendigkeit, die Untersuchungen über Einsparungsmöglichkeiten fortzusetzen.

## Franzosen reagieren empört

Banken wollen ab Anfang nächsten Jahres Gebühren nehmen

J.Sch. Paris

Die von den französischen Banken zum Jahresende angekündigte Einführung des gebührenpflichtigen Schecks stößt bei der Bevölkerung auf zunehmenden Widerstand. Bisher haben 18 Verbraucherverbände ihre Mitglieder zur Auflösung ihrer Kontokorrentkonten und zu anderen Boykottmaßnahmen aufgefordert, zum Beispiel die Streichung der in die Schecks eingetragenen EDV-Referenzen. Außerdem wollen sie die Banken vor den Wettbewerbsbehörden wegen illegaler Kartellabsprachen verklagen.

Von solchen Absprachen könne jedoch keine Rede sein, behaupten die Banken. Sie räumen zwar ein, daß sie bei Bearbeitungskosten von durchschnittlich drei Franc je Scheck harmonisierte Kommissionen von zwei bis 2,50 Franc und außerdem eine Kontoführungsgebühr von 20 bis 30

Franc pro Quartal berechnen wollen. Bei den „Gegenleistungen“ würden sie sich aber heftige Konkurrenz machen, insbesondere was die Zahl der freien Schecks in Bezug auf den Monatsdurchschnittlichen Kontostand betrifft. (An eine Verzinsung der Scheckeinlagen ist allerdings nicht gedacht.)

Die scharfen Proteste, denen sich auch die Gewerkschaften angeschlossen haben, erklären sich daraus, daß der Scheckverkehr in Frankreich eine sehr große Rolle spielt. Im vergangenen Jahr wurden 4,5 Milliarden Schecks allein von Privaten ausgestellt. Insgesamt 94 Prozent aller Haushalte unterhalten insgesamt 48,2 Millionen Kontokorrentkonten. Dank der neuen Kommissionen würden die Banken nach Schätzung des Finanzministeriums zwischen 3,8 und 12,8 Milliarden Franc Mehreinnahmen im Jahr verbuchen.

## PERSONALIEN

Dr. Rainer Simon (36), Mitglied der Geschäftsführung der Vergöts GmbH, Bad Nauheim, Tochtergesellschaft der Continental-Gummi-Werke AG, ist mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum Sprecher der Geschäftsführung ernannt worden. Er ist Nachfolger von Wilhelm P. Winterstein (56), der zum Leiter Konzernlogistik Reifen in Hannover berufen wurde.

Heribert Nees-Reich (38), wurde als Nachfolger von Dr. Gernot H. Schäfer Geschäftsführer der Werner & Pfleiderer GmbH, Stuttgart.

Günther Lauff, Mitinhaber des Hauses Rabenhorst, Unkel/Rhein, feiert am 28. November seinen 85. Geburtstag.

Josef Vennemann ist per 1. Januar 1987 zum Vorstandsmitglied der Überlandwerk Nord-Hannover AG, Bremen, ernannt worden. Er ist Nachfolger von Dr. Horst Lennert, der in den Vorstand der Preußenelektrik AG, Hannover, eintritt.

## Siemens in Europa auf Rang sieben

dpa/VWD, London

Die britische Wirtschaftszeitung „Financial Times“ hat gestern eine Liste der 100 umsatzstärksten europäischen Firmen veröffentlicht. Unter ihnen sind 29 deutsche Konzerne. Die Spitzenposition hält die britisch-niederländische Royal Dutch/Shell-Gesellschaft mit einem Umsatz von 110 Mrd. Dollar.

Siemens rangiert als größtes deutsches Unternehmen mit einem Umsatz von 24,5 Mrd. Dollar auf dem sechsten Rang (Vorjahr: Rang 13). Volkswagen rückte vom 14. auf den zehnten und Daimler-Benz vom 15. auf den 11. Platz der „Financial Times“-Liste vor. Die Karstadt-Gruppe ist mit einem Umsatz von 4,8 Mrd. Dollar auf dem 95. Platz zu finden. Einer der Gründe für das Vordringen der deutschen Gesellschaften ist der starke Wertverlust des Dollars gegenüber der D-Mark während der letzten zwölf Monate.

## EG will Zollpolitik ändern

Bevorzugung der Schwellenländer wird abgebaut

Ha. Brüssel

Krach mit den Golfstaaten droht die Entscheidung des EG-Ministerrates heraufzubeschwören, die zollbegünstigte Einfuhr von einer Reihe von Mineralerzeugnissen aus Entwicklungsländern zu kontingentieren. Allerdings könnte dieser Beschluss auch dazu beitragen, die seit einiger Zeit festgefahrene Verhandlung über ein Kooperationsabkommen der Gemeinschaft mit der Golfregion wieder in Gang zu bringen.

Die Kontingents-Regelung wurde im Rahmen des Systems Allgemeiner Zollpräferenzen der Gemeinschaft vereinbart, das jedes Jahr vom Rat angepasst wird. Um den wirklich bedürftigen Ländern bei der Entwicklung einer eigenen Industrie zu helfen, verfolgt die EG-Kommission das Ziel, zu deren Gunsten gewisse Vorzugszölle für die „Schwellenländer“ einzuschränken.

Die EG-Regierungen sind ihr dabei bisher nur teilweise gefolgt. Immerhin einigen sich die Außenminister darauf, an die Stelle der bisherigen Einfuhrkontingente für sensible Raffinerieerzeugnisse vom 1. Januar an feste Kontingente zu setzen. Bislang wurden die zollbegünstigten Importe erst dann (durch die Einführung des „normalen“ Außenzolls) gestoppt, wenn sich die Kommission mit Rücksicht auf den EG-Markt zu dieser Maßnahme entschloß. Künftig tritt die Zollerhöhung automatisch ein, doch wird in Brüssel versichert, daß die Kontingente so großzügig bemessen sind, daß es de facto zu keiner Beschränkung der bisherigen Importe kommen dürfte.

Im Gegenzug zu Einfuhrerleichterungen für Erzeugnisse aus anderen Ländern hat die EG für elf Produkte Hongkongs und Südkoreas die Zollfreiheit aufgehoben.

## WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

### Verfahren gegen NUR

Berlin (dpa/VWD) - Das Bundeskartellamt, Berlin, hat gegen die NUR Touristik GmbH, Frankfurt, eine Tochter des Karstadt-Konzerns, ein Kartellverfahren eingeleitet. Die Wettbewerbsbehörden sehen in der Aufzählung von NUR an die Reisebüro, ihre Geschäftsbeziehungen zur Kaufhaus-Tochter ITS International Touristik Service Länderreisendienst GmbH KG, Köln, zu beenden, einen möglichen Verstoß gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

### Änderung im Aufsichtsrat

Gelsenkirchen (dpa/VWD) - Die veränderten Besitzverhältnisse bei dem Hausgeräte- und Großküchenhersteller Küppersbusch AG, Gelsenkirchen, kommen jetzt auch im Aufsichtsrat zum Ausdruck. Eine außerordentliche Hauptversammlung wählte Anfang dieser Woche drei der vier Kapitalvertreter neu in das Gremium: den Unternehmensberater Albrecht Baunach, den Rechtsanwalt und Steuerberater Peter Goetze und den Rechtsanwalt Gert Krüger.

### Umsatzrückgang

Vevey (dpa/VWD) - Das größte Unternehmen der Schweiz, der Nahrungsmittelkonzern Nestlé, erwartet in diesem Jahr aufgrund der Dollar-schwäche einen Rückgang des konsolidierten Umsatzes um zehn Prozent auf 38 Mrd. Schweizer Franken, gleichzeitig aber einen „etwas höheren Reingewinn“.

### NMB-Optionsanleihe

Hamburg (DW) - Die Niederländische Middenstandsbank (NMB-Bank) Frankfurt (ed.) - Die Niederländische Middenstandsbank (NMB-Bank)

will über ein von der BHF-Bank geführtes Konsortium eine siebenjährige 2,25prozentige Optionsanleihe über 150 Mill. DM zu pari begeben. Zu jedem Anleihestück gehören zwei Optionsscheine, die vom 22. Dezember '87 bis zum 22. Dezember '93 zum Bezug von zusammen fünf NMB-Stammaktien zum Kurs von 200 hlfje Aktie berechnen. Der letzte NMB-Kurs lag bei 208 hlf.

### Goldimporte gestiegen

Tokio (VWD) - Deutlich zugenommen haben die Goldimporte Japans in diesem Jahr. Wie aus Angaben des Finanzministeriums hervorgeht, erreichten sie in den ersten zehn Monaten 557,3 Tonnen nach 145,6 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Hauptlieferanten waren Großbritannien und die USA. Indonesien hat jetzt angekündigt, daß es seine Goldproduktion in den nächsten fünf Jahren von drei auf sechs Tonnen verdoppeln will. Schürfkonzessionen werden vergeben.

### Fiat bestätigt

Rom (VWD) - Fiat S. p. A. hat jetzt bestätigt, daß sie mit Warschau Verhandlungen über eine Restrukturierung der polnischen Automobilindustrie führt. Ein Fiat-Sprecher erklärte, man spreche über eine „recht große Transaktion“, nannte jedoch keine Details. Die italienischen Medien hatten berichtet, Fiat stünde kurz vor einem Vertrag mit der polnischen Regierung.

### Schwarzkopf gestorben

Hamburg (DW) - Kurt Schwarzkopf, Aufsichtsratsvorsitzender der Hans Schwarzkopf GmbH, Hamburg,

ist im Alter von 81 Jahren verstorben. Er war einer der drei Söhne des Firmengründers Hans Schwarzkopf, der 1898 in Berlin den Grundstein für das heute führende Unternehmen der Haar- und Körperpflege legte. Kurt Schwarzkopf war maßgeblich an bahnbrechenden Erfindungen der modernen Haarkosmetik und am Wiederaufbau des Unternehmens nach der Zerstörung des Berliner Stammwerks im Zweiten Weltkrieg beteiligt. Sein Wirken fand öffentliche Anerkennung durch die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

### Jetzt keine Gesetze

Washington (gb) - Neue handelspolitische Gesetze sollen in den Vereinigten Staaten erst dann erlassen werden, wenn das US-Handelsdefizit, das in diesem Jahr etwa 170 Mrd. Dollar erreichte, unter 100 Mrd. Dollar fallen wird. Erst dann gebe es Spielraum für neue Aktivitäten. Wesentliche handelspolitische Streitigkeiten sollten aus dem Handelsministerium ausgelagert und dem Handelsbeauftragten des Präsidenten übertragen werden. Das sind die Folgerungen einer Untersuchung, die jetzt unter dem Titel „Amerikanische Handelspolitik: Ein System unter Stress“ im International Economic Institute vorgestellt wurden.

### Nur leichter Preisanstieg

Washington (VWD) - Der US-Verbraucherpreisindex nahm im Oktober um 0,2 Prozent zu. Nach letzten Schätzungen war mit einem Anstieg um 0,3 Prozent gerechnet worden.

## Perus Wirtschaft ist besser als ihr Ruf

Skeptiker bezweifeln jedoch einen langfristigen Aufschwung - Harter IWF-Kurs

WERNER THOMAS, Lima

Wirtschaftsminister Luis Alva Castro konnte stolz eine der höchsten Wachstumsraten Lateinamerikas verkünden, 6,5 Prozent. Die Vertreter der Privatindustrie melden eine Hochkonjunktur. Die Arbeitnehmer klagen zwar noch immer, registrieren jedoch einen Kaufkraftzuwachs. In der Sechsmillionen-Metropole Lima wurde selbst soviel gebaut wie in diesen Tagen.

Peru wirkt besser als sein - internationaler - Ruf. Die Nation erweckt nicht den Eindruck des Abstiegs, trotz bitterer Feinden mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem daraus resultierenden Kreditmangel. Anfang November erzielte die sozialdemokratische Regierungspartei APRA einen überwältigenden Sieg bei den Kommunalwahlen.

Das Land boomt. Nach Worten Alva Castros stieg das Realeinkommen seit der Machtübernahme der APRA-Regierung um 70 Prozent. Während der gleichen Zeit seien 150 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Selbst notorische Kritiker des eigenwilligen Präsidenten Alan Garcia konzedieren, daß ihre pessimistischen Prognosen bisher nicht eingetroffen sind. Sie nennen in diesem

Zusammenhang Alva Castro, der auch als Premierminister fungiert. Sie bestätigen seinem Team durch wirtschaftspolitische Kenntnisse, die eine härteren Sanierungspolitik folgen, verstärken die Skeptiker nicht, die einen anhaltenden Aufschwung für unwahrscheinlich halten. Früher oder später müsse Peru die Rechnung bezahlen für seinen kompromisslosen IWF-Kurs, warnen diplomatische Beobachter.

Vor Monaten begrenzte Alan Garcia den Schuldendienst für die 14 Mrd. Auslandsschulden auf zehn Prozent der Exporterlöse und brach alle Kontakte zum Währungsfonds ab. Im August reagierte die Washingtoner Behörde mit einer Kreditstoppe.

Die Garcia-Regierung steckte die durch reduzierte Schuldendienste freigesetzten Gelder in Entwicklungsprojekte und forcierte so den Boom. Ob die Nation aber auf die Dauer ohne größere Kredite auskommen kann, wird allgemein bezweifelt. Im kommenden Jahr droht ein wieder stärkerer Druck auf die Preise. Das hohe Staatsdefizit, zwischen acht und neun Prozent des Bruttoinlandsproduktes, deutet in diese Richtung. In den ersten neun Monaten dieses

Jahres stiegen die Lebenshaltungskosten um 44 Prozent, eine äußerst niedrige Ziffer für peruanische Verhältnisse.

Trotz der antimperialistischen Rhetorik wurden während der Garcia-Ära keine strukturellen wirtschaftlichen Veränderungen vorgenommen. Entlohnungen gab es bisher nicht. Allerdings erregten der Fall Belco - die Regierung kündigte der US-Firma einen Explorationsvertrag - und der Fall Nestlé - der Schweizer Konzern verkaufte an peruanische Interessenten - international Aufsehen.

Die Wirtschaftspolitik des Präsidenten wirkt noch unklar. Zwei unterschiedliche Denkansätze rivalisieren. Das Alva-Castro-Team verfolgt eine liberale Richtung, von dem politisch motivierten Anti-IWF-Kurs abgesehen. Der persönliche wirtschaftliche Beraterkreis Garcias, dem frühere Vertreter der linken Militärregierung Velasco (1968-1976) angehören, dringt dagegen auf sozialistischen Experimenten. Der Einfluß dieser Gruppe kann steigen, wenn jene Gerüchte stimmen, daß Alva Castro Ende des Jahres zurücktreten möchte, um sich bereits auf eine Kandidatur für die nächsten Präsidentschaftswahlen (1990) vorzubereiten.

## Wachsen ohne Wechseln: mit Parallel-Processing.

Zukunftssicherheit und Leistung sind die entscheidenden Kriterien bei der Computer-Investition.

Zukunftssicherheit besteht auch in der Fähigkeit, sich flexibel an unterschiedlichste Unternehmenssituationen anzupassen. Durch eine durchgängige Hardware- und Software-Architektur sind Concurrent Computer auf und abwärts kompatibel und nehmen damit eine Ausnahmestellung unter allen Computern ein. Die Industrie-Standards.

z. B. UNIX, OSI und SNA werden strikt eingehalten: Ihre Software-Investition ist geschützt.

Für Leistungs- und Durchsatzsteigerung seiner installierten Systeme bietet Concurrent Computer immer zwei Alternativen der Erweiterbarkeit: Ein größeres, kompatibles Rechnermodell der gleichen Familie oder Erweiterung durch zusätzliche Prozessoren für Computing und Daten-transfer - Parallel-Processing. Dazu hat Parallel-Processing noch entscheidende, weitere Vorteile:

teile: es ist schnell und äußerst wirtschaftlich. Die Computer-Mark ist bei Concurrent Computer also mehr wert.

Parallel-Processing ist die richtige Antwort für Ihr Filialisierungskonzept durch dezentrale, vernetzte Computer-Anwendungen mit eingebauter Wachstumsreserve.

Diese neue Technologie baut auf der Erfahrung von weltweit 24.000 installierten Rechnersystemen auf. Ein deutlicher Erfolgsbeweis.

Schlagen Sie in Ihrem Unternehmen ein neues Kapitel in der Datenverarbeitung auf: Sprechen Sie mit uns.

Concurrent Computer GmbH, Seidestraße 8, 8000 München 2, Tel. 089 / 5583 91.

Concurrent  
Computer Corporation



## Grundsteine für den Erfolg

Noweda hat „gewaltiges“ Investitionspaket abgeschlossen

**Essen.** Anhaltende Kontinuität, Solidität und Erfolg prägen das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) der Apotheken-Gesellschaft Noweda AG, Essen. Dies erklärte Vorstandsvorsitzender Dietrich L. Meyer vor der Generalversammlung. Der Grundstein für die positive Entwicklung sei 1979/80 mit einem langjährigen Investitionspaket von 52 Mill. DM - für ein mittelständisches Pharmagroßhandelsunternehmen eine wahrhaft gewaltige Summe - gelegt worden, das in diesem Jahr mit der Eröffnung des Herforder Betriebs auslief.

Mit diesen Maßnahmen seien mehrere Ziele erreicht worden, so Meyer weiter. Einmal wurde in drei der vier Betriebe der apothekereigenen Noweda das Sortimentangebot verdoppelt. Die Produktivität wurde in den letzten sechs Jahren um 95,5 Prozent auf 1,04 Mill. DM pro Mitarbeiter gesteigert. Darüber hinaus konnten die Personalkosten in Relation zum Umsatz um 26,8 Prozent gesenkt werden. Und die Sachkosten wurden um knapp sechs Prozent, die Abschreibungen um 13 Prozent gedrückt.

Durch diese Rationalisierungsinvestition sei weiterhin realisiert worden, daß die Ausschüttungen an die 1430 (1296) Mitglieder gegenüber 1979 deutlich erhöht werden konnten, obwohl in diesem Zeitraum die dem Handel zur Verfügung stehende Spanne von 15,57 auf 14,1 Prozent gesunken sei.

Die Umsatzsteigerung im letzten Geschäftsjahr wird mit 5,2 (7,3) Prozent auf 567 Mill. DM trotz einiger Sonderfaktoren im logistischen Bereich der Noweda als zufriedenstellend bezeichnet. Aus dem Bilanzgewinn von 1,9 (1,1) Mill. DM wird für die Pflichtanteile (mindestens drei je 2500 DM) eine Dividende von wieder neun Prozent plus ein Prozent Bonus ausgeschüttet. Für freiwillige Anteile sind es wieder insgesamt zwölf (10,8 plus 1,2) Prozent.

In der Konzernbilanz, in der auch die beiden Verbundunternehmen Pharcia und Noweda AG konsolidiert werden, stieg der Gewinn auf 2,8 (1,9) Mill. DM. Auf dem Weg, einen Eigenkapitalanteil von 20 Prozent zu erreichen, ist die Noweda mit gut 17 (16,3) Prozent ebenfalls vorangekommen.

## Was ist „Gewerkschaft“?

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel präzisiert den Begriff

**Kassel.** Der 1. Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Kassel hat in seiner jüngsten Entscheidung präzisiert, wann aus einer „Arbeitnehmervereinigung“ im tarifrechtlichen Sinn eine Gewerkschaft wird. Entscheidende Voraussetzung ist danach, ob der Zusammenschluß der Arbeitnehmer beim Abschluß von Tarifverträgen „ernst genommen“ wird (Aktenzeichen I ABZ 22/85 vom 25.11.86).

Die Ernsthaftigkeit könne schon damit dokumentiert werden, daß Arbeitgeber mit einer derartigen Vereinigung sogenannte Anschlussstarifverträge abschließen, die Bedingungen übernehmen, die von einer anderen Gewerkschaft ausgehandelt wurden. Allerdings dürfen solche Anschlussstarifverträge keine „Schein- oder Gefälligkeitsverträge“ oder ein Diktat der Arbeitgeberseite sein. Bei streitigen Fällen komme es stets auf die konkrete Situation im Einzelfall an.

Anlaß für die Entscheidung des BAG war ein Rechtsstreit zwischen der Christlichen Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie und mehreren DGB-Gewerkschaften, die ebenfalls

für diese Bereiche zuständig sind. Die Vertreter des DGB waren der Auffassung, daß die christliche Gewerkschaft mit nur 22 000 Mitgliedern und wenigen abgeschlossenen Tarifverträgen, die nur einen Teil des beanspruchten Bereichs umfassen, nicht als Gewerkschaft anzusehen sei. Die abgeschlossenen Tarifverträge seien lediglich bei ihr „abgeschrieben“ worden.

Das BAG wies den Rechtsstreit wie bei einem ähnlichen Fall im vergangenen Jahr an das zuständige Landesarbeitsgericht zurück, das nun aufgrund der Hinweise des Bundesgerichts eine abschließende Entscheidung fällen muß. Die „Mächtigkeit“ einer Gewerkschaft, sprich die Fähigkeit, ihren Forderungen mit Streik oder Streikdrohung Nachdruck zu verleihen, spielt schon seit dem vergangenen Jahr in der Rechtsprechung nicht mehr die entscheidende Rolle. Deshalb sprach das Landesarbeitsgericht in Köln inzwischen in dem zurückverwiesenen Fall vom vergangenen Jahr dem Arbeitnehmerverband ländlicher Berufe (AleB) die Tariffähigkeit zu.

## Kampf um den Futternapf

Quaker Oats am Markt für Tiernahrung erfolgreich

J. G. Düsselhoff

In bundesdeutschen Haushalten leben 1985 7,8 Mill. Hunde und Katzen oder fast 14 Prozent mehr als vier Jahre zuvor; bis 1990 dürfte deren Zahl auf 8,4 Mill. wachsen. Im Einklang mit solchem Boom der Haustierfreunde rechnet die Quaker Oats GmbH, Euskirchen, auch künftig mit schönen Steigerungsraten ihres Umsatzes. Die könnten für diese mit nun 20,5 (19,6) Prozent am deutschen Hunde/Katzen-Futtermittelmarkt beteiligte Tochter des US-Konzerns Quaker Oats Co., Chicago, eher noch größer werden als die 1985/86 (30. 6.) erreichte Plusrate von 6,5 (15,1) Prozent auf 210 Mill. DM mit 20 (21) Prozent Exportanteil. Denn anders als in den USA (rund 80 Prozent) und auch in Großbritannien (fast 50 Prozent) führen deutsche Tierhalter Hund und Katze erst zu etwa 30 Prozent mit industriell gefertigter Nahrung.

„Preiskämpfe auf breiter Front“ aus verstärktem Eindringen auf den heimischen Wachstumsmarkt (von denen man sich ferngehalten habe) prägen nach dem Urteil der deutschen Konzernmutter in der Berichtszeit das Geschäft. Schweigens bleibt die Firmenleitung zum in „sehr zufriedenstellender“ Entwicklung befindlichen Ertrag. Nach Verlust in 1983/84 und „Turn-around“ in 1984/85 sei man nun auf gutem Wege zu einer

mindestens 20prozentigen Kapitalrendite.

Die hat die Mutter in Chicago für den Gesamtmarkt längst erreicht. Sie wuchs dort 1985/86 auf die „Rekordhöhe“ von 21,2 (20,3) Prozent, begleitet von einer Verbesserung im Gewinn je Aktie für die knapp 30 000 Aktionäre auf 4,49 (3,76) Dollar. Der Konzernumsatz wuchs im Durchschnitt des letzten halben Jahrzehnts mit 10,3 Prozent Jahresrate auf nunmehr 3,87 Mrd. Dollar. Die Beschäftigtenzahl liegt ungefähr bei der Aktienanzahl.

Die Geschäftsbilanz macht die Konzernleistung expansionslustig. In den letzten Monaten habe man zwei „ausgezeichnete, profitable“ US-Unternehmen erworben. Erstens die Golden Grain Macaroni Co., die 1985 umgerechnet 500 Mill. DM Umsatz mit 42 Mill. DM Betriebsergebnis machte; zweitens und, noch größer, die Anderson Clayton Co., die „starke Marken“ im Hundefuttermittelbereich (Tochter Gaines) habe und 2,2 Mrd. DM Gesamtumsatz macht. Gaines habe im Hundefuttermittelgeschäft zuletzt auf 486 Mill. DM Umsatz ein Betriebsergebnis von 50 Mill. DM erzielt. Der Marktanteil von Quaker Oats in der Heimtiermischung werde sich mit Gaines auf knapp 15 Prozent fast verdoppeln, womit man einen „guten zweiten Platz“ unter den einschlägigen US-Herstellern erreicht habe.

## US-Schäden verlangen Reservestärkung

Kölnische Rück setzt wieder auf moderates Wachstum - Marktlage bleibt angespannt

**HARALD POSNY, Düsseldorf.** Die allgemeine Lage auf dem internationalen Rückversicherungsmarkt ist und bleibt angespannt. Erhebliche Probleme bestehen nach den Worten des scheidenden Vorstandsvorsitzenden der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, Richard A. Wiedemann, weiter in den Sparten Industrie, Feuer, Haftpflicht und Transport sowie in den technischen Versicherungszweigen.

Bei der Kölnischen Rück selbst haben die zeitig ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung von Konditionen und Raten gegriffen und erlaubt schon im Geschäftsjahr 1985 wieder ein begrenztes Wachstum. Doch auch hier spürte der älteste Rückversicherer der Welt, daß bestimmte Gesundheitstendenzen am Markt nicht weiter vorankommen. Wiedemann: „Zufallsbedingt bessere Schadenverläufe in einzelnen Märkten machten es zusätzlich äußerst schwierig, die an sich notwendigen weiteren Verbesserungen durchzusetzen.“

So hält die Gesellschaft einstweilen an der selektiven Zeichnungspolitik fest, zumal sich die anhaltende

Stärke der DM im Auslandsgeschäft nochmals stark dämpfend auswirken dürfte. Das Prämienwachstum wird für 1986 mit vier bis fünf Prozent etwas niedriger als im Vorjahr eingeschätzt. Der bisherige Schadenverlauf zeigt, so Wiedemann, keine strukturellen Verbesserungen der technischen Ergebnisse. Im Gegenteil: In einzelnen Märkten war es eher ungünstiger als 1985. An den Umwelt-schäden durch die Sandoz- und Ciba-Geigy-Rheinverschmutzung ist die Kölnische Rück mit „begrenzten und überschaubaren Anteilen“ dabei. Der günstige Verlauf des allgemeinen Geschäfts sichert auch für 1986 ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Das technische Ergebnis hat sich bereits 1985 deutlich verbessert (siehe Tabelle). Dank hoher Kursgewinne aus Wertpapierverkäufen (27 Mill. DM) war es dann auch möglich, 34 (7,5) Mill. DM als „Sonderabweisung in die Rückstellung für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle (vor allem aus US-Produktionspflichten)“ zu deklarieren. Das verschönt optisch das technische Ergebnis. Vom Jahresüberschuß (11,7 nach

## Commerzbank erhöht Dividende auf neun Mark

Rekordergebnis für 1986 erwartet - Gewinnwachstum hat sich mit der Beruhigung an den Börsen verlangsamt

**CLAUS DERTINGER, Frankfurt.** Die Commerzbank-Aktionäre können mit einer Dividendenerhöhung von acht auf neun Mark rechnen. Das läßt sich den Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden Walter Seipp bei der Vorlage des Berichts über die ersten zehn Monate dieses Geschäftsjahres entnehmen, der auf den ersten Blick etwas enttäuschend ausfällt. Das starke Tempo des Gewinnwachstums, in den ersten Jahreshälften maßgeblich vom Wertpapiergeschäft bestimmt, hat sich mit der Beruhigung an den Börsen verlangsamt, ein Trend, der auch bei anderen Banken zu beobachten ist. Auch der sinkende Dollar und niedrigere Umsätze im Außenhandelsgeschäft hinterließen Spuren.

So schwächte sich das Plus beim Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft (siehe Tabelle) von knapp 20 Prozent im ersten Halbjahr auf 6,4 Prozent für die ersten zehn Monate ab. Für das Gesamtjahr zeichnet sich damit ein neuer Rekord ab, der, so die ehrgeizige Aussage Seipps, als Normalergebnis etabliert werden soll. Stärker als das Teilbetriebser-

gebnis ist das Gesamtbetriebsergebnis (vor Wertberichtigungen und Steuern) einschließlich der Eigenhandelsgewinne gestiegen. Ein vom US-Bankhaus Salomon geschätztes Plus von 20 Prozent für das gesamte Jahr bezeichnete Seipp als nicht unrealistisch.

Nicht erfaßt sind darin außerordentliche Erträge (rund 85 Mill. DM) aus dem Verkauf des AEG-Pakets an Daimler und mehr als 10 Mill. DM aus dem Verkauf der Beteiligung an Hannoverische Papiere, die - nach den Kursen per Ende Oktober - von den Abschreibungen auf Wertpapiere abgezogen wurden. Das bisher beste Betriebsergebnis der Commerzbank wird, so Seipp, nochmals durch hohe Wertberichtigungen geschmälert, die im Kreditgeschäft mit kleinen und mittleren Firmen wegen der noch breiten Insolvenzwelle zugenommen haben.

Ihr unbedeutendes Engagement bei der Neuen Heimat sei schon 1985 zu 90 Prozent abgeschrieben worden. Die von Außenstehenden auf eine Größenordnung von etwa 400 Mill. DM geschätzten Kredite der Tochter

Rheinhyp sieht Seipp nicht als gefährdet an. Den viel diskutierten Strukturwandel der Finanzmärkte zum „Allfinanzangebot“ betrachtet der Commerzbankchef mit Vorbehalt: viele Vorstellungen seien erst im nächsten Jahrtausend realisierbar. Deswegen will die Commerzbank auch weiterhin bei der Strategie der Kooperation mit Versicherungen und Bausparkassen bleiben. Die bisher optimale Erfolgsgebrachte habe und sich vor allem im In- und Auswärtigen (14 Prozent Plus bei den Zinsen) spiegeln.

Als eines der herausragenden Merkmale des Geschäftsjahres 1986 nannte Seipp die zunehmende Internationalisierung des Geschäfts, die sich bei der Bank zum Beispiel in der Plazierung von fünf Prozent ihres Kapitals in Japan spiegelt. In der starken Expansion des internationalen Emissions- Wertpapier- und Devisenhandelsgeschäfts und der langfristigen Refinanzierung an internationalen Märkten. Ihren Handel mit Fremdwährungsanleihen will die Bank mehr auf ihre Londoner Filiale konzentrieren, und für das Invest-

mentgeschäft in den USA denkt der Vorstand intensiv über eine eigene Tochter in New York nach, wo die indirekte Präsenz als nicht voll befriedigend empfunden wird.

Das Kreditgeschäft war von einer schwachen Nachfrage nach Betriebsmittelkredit und einer kräftigen Nachfrage nach Mittelstandskrediten mit langfristiger Zinsbindung charakterisiert. Die Bilanzsummenausweitung ist durch die Dollarschätzung um die Hälfte unterbrochen.

| Commerzbank                  | 31.10.86 | ± %    |
|------------------------------|----------|--------|
| Bilanzsumme (Mill. DM)       | 85 363   | + 3,3  |
| Eigenkapital                 | 4 237    | + 27,0 |
| in % d. Bilanzsumme          | 5        | (4)    |
| Geld v. Banken               | 31 992   | + 11,3 |
| Geld v. Kunden               | 49 364   | + 2,5  |
| Eig. Schuldversch.           | 4 917    | + 9,8  |
| Ford. an Banken              | 23 780   | + 4,3  |
| Rückstellungen               | 42 664   | + 6,5  |
| Festverzinsl. Papiere        | 8 609    | + 0,8  |
| Zinsüberschuß                | 1 783    | + 7,7  |
| Provisionsübersch.           | 786      | + 14,6 |
| Personalarb. und Sachaufwand | 1 233    | + 10,2 |
| Abschreibungen               | 518      | + 9,9  |
| Teil-Betriebsergebn.         | 559      | + 8,7  |

gegenüber 31.12.1985; \*) gegenüber 10.12.1985

## Bertelsmann zahlte einen strategischen Preis

Der Kauf des amerikanischen Verlags Doubleday für 475 Millionen Dollar wird alle Kräfte beanspruchen

**PAUL WERNER, München.** Der Erwerb des amerikanischen Verlags Doubleday & Co. - nach der für den 10. Dezember erwarteten Zustimmung der meisten Aktionäre - wird in den nächsten Jahren alle Kräfte der Verlagsgruppe Bertelsmann (Sitz München) beanspruchen. Als Koordinator fungiert dabei der Chef der Verlagsgruppe, Bertelsmann-Vorstandsmittelglied Ulrich Wechsler.

Man habe dadurch, so bemerkte Wechsler, ein beträchtliches Know-how für die Bestätigung in Amerika gewonnen. Sonst hätte man sich nicht um Doubleday bemüht. Einen Hardcover-Verlag mit Tradition und Reputation aus Bantam heraus zu entwickeln, würde Jahrzehnte dauern. Deshalb habe man sich für die 90 Jahre alte Unternehmung Doubleday entschieden. Von dessen Gruppenumsatz von rund 500 Mill. Dollar entfallen jeweils etwa 40 Prozent auf Verlage und auf Buchverlage sowie etwa 20 Prozent auf Druckereien und Buchhandlungen. Wichtig für Bertelsmann ist auch, daß man damit neu in die Buchklubarbeit im englischen Raum einsteigen kann.

Da noch ungewiß ist, wie die gesamte Doubleday-Gruppe mit ihren 4000 Beschäftigten in den Bertelsmann-Konzern eingegliedert wird,

ließ Wechsler offen, wie stark durch den Kauf der Umsatz der Verlagsgruppe im engeren Sinne (bisher 3260 Beschäftigte) steigen werde. Im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) ist der Umsatz nur um 1,2 Prozent auf rund 1,14 Mrd. DM gewachsen, wobei einem Plus von 7,8 Prozent im Inland (auf 511 Mill. DM) ein Minus von 3,5 Prozent im Ausland gegenüberstand. Das liegt aber allein am Verfall des Dollars. Ohne Währungsveränderungen wäre im Ausland ein „stolzes Plus“ von 13,3 Prozent herausgekommen und das gesamte Geschäftsvolumen der Gruppe wäre um 11 Prozent gewachsen.

Von den einzelnen Verlagsbereichen haben allgemeine Literatur einen Anteil von 58 Prozent, Nachschlagewerke und Fachinformationen von jeweils 21 Prozent. Bei Nachschlagewerken wurde eine Zunahme um fast 18 Prozent erreicht, was vor allem dem Erfolg der in zwei Jahren völlig neu erarbeiteten „Großen Bertelsmann Lexikothek“ mit jetzt 36 Bänden (Wechsler: „Eine einmalige redaktionelle Leistung“) zu danken ist. Im ganzen wurden davon bisher

mehr als 1,5 Millionen Einzelbände verkauft - in nur zweieinhalb Jahren. Bei mehrbändigen Großlexikas rechnet sich Bertelsmann nun „gut zwei Drittel Marktanteile“ aus.

Nicht zufrieden ist man mit der Entwicklung des spanischen Verlags Plaza y Janes, dessen Geschäftliche unter den schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Mehrwertsteuererhöhung litten. Nicht gelungen ist Bertelsmann der beabsichtigte Einstieg in einen US-Fachverlag. Man wird sich damit angesichts des Doubleday-Kaufakts Zeit lassen. Wegen dieses Engagements stellt man sich auch für einige Jahre auf einen Rückgang der Rendite ein, die im letzten Geschäftsjahr von 4 auf 5 Prozent des Umsatzes (allerdings vor Ertragssteuern) zunahm.

Optimistisch ist Wechsler fürs laufende Geschäftsjahr. Für die gesamte Branche in der Bundesrepublik (Sortimentsbuchhandel und Verlage) wird für 1986 mit einem Wachstum von 6 Prozent gerechnet - bei null Prozent Inflation. 1985 hatte der Buchhandel ein Plus von 5 Prozent erreicht. Die Verlage von 6 Prozent.

## Reederei United States Lines streicht die Segel

ww. Bremen

Die United States Lines in New York, einer der bedeutendsten Kunden der breitschen Häfen, streichen die Segel. Die zu den größten Containerschiffreedereien zählende US Lines ist zahlungsunfähig geworden. Die Verluste belaufen sich allein in der ersten neun Monaten dieses Jahres auf 237 Mill. US-Dollar. Das Schiffahrtsunternehmen stellt damit der Nordatlantikkonferenz ein. Im Rahmen seines Dienstes wurde Bremerhaven seit vier Jahren einmal in der Woche angefahren. Von den 124 Mitarbeitern in Bremen und Bremerhaven erhielten 114 die Einstufige Kündigung.

In der Vorstandssitzung der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) wird in diesen Stunden tief Luft geholt: „Der Verlust dieser Reederei wäre auch für uns sehr schmerzhaft.“ 1985

### Anzeige

Der Einstieg in Ihre berufliche Zukunft kostet Sie lediglich 20 Pfennig.

Anrufgenügt. Dann erhalten Sie 4 Wochen kostenlos die BERUFS-WELT mit dem größten Überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte plus vielen Tipps für mehr Erfolg im Beruf. Telefon 0130-6040 (Ortsaufruf).

**DIE WELT**  
Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

wurden 39 000 Container der US Lines an der Stromkaje von Bremerhaven umgeschlagen. Die amerikanische Reederei war der fünftgrößte Kunde in der Hafenstadt.

Den Spitzenplatz nimmt Hapag Lloyd ein, gefolgt von der amerikanischen Reederei Sea-Land Service Inc. Diese beiden Schiffsverkehrsunternehmen verfügen über genügend freie Kapazitäten, so daß nach einem Ausscheiden der US Lines keine Engpässe im Seetransport zwischen Bremerhaven und New York zu befürchten sind. Zudem wurde erst kürzlich in Bremen die Senatorlinie gegründet, die einen Dienst aus Bremerhaven rund um die Welt plant. Sie alle könnten viel mehr aus der Flotte profitieren. Denn die US Lines hat auch ihren weltumspannenden Containersdienst eingestellt.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet:** Bad Seibersberg: CFT-Formteile GmbH, Bad Seibersberg; Niederlassung: Biersbrunn: Friedhelm Kappelberg, Dachdeckerei; Bramsche: Bielefeld: Sieger GmbH; Detmold: Hans-Dietrich v. Peitzinger GmbH & Co. KG Holzleisteherstellung u. Vertrieb, Bad Salzungen; Düsseldorf: Dr. Glinch & Partner GmbH Handelsagentur; Essen: Alu-O-Mix Mischanlage GmbH, Ratingen; Hannover: Nachl. d. Georg Kozaleczny, Kleve; Deutsche Metallnetzwerke Boringhaus, Krämer & Co. KG, Emmertich; Landshut: Nachl. d. Karin Anne Hubert, Rottenburg; Löhbeck: HS Garlen, Friedhof- u. Sportplatzpflege GmbH; Lüneburg: Lieselotte Bohl, Inh. d. Fa. F. L. B. Fußboden- u. Interieurarbeiten; München: Ges. f. aktiven Umweltschutz Dipl.-Chem. Fischer & Gerisch oHG Schadstoffmessungen, Schadstoffentfernungen; Künibert, Berstner, Eching; Christian Schuler, Dachau; Nachl. d. Johann Schult, Claudio Dornier, Gräfelfing; Münster: REB - Ges. f. Börsenberatung u. Vermittlung von Warenmischgeschäften mbH; BECO-Kraft Beckmann & Co. KG, Albstadt; Trier: Sandra Reiser, Konz; West: GERT Ges. f. Planung u. Immo. mbH, Dinslaken; Wuppertal: Bijon - W. Chr. Schmidt GmbH, Erkrath.

**Anschluss-Konkurs eröffnet:** Dillenburg: F. W. Weiss GmbH & Co. KG, Rensberg 2.

**Konkurs beantragt:** Syke: Praktiker Selbstbau GmbH & Co. KG; Selbstbau Beteiligungs GmbH L.L.

**Vergleich beantragt:** Gelsenkirchen: Manfred Karl Schröder, Kaufm., Dorsten 19; Edingheim: INTA-Bauges. mbH, Kronberg; Krefeld: Monierbau Menssen GmbH; München: Atmos-Interessengesellschaft für erhaltenswerte Freizeiteinrichtungen mbH, Franz Schwab, Nandlstadt; Wechsler: Heinz Wehry, Dinklage-Langewege.

7,2 Mill. DM) gehen 4,5 (0) Mill. DM in die freien Rücklagen. Aus 40 Mill. DM Grundkapital fließen wieder 18 Prozent Dividende. Angesichts des wieder steigenden Prämienvolumens soll die Hauptversammlung am 16. 12. einem genehmigten Kapital von 10 Mill. DM zustimmen. Mit Reserven von 2,68 Mrd. DM und Garantiemitteln von 2,83 (2,73) Mrd. DM stehen die Chancen für ein moderates, risikobewusstes Neugeschäft gut.

| Kölnische Rück          | 1985   | ± %      |
|-------------------------|--------|----------|
| Bruttoprämie (Mill. DM) | 1 942  | + 6,4    |
| Anstandsanteil (%)      | 38,9   | (38,9)   |
| Nettoprämie *)          | 1 245  | + 3,5    |
| Selbstbehalt (%)        | 80,7   | (83,0)   |
| Aufw. f. Vers. Fülle    | 854    | + 3,0    |
| Vers.-techn. Ergebn. *) | - 87,7 | (- 94,4) |
| Kapitalanlagen *)       | 1 452  | + 7,3    |
| Kapitalerträge *)       | 199    | + 25,7   |
| in % d. Nettoprämie     | 1985   | 1984     |
| Vers.techn. Ergebn.     | - 7,0  | - 7,8    |
| Vers.-Kosten            | 4,1    | 4,0      |
| Vers.techn. Rückst.     | 215,4  | 214,9    |
| Eigenkapital            | 12,1   | 12,1     |

\*) Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeträge; \*) nach Zuführung von 26,4 (13,6) Mill. DM zur Schwankungsabschüttung; \*) ohne Depotsford. \*) netto; Durchschnittsrendite: 8,9 (8,5) Prozent.



## Bundesanleihen

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Bundespost

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Industrieanleihen

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Optionsscheine

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Länder - Städte

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Sonderinstitute

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Bundesanleihen

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Industrieanleihen

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Optionsscheine

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Länder - Städte

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Langläufer leicht abbröckelnd

Während sich der deutsche Rentenmarkt in den letzten Tagen kaum um die Tendenz der US-Bonds gekümmert hat, führte die vorangehende leichte Abschwächung nunmehr auch bei den deutschen öffentlichen Langläufern zu Gewinnmitnahmen. Ihre Kurse bröckelten bis zu 0,20 Prozentpunkten ab. Das Geschäft blieb gering. Leicht nachgebend waren auch die längerlaufenden Industrieanleihen, knapp behauptet dagegen DM-Auslandsanleihen. Bei den Handbriefen blieben die Renditen auf Vorjahresniveau.

## Währungsanleihen

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Wandelanleihen

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## DM-Auslandsanleihen

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## Düsseldorf

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

## DM-Auslandsanleihen

|           |       |       |
|-----------|-------|-------|
| 10-jährig | 10,75 | 10,75 |
| 7-jährig  | 10,50 | 10,50 |
| 5-jährig  | 10,25 | 10,25 |
| 3-jährig  | 10,00 | 10,00 |
| 1-jährig  | 9,75  | 9,75  |
| 6-monatig | 9,50  | 9,50  |
| 3-monatig | 9,25  | 9,25  |
| 1-monatig | 9,00  | 9,00  |

# Einige ganz private Ansichten zum Thema Güterwagen.



Ein Privatgüterwagen hat ausgesprochen viele schöne Seiten. Da ist zunächst einmal: die ausschließliche Nutzung. Die garantiert, daß Ihnen wirk-

lich jederzeit genügend Laderaum zur Verfügung steht; auch dann, wenn das Wagenangebot der Güterbahn einmal etwas knapper ausfällt.



Privatgüterwagen machen flexibel. Weil sie sich z.B. bequem als zusätzliche Zwischenlager nutzen lassen. Und: Sie helfen Betriebsabläufe zu rationalisieren. Ganz einfach, weil bei ihrem Bau auch besondere örtliche Verhältnisse (z.B. Be- und Entladeanlagen) mitberücksichtigt werden können.



Privatgüterwagen sind „Güterwagen nach Maß“, d.h. sie sind auf die Besonderheiten Ihrer Sendungen ganz individuell zugeschnitten. Gleichgültig also, wie groß oder empfindlich, wie schwer oder zerbrechlich Ihr Gut auch sein mag – in einem Privatgüterwagen ist es immer bestens aufgehoben.



Mit einem Privatgüterwagen setzen Sie Ihr Unternehmen bestens ins Bild. Denn Privatgüterwagen sind, wie Sie sehen, auch rein äußerlich auf Ihr Unternehmen perfekt zugeschnitten. Und d.h. kurz gesagt: Sie sind eine schöne, zusätzliche Werbung.



Und zu guter Letzt kommen Sie die vielen guten, schönen Seiten eines Privatgüterwagens keineswegs teuer zu stehen. Ganz im Gegenteil. Denn mit einem Privatgüterwagen sparen Sie nicht nur Standgebühren, sondern auch einiges an Frachten und Nebenkosten.

Ein Privatgüterwagen hat noch viele schöne Seiten. Sprechen Sie doch einfach mal mit dem Kundenberater der DB. Der informiert Sie gern über alles Weitere.

**DB Die Bahn**



1.50

### Warenpreise - Termine

Höher notierten am Dienstag Gold und Silber an der New Yorker Comex. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee kräftige Abschlüsse hinnehmen mußte, kam es bei Kakao nur zu geringen Veränderungen.

| Getreide/Getreideprodukte     |               |               | Öle, fette, Tierprodukte     |  |  |
|-------------------------------|---------------|---------------|------------------------------|--|--|
| WEIZEN Chicago (c/b)          |               |               | EDINBURGH New York (c/b)     |  |  |
| Dez.                          | 280,00-285,00 | 179,75-180,00 | Satelliten Tab. West         |  |  |
| Marz.                         | 270,00-275,00 | 175,00-176,00 | 26,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 257,50-260,00 | 237,75-239,00 | 28,50                        |  |  |
| WEIZEN Minneapolis (con. S/U) |               |               | MAISOL New York (c/b)        |  |  |
| Winter Board 01               | 202,48        | unver.        | US-Minneapolis Tab. West     |  |  |
| St. L. C.W.                   | 197,14        |               | 20,42                        |  |  |
| ROGGEN Minneapolis (con. S/U) |               |               | SOJAOL Chicago (c/b)         |  |  |
| Dez.                          | 140,00        | 140,00        | Jan.                         |  |  |
| Marz.                         | 140,00        | 140,00        | 14,85-14,87                  |  |  |
| Unverz.                       | 140,00        | 140,00        | 14,77-14,79                  |  |  |
| HAFER Minneapolis (con. S/U)  |               |               | Apr.                         |  |  |
| Dez.                          | 82,00-83,00   | 82,00         | 15,02-15,05                  |  |  |
| Marz.                         | 82,00         | 81,70         | 15,00-14,98                  |  |  |
| Unverz.                       | 82,00         | 81,70         | 15,32                        |  |  |
| HAFER Chicago (c/b)           |               |               | Jul.                         |  |  |
| Dez.                          | 160,75-161,00 | 160,75-161,00 | 15,35                        |  |  |
| Marz.                         | 155,75        | 155,75        | 15,70                        |  |  |
| Unverz.                       | 144,00        | 143,25        | 15,71                        |  |  |
| MAIS Chicago (c/b)            |               |               | BAUMWOLLEATOL New York (c/b) |  |  |
| Dez.                          | 165,00-164,75 | 165,25-165,00 | Salomon-Tafel Tab. West      |  |  |
| Marz.                         | 175,50-175,75 | 175,25-175,00 | 16,50                        |  |  |
| Unverz.                       | 181,50        | 181,25-181,00 | 16,50                        |  |  |
| ERSTE Weizen (con. S/U)       |               |               | SCHMALZ Chicago (c/b)        |  |  |
| Dez.                          | 91,00         | 89,00         | Lohn los                     |  |  |
| Marz.                         | 87,00         | 86,50         | 12,50                        |  |  |
| Unverz.                       | 87,00         | 86,50         | Choise who kg + 4 f. S       |  |  |
| GROßWEIZEN (con. S/U)         |               |               | 10,50                        |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 26,11         | 19,50                        |  |  |
| Marz.                         | 181,00-181,25 | 174,00-174,25 | TALG New York (c/b)          |  |  |
| Unverz.                       | 152,25-152,50 | 154,00-154,25 | top white                    |  |  |
| KAKAO New York (S/U)          |               |               | 12,25                        |  |  |
| Dez.                          | 183,00-184,00 | 183,00-184,00 | 11,75                        |  |  |
| Marz.                         | 182,00-183,00 | 182,00-183,00 | bleicht                      |  |  |
| Unverz.                       | 191,00-191,25 | 191,00-191,25 | yellow max. 10 f. T          |  |  |
| ZUCKER New York (c/b)         |               |               | 9,25                         |  |  |
| Nr. 11 Jan.                   | 6,05-6,10     | 6,05-6,10     | 5,25                         |  |  |
| Marz.                         | 6,05-6,10     | 6,05-6,10     | SCHWEINE Chicago (c/b)       |  |  |
| Unverz.                       | 6,05-6,10     | 6,05-6,10     | Dez.                         |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | 54,00-54,25                  |  |  |
| Dez.                          | 142,00-142,25 | 142,00-142,25 | 51,75-51,85                  |  |  |
| Marz.                         | 142,00-142,25 | 142,00-142,25 | 46,00-46,25                  |  |  |
| Unverz.                       | 142,00-142,25 | 142,00-142,25 | 46,25-46,50                  |  |  |
| ZUCKER London (L/H)           |               |               | SCHWEMBAUCHE Chicago (c/b)   |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | Dez.                         |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 71,25-71,50                  |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | 71,50-71,80                  |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | 71,80-71,95                  |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 71,20-71,80                  |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | HAUTE Chicago (c/b)          |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | Dez.                         |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | 25,11                        |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | Jan.                         |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | Kaffee London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | KAKAO London (L/H)           |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Unverz.                       | 25,11         | 25,11         | ZUCKER London (L/H)          |  |  |
| KAKAO London (L/H)            |               |               | Dez.                         |  |  |
| Dez.                          | 25,11         | 25,11         | 25,11                        |  |  |
| Marz.                         | 25,11         | 25,11         |                              |  |  |









# Ein Mercedes beruhigt.

Das Leben ist aufregend genug.  
Da sollte man sich nicht auch noch von seinem  
Auto nervös machen lassen.  
Ein Mercedes beruhigt.  
In vielerlei Hinsicht.

Beruhigend ist seine gesamte Konzeption, die  
eine angenehme und entspannende Atmosphäre  
beim Fahren schafft. Damit man in jeder Verkehrs-  
situation ruhig und gelassen reagiert.

Beruhigend ist sein hohes Maß an Sicherheit,  
die sich auch auf den Fahrer überträgt und ihn vor  
unüberlegten Entscheidungen bewahrt.

Beruhigend ist seine Verarbeitungsqualität,  
die ihm in den Pannensstatistiken des TÜV Jahr für  
Jahr einen Platz unter den Zuverlässigsten sichert –  
und natürlich auch für einen außergewöhnlich

hohen Wiederverkaufswert sorgt.

Beruhigend ist aber auch die Tatsache, daß in  
einem Mercedes heute serienmäßig die modern-  
sten technischen Lösungen zur Reduzierung der  
Schadstoffe im Abgas verwirklicht sind.

Denn das Auto behält nur dann seinen hohen  
Stellenwert, wenn es auch zukünftig mit techni-  
schen Innovationen weiter zur Umweltentlastung  
beitragen kann.

Und schließlich:

Ist es nicht beruhigend zu wissen, daß hinter  
jedem Mercedes ein Unternehmen steht, das nicht  
nur mehr Erfahrung hat als jeder andere Auto-  
mobilhersteller, sondern das auch durch die Ver-  
breiterung seiner Basis dem Automobil neue Per-  
spektiven eröffnet und seiner Weiterentwicklung

mit Sicherheit neue, starke Impulse gibt?

Wie in den vergangenen 100 Jahren werden wir  
auch in Zukunft mit immer wieder neuen Ideen  
und Entwicklungen alles tun, um das Auto für den  
Menschen noch sinnvoller, das heißt noch sicherer  
und komfortabler, noch sparsamer und noch um-  
weltfreundlicher zu machen.

Wer von seinen Fahrzeugen verlangt, daß sie  
nicht nur den heutigen Anforderungen entspre-  
chen, sondern auch der künftigen Entwicklung  
standhalten, muß sich ständig mit neuen Technolo-  
gien auseinandersetzen.

Wir tun es.

Damit Sie sich auch in Zukunft auf einen  
Mercedes verlassen können.

In aller Ruhe.













**SIE  
BRAUCHEN  
KEINEN  
LANGEN  
HALS,...**



**UM EINE  
ANDERE  
PERSPEKTIVE  
ZU  
GEWINNEN.**

Warum wollen Sie sich das Recht vor-  
enthalten, Südafrika kennenzulernen?  
Sie können doch morgen schon dort  
sein - mit einem Dutzend oder mehr inter-  
nationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber  
anstecken und von Städten faszinieren, die  
auf Gold und Diamanten gegründet wurden.  
Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt  
werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Verän-  
derungen, die in Südafrika vor sich gehen,  
angenehm überrascht sein. Allein dies  
zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den  
günstigen Wechselkurs von ganz beson-  
derem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum,  
dieses wunderschöne Land zu erleben,  
und lassen Sie sich von seinem Zauber ge-  
fangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber,  
was Südafrika dem Besucher zu bieten hat,  
finden Sie in dem neuen SAAtours Hand-  
buch für Südafrika-Reisen.

**SÜDAFRIKA.**

**VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.**



South African Tourism Board  
SATOUR  
An der Hauptwache 11  
6000 Frankfurt/M. 1  
Postfach 10 19 40

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAAtours  
Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_



## „Faust“ in 160 Minuten

M.v.Z. - Die 16-jährigen SchülerInnen des Mailänder Lyzeums „Mazzoni“ hatten sich so gut im Theater amüsiert, daß sie ihre Freundinnen nicht mehr verstanden. Die sechsten nämlich dauern über die schwierige Faust-Lektüre, zumal über Faust II, den sie doch gerade besonders „divertente“ gefunden hatten.

Drei Stunden hatte die Aufführung (mit 20 Minuten Pause) gedauert, in der der Regisseur Glauco Mauri abwechselnd den Faust und den Mephisto spielt, wie sein vorzüglicher junger Gegenpart Roberto Sturmo, der sich von Mephisto in den Liebhaber eines bezaubernden Gretchens (Angela Di Nardo) verwandelt. „Denn diese beiden Personen stellen die zwei Seelen des Menschen in einer Brust dar“, sagt Mauri, der nach der Prosafassung des Graciano Dario Del Corno die harte Kürzung besorgt hat. So schweigen vom Goetheanum in Darmstadt, das unheimlich alljährlich den ganzen Faust in sechs je dreistündigen Abenden aufführt, hat Glauco Mauri alle Konkurrenten, die es im besten Fall in vier Stunden schaffen, mit Längen, pardon, Kürzen, geschlagen.

Dabei ist er ein sehr ernst zu nehmender Theatermann, der nie leichtfertig mit Texten umgeht. Für diese Inszenierung hat er sich, wie weiland Goethe, vom alten Puppenspiel inspirieren lassen. Er beginnt mit winzigen Puppenszenen, er läßt Faust und Mephisto in farbige Röcke kleiden - das Puppengewand, in dem die Hand des Spielers steckt - läßt die Granden am Kaiserhof und Helena wie Kasperlefiguren aufsteigen.

Alles wäre in Ordnung, wenn über diesem gelungenen Handeln, Faustreich Glauco Mauri und nicht Goethes Name stünde. Denn nun muß sich das italienische Publikum, entzückt vom possiblen Puppenspiel guter Akteure, doch wohl fragen, warum im Programm, in den Deutschstunden der Schule und den Germanistikvorlesungen der Uni dieser Goethe und sein „profundestes Werk“ so maßlos überschätzt werden.

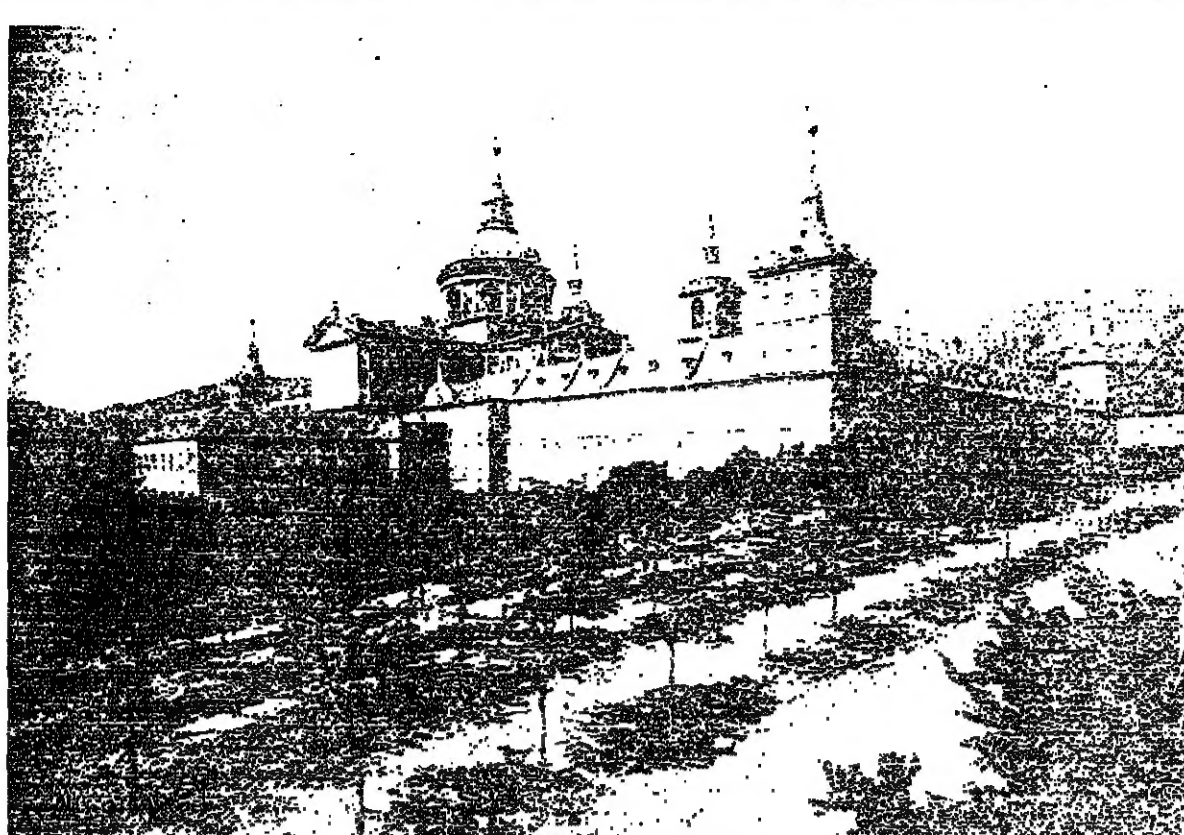
Der erste Staatsmann der europäischen Moderne - Eine Ausstellung im Escorial soll Philipp II. und seine Zeit rehabilitieren

## Ein fahrender Ritter auf dem Schreibtischstuhl

Langsam hebt sich der Schleier jener schwarzen Legende französischer Rivalität, die Jahrhunderte hindurch auf dem Escorial und seinem Erbauer Philipp II. als der „düsteren Spinne in ihrem steinernen Netz“ lagerte. Befreit auch von dem gewiß schönen Wust Schillerscher Fehldeutungen, geht der Blick auf eine faszinierend geschlossene Architektur braun-gelbten Granits und die rot-blonde Energie des ersten Staatsmannes der europäischen Moderne. Ohne Zwänge kann der Besucher heute die Machtzentrale eines dem weltlichen und geistigen Sinne des Wortes nach katholischen Reiches betrachten: Seinen Wesenskern, die Einheit von Staat und Kirche, gibt es nicht mehr seit das zweite vatikanische Konzil ihm vor zwanzig Jahren den endgültigen Todesstoß versetzt.

Vier Jahrhunderte, nachdem im Sommer 1586 der letzte frisch-graue Granitblock in das Bauwerk am Südhang des Guadarrama-Gebirges gefügt wurde, eröffnete König Juan Carlos I. in vier Abteilungen die Idee dieses Regierungsklosters offnen und den Mann darstellen will, der hier seine Dynastie zum ersten Mal seßhaft machte. Philipp II. tauschte den Sattel der bis dahin als fahrende Ritter umherziehenden Monarchen mit dem Schreibtischstuhl einer modernen Staatszentrale. Diesen harten Stuhl aus Holz und Leder stellte er in eine Kanzlei, deren Kratzzentrale der Hochaltar der Basilika über dem Pantheon der spanischen Könige bildet.

Um den Chor herum bauten Philipps Architekten, Juan Bautista und nach dessen Tod Juan de Herrera, den Regierungstrakt mit Thronsaal, Kanzlei und den privaten, höchst schlichten Wohnräumen. Das dem Flammenrost des Märtyrers Laurentius nachgebildete Kloster kann in seiner Konzeption als Regierungssitz nur aus dem Zeitgeist des Jahrhunderts der Reformation und der Gegenreformation des Trentiner Konzils verstanden werden. In den kunsthistorisch wertvollen Katalogen (Gesamtpreis: 90 Mark) der Ausstellung wird deutlich, daß Luther und Teresa de Avila ebenso wie die Katholischen



Die Machtzentrale der frühen Neuzeit: Der Escorial symbolisierte die Einheit von Staat und Kirche und beherrschte heute Kunstwerke, die sein Erbauer Philipp II. gesammelt hat

Könige Spaniens eigentlich genau das gleiche wollten: nämlich die Kirche erneuern.

Die Politik der Machtkämpfe um das europäische Reich, gab der Geschichte eine andere Richtung, als der Escorial sie eigentlich symbolisieren sollte. Den Königshof vor dem Kirchenportal - benannt nach den weisen Königen der Bibel - umschließen die Klosterzellen, rechts die Schule und als symbolisch wohlverstandene Verbindung zwischen beiden der größte Bibliotheksneubau seiner Zeit im Zentrum der Gebäudefront.

Das erste Thema der in verschiedenen Flügeln des Escorial untergebrachten Ausstellung lautet „Kirche und Staat“. Wunderbare Silber-, Goldschmiede- und Emailarbeiten wie der Reisealtar Karls V. finden sich unter Brüsseler Wandteppichen neben Elfenbeinschnitzereien oder

jener Kassetten aus geschnittenem Bergkristall, die der Herzog von Mailand einer Tochter Philipps II. schenkte. Goldgefäß, mit Perlen und Edelsteinen besetzt, soll die Truhe - eine der schönsten ihrer Art überhaupt - einst den Kopf des Märtyrers Hermengild beherrschten haben. Die zu jener Zeit modische masochistische Lust am blutigen Leiden zeigen schönere die Werke von Tizian und Tintoretto. Religiöse Absicht und keineswegs nur frommen persönlichen Geschmack lassen das Ausgestaltete zum Thema „Gemälde und Skulpturen“ erkennen. Was man nicht glauben sollte: El Greco strebende Frömmigkeit ermüdete schon den sonst sehr eifrigen Sammler Philipp II. Fasziniert aber zeigte er sich von Tizian, den er in Italien kennengelernt hatte und dessen höchster Protektor er wurde.

Hier aber bleibt der sonst wissen-

schaftlich ernsthaft aufgelegte Katalog mit Zeugnissen, vieler Hispanisten aus aller Welt denn doch seine Objektivität schuldig: kein Hinweis darauf, daß der Monarch die Erotik Tizians höchst zufrieden für seine privaten Räume reservierte. Insgesamt hinterließ der Sammler Philipp II. 1500 Gemälde und Skulpturen. Als erster „Mega-Kollektionär“ wurde er so Vorbild für andere Sammler und Mäzene wie Philipp IV. von Spanien, Karl I. von England und Ludwig XIV. von Frankreich.

Der interessanteste Teil der Ausstellung „Glaube und Wissen“, gibt einen Querschnitt durch die Bibliothek, deren Gestaltung der König zehn Jahre hindurch mit seinem Architekten Herrera betrat. Ein völlig neues Konzept in Ausgestaltung und Inhalt der Bücherei führte schließlich zur These, Philipp habe trotz seines Seesieges über die islamische Flotte

bei Lepanto erkannt, daß man Religionskriege nicht mit Waffen gewinnen kann. So sammelte der König seine griechischen, arabischen und hebräischen Schriften nicht etwa als neutraler Liebhaber schöner Dokumente. Vielmehr ordnete er Bibelkommentare, Koransuren, Luthers Thesen, die Schriften der Teresa von Avila und natürlich auch Okkultes - gewissermaßen als Fortsetzung der Wissenschaften - nach sachlichen Bezügen. Philipp betrachtete das in seiner Bibliothek Gesammelte als entscheidendes Rüstzeug, unabdingbar für die politische und dialektische Führung.

Die persönliche Beschäftigung mit den Wissenschaften, auch denen über die Natur, ließ ihn zahlreiche Schulen und Universitäten gründen. Nicht nur in Spanien selbst, sondern auch in Übersee, vor allem in Südamerika. Und hier muß man sich denn fragen, warum der Katalog nichts über die berühmten Aufzeichnungen der las Casas sagt. Der immer wieder falsch zitierte Pater schrieb seine gehänselte Kritik an der Praxis der oft grausamen Herrschaft der Spanier in Südamerika eben nicht als Revolution der Humanität, sondern im Auftrag des Königs. Daß Philipp nur selten auf diese Berichte mit Strafverordnungen oder Gefängnis reagierte, beweist auch, daß die Kommunikation über Ozeane und Kontinente hinweg zu jener Zeit nur mit erheblichen Verzögerungen „funktionierte“.

Der vierte Teil der Ausstellung mit dem Titel „Die königlichen Häuser“ ist dem Palast und seiner im Laufe der Jahrhunderte wechselnden Einrichtung gewidmet. Die Kenntnis von Geschichte und Idee der Escorial läßt den Betrachter schließlich auch jenem Bürgermeister von Madrid verzeihen, der vor zwei Jahren dafür sorgte, daß die Verdi-Oper „Don Carlos“ eben nicht im Königshof des Escorial aufgeführt wurde. Der intellektuelle Sozialist der antifranzösischen Opposition, Prof. Enrique Tierno Galván, konnte es als Kenner der Historie einfach nicht zulassen, daß die gewiß schön verpackte Geschichtslüge buchstäblich auf den Gräbern der Beteiligten aufgeführt werden sollte.

ROLF GÖRTZ

## JOURNAL

Wörterbuch der Literaturwissenschaft

Über Begriffe wie „Kitsch“, „Thriller“ oder „Literatur“ können sich Fachleute und interessierte Laien künftig aus einem „Wörterbuch der Literaturwissenschaft“ informieren, das jetzt im Verlag des Bibliographischen Instituts Leipzig erschienen ist. Herausgegeben wird das Nachschlagewerk von Nationalpreisträger Claus Träger, einem der anerkanntesten Literaturwissenschaftler der DDR. Träger ist auch Autor zahlreicher Artikel des „im deutschen Sprachraum einmaligen Nachschlagewerks“.

Lübeck plant den Bau eines Konzertsäls

Eine Bürgerinitiative „Konzertsaal für Lübeck“ hat jetzt einen Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Der Umbau der alten Stadthalle in einen anspruchsvollen Konzertsaal zum Gegenstand hatte. Erster Preisträger ist das Architekturbüro Kleff/Köhnholtz aus Hamburg; außerdem wurden vier weitere Entwürfe ausgezeichnet, nochmals vier angekauft. In der Begründung für den ersten Preis heißt es u. a.: „Der Saal entspricht den klassischen Konzertsaal-Vorbildern, akustisch sind keine großen Probleme zu erwarten.“ Der Verein will nun versuchen, die etwa 20 Millionen Mark, die für die Umgestaltung nötig sind, aus Spenden sowie durch Bundes- und Landeszuschüsse aufzubringen, da die Stadt nicht zur Finanzierung in der Lage ist.

Belvedere-Wettbewerb auch für Operette

Der Belvedere-Wettbewerb in Wien, einer der wichtigsten Gesangswettbewerbe, erweitert sein Spektrum. Neben dem Opernwettbewerb, der zum sechsten Mal ausgetragen wird, findet im Juli 1987 erstmals auch ein Wettbewerb für Operettensänger statt. Dessen Semifinale und Finale werden in Budapest ausgetragen. Anmeldung und Information bei der Wiener Kammeroper, Fleischmarkt 24, 1010 Wien.

Stiftung in Kansas City erwirbt Moore-Werke

57 Skulpturen des im August im Alter von 86 Jahren verstorbenen britischen Bildhauers Henry Moore sind für rund 30 Millionen Dollar aus der größten privaten Sammlung von Moore-Werken in die Hall Family Foundation in Kansas City (Missouri) übergegangen. Die Stiftung will sie als Leihgabe dem Museum von Kansas City zur Verfügung stellen. Die National Gallery in Washington hatte gehofft, Teile der Sammlung von Moore und Virginia Blah aus Wichita (Kansas) zu erwerben, und bereits ins Auge gefaßt, eigens einen Garter für die Werke des zu den bedeutendsten zeitgenössischen Bildhauern gehörenden Moore anzulegen.

Neue Räume fürs Deutsche Spiele-Archiv

Das Deutsche Spiele-Archiv in Marburg hat jetzt in einer gründlich sanierten alten Schule neue Räumlichkeiten erhalten. Die weitaus größte Spieleammlung in der Bundesrepublik umfaßt rund 7000 Gegenstände, vom mittelalterlichen Brettspiel bis zum elektronischen Videospiel, dazu 2500 Spielkarten sowie eine umfangreiche Bibliothek.

Bari spielt Puccini's „Ifigenia in Tauride“

Das Teatro Petruzzelli in Bari spielt ab 6. Dezember Puccini's „Ifigenia in Tauride“; es ist dies die erste Wiederaufführung des vor 200 Jahren in Paris erschienenen Werkes in neuerer Zeit. Luca Ronconi inszeniert, Donato Renzetti ist der Dirigent.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Manche halten ihn für den bedeutendsten Philosophen unseres Jahrhunderts. Er wird gerne bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten zitiert, und doch - kaum ein Denker ist so oft mißverstanden und fehlerhaft interpretiert worden: Sir Karl Popper. Logik-Professor, Erkenntnis- und Wissenschaftstheoretiker, Begründer des Kritischen Rationalismus, Franz Kreuzer, vormals Journalist, heute österreichischer Umweltminister, hat jetzt ein langes Interview mit Popper in Taschenbuchform veröffentlicht. Dabei werden viele Mißverständnisse, die wohl auch bei Kreuzer vorhanden waren, ausgeräumt. Lobend zu erwähnen ist wieder die schmerzlose, auch für den philosophischen Laien leicht verständliche Sprache Poppers.

Kü Franz Kreuzer: „Offene Gesellschaft - Offenes Universum“, ein Gespräch über das Lebenswerk des Philosophen Karl Popper. Piper, 99 S., 9,90 Mark

Einer gegen alle: Der Film „Der schwarze Tanner“

## Zünftig hergenommen

Wie eine Schleimschnecke zieht der wahrhaft deutsch-schweizer Berg- und Männer-Film „Der schwarze Tanner“ ebenso glänzende wie zähe Lobspürchen nach - obwohl dieser Mischung von heroischer Landschaft und knorriger Gesinnung sonst nicht die Sympathie der Publicity gehört. Der Grund, warum sich hier plötzlich so viele Profis angesprochen fühlen, liegt offenbar darin, daß ihnen derzeit gängige Reizwörter wie Umwelt-schutz, lebendige Demokratie, Selbsthilfe, Widerstand, Selbstbestimmung, staatliche Übergriffe und so weiter in reiner Höhenflut angeliegt werden, wo vormals der Förster im Silberwald schloß, wo Heidi molk und Christel spann.

Im hochromantischen Bergbauernhof, zwischen Waldweiden und Schneetreiben, besetzt mit malerischen Charakterköpfen à la Wilhelm Leibl und Hans Thoma, aber in einer leider orlos verführerischen Kunst-sprache, passiert folgendes: Als im Zweiten Weltkrieg die Schweiz vorsorglich Bergwiesen in Ackerland verwandelt, buttert und kist der alte Tanner (Otto Mächtinger) unheimlich weiter, denn der staatliche Eingriff geht ihm wider Vernunft und Natur. Für sein zum Schwarzhandel gewordenes Milchgeschäft kommt er, als weder Strafmandate noch Heuenteigung helfen, ins Gefängnis. Nach einem Hungerstreik entlassen sie ihn mit der Begründung des Ackerbauleiters (Dietmar Schönherr): „Besser ein lebender Tanner als ein toter Demokrat.“ Doch daheim gräbt er sich in den Misthaufen ein und stirbt (er hat die Erde wieder, und sie ihn), und der treue Hofhund heult einen langen Abschied über dem ersten Öko-Rebellen der Berge.

Der Schwyzer Regisseur Xavier Koller hat weder Kuhglocken geschont noch Bergfluch, weder Haus-tier-Idylle noch bäuerlichen Witz (mellender Sohn spitzt mit dem Euter ins Gesicht der Freundin), um

nach einer Erzählung seines Landmannes Meinrad Inglin den Konflikt Staatsraison-Bürgergewissen möglichst natürlich zu entwickeln und naturgemäß durchzustehen. Man sieht, wie an Steilhängen gemäht und gepflügt wird. Spürt das konservative Einverständnis der Bauern und wie gefährlich es umschlagen könnte? Immer wieder sehen sie aus wie kurz vor dem Rüttel-Schwall.

Wer ausschert, dem drohen sie gleich mit Aufhängen. Der Tanner-Bauer reißt einem Beamten, der eine Handvoll Scholle prüft („Wächst doch wieder nach!“), ein Haarbüschel aus, das ja auch wieder nachwächst. Der Hund ist auf Krawattenträger dressiert. Die Beamten müssen den tobenden Tanner bewußtlos schlagen, bevor sie ihn abtransportieren, und sind dann untersehwellig voller Respekt: „Er hat uns schon zünftig hergenommen...“. Seine Zelle kann als Gegensatz zur Freiheit der Berge nicht enger und (siehe den vollen Eimer) stinkiger sein - aber dagegen hörte man nach der Uraufführung einen Protest aus Zürich: es sei ein Gefängnis, wie es in der gesamten Innerschweiz keines gibt!

Über die Fragwürdigkeit der moralisch-ökologischen Empfehlung des Films wird merkwürdigerweise nicht diskutiert, die Worte „unsolidarisch“ und „stür individualistisch“ fallen nicht. Notabene: In Inglin's alter Erzählung bereut Tanner, er zahlt Buße und kehrt voller Scham zurück! Die neue Version, laut Koller, „überzeitlich gültig“, braucht offenbar einen radikaleren Acker-Gegner.

Tanner als Haltungsangebot für heutige Atom-Gegner zum Beispiel. Das angeblich Überzeitliche schnürt also zusammen ins ausgesprochen Zeitgebundene. Daß einer wie Tanner, wenn auch ehrenvoll, auf dem Misthaufen der Geschichte endet, wird zwar gezeigt - aber so überzeitlich gemeint ist's nun wieder nicht.

ARMIN EICHHOLZ



Einzelkämpfer gegen die Obrigkeit: Otto Mächtinger als Tanner in Xavier Kollers Film

Blick hinter die Kulissen: Theaterbrief aus Paris

## Harlekin mit Goldherz

Wenn von Ariane Mnouchkine die Rede ist, dann spitzen wir die Ohren. Ein junger Schauspieler, Philippe Caubère mit Namen, würde, so hieß es, im Théâtre des Arts Hebert in einem zweiteiligen Stück, genannt „Ariane ou l'âge d'Or“, sich mit den Inszenierungen von Ariane Mnouchkine auseinandersetzen. Von seinem beruflichen Werdegang her ist Caubère dazu bestens qualifiziert. Von 1971 bis 1978 war er Schauspieler am Théâtre du Soleil. 1977 interpretierte er den Molière im Film von Ariane Mnouchkine, und 1978 inszenierte und spielte er den „Don Juan“ im Théâtre du Soleil.

Was Caubère jetzt auf die Bühne brachte, war eigentlich der Blick hinter die Kulissen. Der Zuschauer erfährt von den Geburtswehen, die üblicherweise den Kreationen eines Stückes der Mnouchkine vorausgehen. Im zweiten Teil wird er durch die Irrungen und Wirrungen bei der eigentlichen Aufführung geführt. Mit außerordentlichem Humor, viel Poesie, aber auch einem gut Teil Häßlichkeit beschreibt Caubère die Zornesausbrüche von Ariane und ihre Zweifel über das Gelingen.

Die Schauspieler werden einge-deckt mit Kritik, immer weitergehzt, nie werden Lob oder Ermunterung gespendet. Violaine, die herumkommandiert wird, sich dagegen wehrt, Ferdinand, der Inszenierer für das Ensemble der Schauspieltruppe kaufen muß, weil Ariane ihm zu wenig Geld gegeben hat - all das vermag Caubère in einem magischen Realismus herauszubeschreiben.

Auch wer nie ein Stück von der Mnouchkine gesehen oder gar einen Blick hinein in den Workshop geworfen hat, um all die vielen kleinen Spitzen und Anspielungen voll zu verstehen, der ist doch von Caubères Stück und seiner Interpretation fasziniert. Dabei gleicht keine Aufführung der anderen, sie hängt in hohem Maße von den Reaktionen des Publikums ab. Während der im Sommer vorproduzierte erste Teil zwei Stunden und 40 Minuten dauerte, sich dann auf

dreieinhalb Stunden steigerte und damit Mnouchkines Proportionen erreichte, sank die Spieldauer jetzt wieder auf zweieinviertel Stunden. Der erst kürzlich produzierte zweite Teil kann freilich nicht mehr das Niveau halten. Es flattern nur noch bloße Gassen über die Bühne.

Was man von der Compagnie Renaud-Barrault nicht sagen kann. Sie feiert gerade ihren 40. Geburtstag. 1946 hatte man mit einem „Hamlet“ debütiert (Übersetzung von Gide, Dekor und Kostüme von André Masson). Und nun bringt man, an der Grenze zwischen Commedia dell'Arte und der Opera comique, das Stück „Le Théâtre de Foire“, das die Traditionen des französischen Jahrmarkt-theaters von Lesage zu Beginn des 18. Jahrhunderts aufnimmt.

In lockeren Sequenzen, deren phantastische Eingebungen nicht durch die rationalen Überlegungen des Erwachsenen gebremst werden, gibt man sich ganz der Freude an Spiel hin. Die Inspiration schöpft aus den verschiedensten Quellen, einer Fabel von Äsop ebenso wie den Fresken des Olympe oder der im 18. Jahrhundert herrschenden Vorliebe für exotische Chinoiserien.

In drei locker verbundenen Teilen - „Arlequin, Roi des Orgres“, „La Foire de Dodone“ und „La Tête Noire“ - entsteht eine Gesellschaft voller Charme, die ohne Hintergedanken sich dem Lachen und Erstaunen hingeben vermag. Ein Harlekin mit einem Herzen aus Gold und rein wie Bergwasser führt uns durch verwunschenen Wälder, wo die Bäume sprechen und mit ihren Zweigen die Schlafenden hüten. Wenn auch hier bürgerliche Intrigen um das leidige Geld vorkommen, sie haben vor Harlekin keinen Bestand, er bringt sie zu Fall. Ein sprechender Schuh, hoch wie ein Haus, reist um die Welt und bringt eine chinesische Prinzessin heim.

Ein Märchen? Gewiß. Ein Spiel, Theater eben. Man hat seine helle Freude daran.

BEATRICE SCHAFFHAUSER

## KULTURNOTIZEN

„Praktina“, das erste europäische Symposium für Praktische Instrumentelle Analytik, wird vom 1. bis zum 3. Dezember an der Fachhochschule Niederrhein in Krefeld organisiert.

Bronzen der Sammlung Liechtenstein sind bis 15. Februar im Frankfurter Liebighaus erstmals seit 1945 wieder komplett der Öffentlichkeit zugänglich.

Robert Mallet-Stevens, ein nahezu in Vergessenheit geratener Architekt, wird mit einer Ausstellung in Tours anlässlich seines 100. Geburtstages gewürdigt.

Hermann Hesse als Maler ist eine Ausstellung gewidmet, die bis 11. Januar 1987 in der Städtischen Galerie Würzburg zu sehen ist.

Werke des Malers Ilya Kabakow aus der Sowjetunion sind im Pariser „Centre National d'Arts Plastiques“ bis zum 11. Januar zu sehen.

Am Wettbewerb Long-Thibaud nehmen in Paris vom 23. November bis 8. Dezember 60 junge Pianisten aus 20 Ländern teil.

Mazzino Montanari, der Herausgeber der historisch-kritischen Ausgabe von Nietzsches Werken und Briefen, ist im Alter von 58 Jahren gestorben.

Effekt um jeden Preis ist das Stichwort. Generalstabsmäßig verteilt Spontini alles auf der Bühne, was singen kann, läßt im Orchester alles spielen, was Noten lesen kann. Die erzielte Wirkung ist oftmals phänomenal, der Duktus kraftstrotzend martialisch, doch immer wieder brechen kleine melodische Floskeln durch, steigern sich Duette oder Ensembles zu hitzig lodern, fast beständigen Freudengesängen, bei der hymnische Überschwang mitleidenden Impetus. Der zweite Akt - nicht nur das vielzitierte Finale - ist schließlich überwältigend.

Fände sich ein Ensemble, dies zu singen, dazu ein Dirigent, der sich als intelligenter Klangdramaturg und menschlicher Sängerbegleiter behaupten möchte, so müßte die „Agnes“ noch einmal einen Versuch wert sein. Mutig hat sich ihrer immerhin zweimal angenommen. In Rom haben der auf pure Lautstärke drängende Dirigent Maximiano Valdes und der sorglose Regisseur Antonio Caldena das Werk verschont.

ROLF PATH

Rom: Spontinis Oper „Agnes von Hohenstaufen“

## Wenn Könige lieben

Er war der Repräsentant des französischen Kaiser, wie des preussischen Königs, wie des russischen Zaren. Friedrich Wilhelm III.: Gasparo Spontini. Schadenfreude, wie die Geschichte sein kann, wurde er nach seiner Vertreibung aus Berlin schlichtweg vergessen. Wagners Begeisterung für den gefallenen Opernkomponisten konnte nicht verhindern, daß einzig die „Vestale“ ihres klassischen Faltenwurfes wegen überlebte. Dabei sind die äußerlichen Spontini's, seine kühl exzerzierten Opernaufmärsche nicht einmal so weit entfernt vom Prunk des „Rienzi“, so primadonnenhaft der Opernbetrieb sich auch zielt und immer wieder mit verblüffenden Ausgrabungen aufwartet, Spontini dürften wohl selbst die ausgeputzten Verfechter der Grand Opera ad acta gelegt haben. Eine Aufführung in Rom brachte die vorgefaßte Meinung ins Wanken.

Was Spontini als kolossales deutsches Gesichtsbild in Form eines öd aufwendigen, unnötig komplizierten Weilen- und Ghibellinendramas auf die Bühne brachte, besitzt den Biß des Theaterdemagogen, auch wenn es anscheinend die königstesten Anhänger kalt ließ. Doch das hatte der immer streitsüchtige Italiener selbst verschuldet. Auch eine Überarbeitung brachte 1837 keinen Erfolg. Angesichts der volkstümlichen Figuren der deutschen romantischen Oper mußten die Gestalten aus Ernst Rapachs Schauspiel wie blutleere Vampire der uralten Oper wirken.

Die Nacherzählung des Inhalts dürfte die eifrigsten Dramaturgie-adepten ins Schwitzen bringen. Nur das Kargste: Mainz 1194. Der Barbarossa-Sproß Heinrich VI. verbannt Heinrich den Löwen. Der Sohn des Löwen, ebenfalls ein Heinrich, liebt die Hohenstaufentochter Agnes. Er liebt aus französischer Gefangenschaft und trifft in Mainz auf einen Rivalen, den verkleideten französischen König. Heinrich heiratet er Agnes, besiegt den König, soll aber - da ja verbannt - inhaftiert werden. Dem ewigen Streit macht Heinrich der Löwe kurzerhand ein Ende. Der deutsche Kaiser beugt sich dem Auf-rührer.

Effekt um jeden Preis ist das Stichwort. Generalstabsmäßig verteilt Spontini alles auf der Bühne, was singen kann, läßt im Orchester alles spielen, was Noten lesen kann. Die erzielte Wirkung ist oftmals phänomenal, der Duktus kraftstrotzend martialisch, doch immer wieder brechen kleine melodische Floskeln durch, steigern sich Duette oder Ensembles zu hitzig lodern, fast beständigen Freudengesängen, bei der hymnische Überschwang mitleidenden Impetus. Der zweite Akt - nicht nur das vielzitierte Finale - ist schließlich überwältigend.



Strahlender Musiker: Der Komponist Gasparo Spontini

Führte Glenys Linos einen ständig forcierten Mezzo vor.

Auch bei Monseratt Cabellé (Agnes) sind nur noch Fragmente des einstigen Belcanto-Wunders zu erleben. Abgesehen davon, daß sie jede Figur in die Uniformität eines unerschütterlichen Pianopians bettet, bleibt sie, was die Ausgeglichenheit ihrer Register, einen stärker als mezzoforte bezeichneten Ton anhebt, unbefriedigend. Trotz der stilistischen Unsicherheit gefällt bei Veriano Lucchetti (Heinrich) das sängerische Temperament, doch auch er wird zur Überforderung angetrieben, wodurch der Ton fett und ungenau werden kann.

Fände sich ein Ensemble, dies zu singen, dazu ein Dirigent, der sich als intelligenter Klangdramaturg und menschlicher Sängerbegleiter behaupten möchte, so müßte die „Agnes“ noch einmal einen Versuch wert sein. Mutig hat sich ihrer immerhin zweimal angenommen. In Rom haben der auf pure Lautstärke drängende Dirigent Maximiano Valdes und der sorglose Regisseur Antonio Caldena das Werk verschont.

ROLF PATH



Binnen weniger Tage schnappte die Polizei in Tennessee 40 Wildcabe in flagranti, als diese von einer Bundesstraße aus ganze Salven auf ein Reh am Waldrand abfeuerten. Die Wilderer waren offenbar neu im Geschäft. Keiner bemerkte, daß es sich bei dem Tier um eine von der Polizei aufgestellte Attrappe handelte.